

Der Nahe Osten nach der Gründung Israels marxistische Texte 1949 bis 1985



SAV

Sozialistische

Alternative

Statt einer Einleitung: Der Nahe Osten (Juni 1967)

Die ungelösten Probleme des Weltkapitalismus; die fortgesetzte Gärung in der kolonialen Welt; die Instabilität der Weltbeziehungen; die Schwierigkeiten, die selbst eine Supermacht wie die USA hat, die in dem unpopulären Krieg in Vietnam feststeckt; die unterirdischen Kräfte, die nach einer gewissen Zeit zu einer Explosion führen; plötzliche Veränderungen in den Klassen-, nationalen und internationalen Beziehungen - all dies wird durch die Krise im Nahen Osten deutlich gemacht. Diese Region ist aus dem Blickwinkel der strategischen Lage in der Welt und als hauptsächliche ölerzeugende Region der Welt, die drei Viertel der bekannten Reserven der Welt in ihren Grenzen umfasst, aus dem Blickwinkel aller Weltmächte von entscheidender Bedeutung, besonders der zwei Supermächte Russland und Amerika.

Er besteht hauptsächlich aus Wüsten, aber sein Öl und die strategische Lage machen ihn wichtig in den Weltbeziehungen. Allerdings wirken wegen der Verbindung der Produktivkräfte in der modernen Epoche und dem Zusammenschrumpfen der Welt mit den modernen Transportmitteln alle Regionen des Globus aufeinander.

Vor dem Zweiten Weltkrieg wurde die Region hauptsächlich vom britischen und französischen Imperialismus durch direkte Einflussphären und Kolonien beherrscht. Deshalb nahm Nordafrika die Stellung einer wichtigen, wenn auch völlig zweitrangigen Front im Kampf zwischen den Kräften des angloamerikanischen und deutschen Imperialismus ein. Im Gefolge des Zweiten Weltkriegs wurde Frankreich mit der ‚Hilfe‘ seiner ‚Verbündeten‘, dem amerikanischen und britischen Imperialismus, aus Syrien vertrieben.

In Palästina wurde der britische Imperialismus, der das Spiel des Teils und Herrsche gespielt hatte, indem er AraberInnen gegen JüdInnen gestellt hatte, 1948 vertrieben. Die ursprüngliche Absicht war gewesen, einen Flickenteppich-Staat der AraberInnen und JüdInnen zu schaffen, damit der angloamerikanische Imperialismus sie weiter gegeneinander ausspielen könne. Auf die gleiche Weise stärkte die Teilung des indischen Subkontinents in Indien und Pakistan die Interventionsmöglichkeiten der Imperialisten und Großmächte auf dem Subkontinent.

Der Imperialismus verkalkulierte sich jedoch. In dem Krieg, der dem Abzug der britischen Armee folgte, besiegten die Streitkräfte der JüdInnen in Palästina die feudalen Armeen, die Palästina zu übernehmen versuchten. 1½ Millionen arabische BäuerInnen wurden gewaltsam vertrieben und flohen als Flüchtlinge nach Jordanien, Syrien und Ägypten.

[EK-Stellungnahme, nach ‚The Colonial Revolution‘, Juni 1974, S. 24-29]

Der britische Imperialismus hatte im Ersten Weltkrieg Palästina sowohl an AraberInnen als auch JüdInnen versprochen. Sie hatten jüdische Siedlungen in der Region ermutigt. Der Ausbruch des Antisemitismus in Europa, besonders in Nazi-Deutschland und der Mord an Millionen JüdInnen führte dazu, dass das Allheilmittel des Zionismus die Unterstützung großer Teile der JüdInnen gewann, besonders der Flüchtlinge, die die Konzentrationslager überlebt hatten.

So führte das Verbrechen des Antisemitismus zum Verbrechen des Zionismus. Das Hinausdrängen der AraberInnen war Wasser auf die Mühlen der Reaktionäre in den arabischen Staaten. Zum ersten Mal traten in der arabischen Welt antijüdische Gefühle auf und wurden von der feudalen Reaktion verwendet, um ihre Stellung zu halten. Die Einwanderung nach Palästina in den letzten 20 Jahren war hauptsächlich Einwanderung orientalischer JüdInnen (nach der ersten Einwanderungswelle aus dem Westen). Dies ist die geschichtliche Ironie des jüdischen Staats.

Israel wurde jedoch als von feindlichen Kräften umgebener Staat vom ersten Tag seiner Gründung an ein Werkzeug und eine Bastion des Imperialismus im Nahen Osten. Es war kein lebensfähiger Staat und konnte nur durch ‚Wiedergutmachungsleistungen‘ aus Deutschland, Zuschüsse des amerikanischen Imperialismus und die Freigabe amerikanischer, britischer und westeuropäischer jüdischer Millionäre aufrechterhalten werden. Jedes Jahr gibt es eine negative Handelsbilanz, die nur durch diese Zuschüsse ausgeglichen wurde.

In der Zwischenzeit ist die Bevölkerung des Staats auf drei Millionen gewachsen, durch natürliches Wachstum und Zuwanderung, wobei die Mehrheit arabische JüdInnen sind. Jetzt sind die Quellen der Zuwanderung ausgetrocknet. Bei einer jüdischen Weltbevölkerung von 12 Millionen sind nur 25 Prozent im Staat Israel und so zeigt sich die Illusion des Zionismus. Die wirkliche Tragödie ist, dass Israel eine Filiale des Imperialismus geworden ist, besonders des amerikanischen Imperialismus, von dessen Manövern und Politik der Staat Israel für sein bloßes Bestehen abhängt. Jetzt ist er gezwungen, als sichere Basis für den Imperialismus zu dienen, die auf drei Seiten von arabischen Staaten umgeben ist, die unversöhnlich feindlich und entschlossen sind, an der Zerstörung des jüdischen Staats zu arbeiten.

Alle Länder des arabischen Ostens waren nach dem Zweiten Weltkrieg in einem Zustand des Aufruhrs. Das schlechte Bild, das die ägyptische Armee im ersten Krieg gegen Israel bot, und die Fäulnis und Dekadenz der ägyptischen Monarchie als Werkzeug des britischen Imperialismus führte zu einem Guerillakrieg gegen die

britischen Besatzungstruppen, ihrer Ausschiffung und dem Fall des Königs Faruks. Die ägyptische Republik unter der Führung der Armeeoffizierskaste, die Ägypten modernisieren wollte, entledigte sich bald des Aushängeschildes des Umsturzes, General Neguib. Nasser kam mit der Unterstützung der Offizierskaste und der Unterstützung der ArbeiterInnen und BäuerInnen an die Macht.

Nasser stützte sich als bonapartistischer Diktator auf die Volksunterstützung und manövrierte angesichts des geänderten Kräfteverhältnisses im Weltmaßstab zwischen den Mächten von Ost und West. 1956 entzog die amerikanische Diplomatie Unterstützung für das gigantische Assuan-Staudamms-Programm und als Antwort verkündete Nasser, der sich russische Hilfe für den Bau des Damms gesichert hatte, die Verstaatlichung des Suezkanals.

Israel begann im geheimen Einverständnis mit dem britischen und amerikanischen Imperialismus und auf ihre direkte Anstiftung einen Angriff auf Ägypten. Unterstützt von britischer und französischer Marine und Luftwaffe besiegten sie Ägypten. Aber durch Druck von Amerika, Russland und der meisten anderen Länder wurden Frankreich und Großbritannien gezwungen, ihre Kräfte unruhlich aus Ägypten abzuziehen.

Der konkrete Erfolg für Israel war die Öffnung des Hafens von Eiloths und des Golfs von Akaba für israelische Schiffe und Versorgung. Drei Millionen Tonnen Öl aus dem Iran und 250.000 Tonnen Ladung passieren diesen Hafen. Anscheinend unterzeichnete der amerikanische Imperialismus einen geheimen Vertrag mit Israel unter der Bedingung des Abzugs der israelischen Kräfte aus dem Sinai und der Mündung des Golfs von Akaba, um die Freiheit der Schifffahrt in der Straße von Tiran und im Golf zu garantieren. Eine Truppe der ‚Vereinten Nationen‘ wurde als Friedenswächter zwischen Ägypten und Israel stationiert.

Es gab einen Staatsstreich und einen Gegenputsch im Irak. Aber ein großer Teil des ausländischen Vermögens wurde verstaatlicht. In Algerien hat das algerische Volk seinen Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich gewonnen und gewisse Industrie verstaatlicht. Aber in Syrien, wo Reaktion und Revolution einander in verwirrendem Tempo folgten und wo es vorübergehend eine Union mit Ägypten gab und die syrische Bourgeoisie sich spaltete, als Nasser gewisse Wirtschaftszweige verstaatlichte, ging der Prozess weiter.

Die syrischer Offizierskaste hat mit Unterstützung der ArbeiterInnen und BäuerInnen 80 Prozent der Industrie verstaatlicht und große Teile des Landes übernommen. Syrien ist der erste bonapartistische Arbeiterstaat im Nahen Osten.

Wegen der Instabilität des Regimes haben sie die palästinensische Flüchtlingsarmee für Einfälle nach Israel mobilisiert und unterstützt. Auf Anstiftung des amerikanischen Imperialismus bereitete die israelische Armee als Vergeltung einen Marsch auf Damaskus und die Zerschlagung des syrischen bonapartistischen Arbeiterstaats vor. Gleichzeitig hatte die Diplomatie des amerikanischen Imperialismus, die notorisch tollpatschig ist, ihr Missfallen über Nassers „Manöver“ der ägyptischen Armee demonstriert, die zusammen mit den jemenitischen RepublikanerInnen gegen die Monarchisten kämpften, die von ihrem feudalen saudiarabischen Klientenstaat unterstützt wurden. Sie entzogen dieses Jahr ihr Weizengeschenk zur Ernährung von Ägyptens wimmelnden Millionenmassen. Aber ach! Die Sowjetunion hatte dieses Jahr einen dicken Überschuss und lieferte auf Nassers Anfrage den notwendigen Weizen!

Inzwischen wurden alle Staaten des Nahen Ostens von Amerika, Großbritannien, Frankreich und Russland bis an die Zähne bewaffnet. Es war unmöglich, beiseite zu stehen und zuzusehen, wie Syrien von israelischen Kräften zerstört wurde. Folglich forderte Nasser den Abzug der UN-Kräfte und marschierte mit seinen Truppen an die Grenze zu Israel und besetzte Scharm el Scheik am Ende des Golfs wieder. Er rief den heiligen Krieg gegen Israel aus und forderte die Mobilisierung der Truppen aller arabischen Länder. Auf drei Seiten war Israel von arabischen Armeen umgeben. Israel antwortete mit einer Gegenmobilisierung und machte schließlich den ersten Schlag.

Währenddessen ist der Feudalstaat von Jordanien in ständiger Gärung. Der Imam von Jemen wurde gestürzt und der Sultan von Marokko sitzt wackelig auf seinem Stuhl. Selbst der erzreaktionäre Herrscher von Saudi-Arabien, der Zitadelle der feudalen Reaktion, sitzt unruhig auf seinem Thron. Die arabische Welt war zwischen sogenannten Traditionalisten und Revolutionären gespalten. Während Russland Waffen und Material an Ägypten und Syrien lieferte, hat Amerika Jordanien und Saudi-Arabien beliefert und Frankreich belieferte Israel. Großbritannien und Amerika haben auch Israel und Jordanien beliefert. So wurde ein großer Teil der Ressourcen der Region für die Ausstattung mit Waffen verschwendet. Libyen blieb ein feudales Königreich. Tunesien wurde der kapitalistischste der arabischen Staaten. Irak und Sudan führten Kriege gegen ihre eigenen nationalen Minderheiten, die KurdInnen und die dunkelhäutigen Stämme im Südsudan. Alle arabischen Staaten haben gegeneinander manövriert, das einzige, was sie gemeinsam haben - der bonapartistische revolutionäre Arbeiterstaat von Syrien, die bürgerlich-bonapartistischen Staaten von Ägypten und Algerien, die Feudalregime

von Jordanien und Saudi-Arabien und alle anderen Staaten der arabischen Welt - ist der gemeinsame Hass gegen den Staat Israel.

Sie waren vollkommen unfähig, auch nur die drei Staaten der Maghreb miteinander zu einem Föderalstaat zu vereinen: Tunesien, Marokko und Algerien. Die Politik der Imperialisten bestand darin, einen Teil gegen den anderen auszuspielen und gemäß dem Treibsand der Machtpolitik verschiedene Mächte zu unterstützen. Der französische Imperialismus, der gestern der hauptsächliche Waffenlieferant Israels war, während er gegen das algerische Volk Krieg führte, bewaffnet jetzt die Algerier wegen der Ölvorräte in der Region und stand in der gegenwärtigen Krise etwas abseits von den „Angelsachsen“.

China, das vorher anbot, diplomatische Beziehungen mit Israel einzurichten, konkurriert jetzt mit den russischen Stalinisten bei Weizen- und Waffenangeboten an Ägypten. Die russischen Stalinisten erkannten anfänglich den Staat Israel an, begann dann aber eine unerbittliche Propaganda gegen den zionistischen Staat als Werkzeug des amerikanischen Imperialismus.

Die anderen arabischen Staaten waren gezwungen, die ägyptische Initiative zu unterstützen und kündigten eine Blockade des Golfs an und ließen Truppen zur Gaza-Grenze mit Israel marschieren. Nasser kündigte einen heiligen Krieg und die Zerstörung Israels an.

Besonders der „Schwesterstaat“ Syrien mobilisierte nicht nur die Armee, sondern kündigte als einziger arabischer Staat die Bewaffnung von 300.000 ArbeiterInnen und BäuerInnen als revolutionäre Miliz an, so wie er vorher bei jedem Versuch der Konterrevolution oder Reaktion die Massenunterstützung mobilisiert hatte.

Der opportunistische und zynische Kurs solcher bürgerlichen Bonapartisten wie Nasser zeigte sich, als er ohne Rücksprache mit Syrien, seinem engsten Verbündeten, einen Bündnisvertrag mit König Hussein von Jordanien ankündigte, dessen Sturz die syrischen und ägyptischen Herrscher angestrebten hatten. Zusammen mit Saudi-Arabien wurde es als Bastion des Imperialismus und der Reaktion im Nahen Osten betrachtet, Hussein und Feisal wurden als Todfeinde gesehen.

Welche Ereignisse auch immer folgen werden, sie werden in ihren Auswirkungen weitreichender sein als der Suez-Krieg von 1956. Die Imperialisten finden sich in einem Dilemma. Sie haben Kräfte freigelassen, die sich nicht unter ihrer Kontrolle befinden. Fieberhaft suchen sie nach einem Kompromiss. Amerika und Großbritannien haben sich für die Freiheit der Meere und den internationalen Charakter der Straße von Tiran und des Golfs von Akaba ausgesprochen. Sie haben versucht, einen Kompromiss zu erreichen, der allen Schiffen außer denen mit israelischer Flagge erlaubt, die Straße von Tiran zu benutzen und den israelischen

Hafen von Eilat und den jordanischen Hafen von Akaba anzulaufen. Tatsächlich benutzten sehr wenige israelische Schiffe den Hafen, aber der Hafen von Eilat hat größere Bedeutung für den israelischen Staat erlangt. Er vermeidet den Suezkanal, dessen Benutzung für israelische Schiffe verboten ist. Er gibt Zugang zu wichtig Export- und Importmärkten in Afrika, Australien und anderen Gebieten, die andernfalls zu teuer wären, um konkurrenzfähig zu sein. Die israelischen Kapitalisten haben eine ausgiebige Entwicklung der Ressourcen und der Wege von diesem Hafen weg geplant.

Jetzt sind die Großmächte, besonders die USA, in einem Dilemma. Nachdem sie den israelischen Staat gegen Syrien aufgehetzt hatten, versuchten sie verzweifelt, den zionistischen Staat davon abzuhalten, die Kriegsfrage zu stellen. Gleichzeitig versuchten sie Ägypten, dem führenden und wichtigsten arabischen Staat, einen Kompromiss aufzuzwingen. Der französische Imperialismus schlug eine Viermächtekonferenz aus Amerika, Russland, Großbritannien und Frankreich vor. Aber der Krieg in Vietnam machte das unmöglich. Zusätzlich war China bereit, mit Waffennachschub für die ÄgypterInnen einzuspringen. Frankreich, das beim Angriff 1956 am eifrigsten war, nahm eine fast neutrale Position zwischen den arabischen Mächten und Israel ein. Die Drohung einer Blockade des Suezkanals und der Zurückhaltung von Nahostöl, von dem die Hälfte nach Westeuropa geliefert wird, ließ die imperialistischen Mächte eine Lösung suchen. Aber sie standen vor einem unversöhnlichen Problem. Israel mobilisierte fast seine ganze waffenfähige Bevölkerung. Sie konnten diese Stellung nicht unbeschränkt beibehalten.

Dies war die Grundlage für den verzweifelten Angriff der israelischen Armee und Luftwaffe. Die ägyptische Armee und die jordanische Armee gingen in ein paar Tagen k.o. Die israelische Armee besetzte Jerusalem und die Westbank des Jordan, während sie in Ägypten die gesamte Sinaihalbinsel bis herunter nach Scharm el Scheik und dem Suezkanal besetzten. Die israelische Armee führte also einen Blitzkrieg gegen die Armeen von Ägypten und Jordanien. Sie nutzten Schüsse aus syrischen Kanonen auf israelische Siedlungen an der Grenze und griffen Syrien trotz der Annahme der Waffenstillstandsresolution des „Sicherheitsrates“ an, der erst von Jordanien und dann von Ägypten und Syrien angenommen worden war. Sie wandten sich ihren ursprünglichen Kampagneplan zu und marschierten nach Syrien hinein Richtung Damaskus, um die Ba'ath-Regierung zu stürzen. Wenn Syrien ungeschlagen geblieben wäre, hätte es zum Vorbild der anderen arabischen Staaten werden können. Deshalb löste der Rücktritt Nassers solchen Alarm bei den arabischen Herrschern aus. Trotz von der ägyptischen Armee erlittener verheerender Niederlagen gab es spontane De-

monstrationen, weil er das Sprachrohr der arabischen Einheit blieb und in Ägypten viele Reformen durchführte und von den Massen als antikapitalistisch angesehen wurde. Diese Demonstrationen führten dazu, dass Nasser seinen Rücktritt zurücknahm.

Dass Großbritannien und Amerika ihre Marionette ihrem Schicksal überließen, verhinderte nicht den Ausbruch von Emotionen gegen den angloamerikanischen Imperialismus unter den Massen. Dies lag besonders an der Geschichte, die von Hussein und Nasser als Entschuldigung für die von ihren Streitkräften erlittenen verheerenden Niederlagen verbreitet wurde, dass die Luftwaffen von Großbritannien und Amerika einen Luftschild errichtet hätten.

So bekam der angloamerikanische Imperialismus den schlechten Ruf für seine imperialistische Politik im Nahen Osten trotzdem. So kam die Lage, die sie zu vermeiden versucht hatten, die Schließung des Suezkanals und der Stopp der Ölzufuhr war wie 1956 eine Folge des Krieges.

Alle Großmächte machten ein profitables Geschäft, indem sie Waffen in die Region strömen ließen. Sie können keine Vereinbarung erreichen. Folglich wurde die britische Ankündigung eines Embargos gegen alle Nahoststaaten eilig zurückgezogen.

Der Sieg der israelischen Kräfte war für die imperialistischen Mächte zu deutlich. Er hat die israelische Position nicht geschwächt, wie die Imperialisten kalkuliert hatten, sondern sie ungeheuer gestärkt. Der israelische Staat bleibt zwar vom amerikanischen und britischen Imperialismus abhängig, hat sich aber für den Moment eine relative Unabhängigkeit gesichert. Das Ergebnis war völlig anders als zu der Zeit des Suezkrieges und mehr dem Krieg 1949 ähnlich. Die israelischen Kapitalisten haben über die Sicherung 'sicherer' und 'strategischer' Grenzen gesprochen. Sie haben nicht nur die Verwendung des Golfs von Akaba, sondern auch Zugang zum Suezkanal gefordert; nicht nur 'Waffenstillstand', der schon zwei Jahrzehnte gedauert hat, sondern einen endgültigen 'Friedensvertrag'. Aber ein auf diese Weise gewonnener 'Friede' kann nur die Saat für einen neuen Krieg säen. Er ist keine Lösung für die Völker des Nahen Ostens. Das Beispiel Syriens bleibt, und die Bewaffnung von 300.000 ArbeiterInnen und BäuerInnen bleibt eine Garantie gegen einen neuen reaktionären Putsch in Syrien. Das Vordringen der israelischen Armee nach dem 'Waffenstillstand' gegen Syrien geschah, wahrscheinlich mit Einverständnis und Unterstützung durch Großbritannien und Amerika, in der Hoffnung, das Regime in Syrien zu stürzen. Es sollte die syrische Armee zerschlagen, die nach dem Zusammenbruch von Jordanien und Ägypten intakt geblieben war.

So bleibt die Falle des Zionismus für die JüdInnen des Nahen Ostens weiterhin. Diese Siege werden nur weiteren Hass unter den arabischen Massen hervorrufen. Aber die Herrscher der arabischen Länder können nicht unbeschädigt bleiben. Nur ein paar Jahre nach 1947 kam der Fall von Faruk. Jetzt wird sich der Prozess beschleunigen. Alle arabischen Herrscher müssen vor der Wut der Massen zittern.

Die russische Bürokratie hat in der Region eine opportunistische Rolle gespielt und die niedergehenden arabischen Herrscher gegen Israel bewaffnet und aufgestachelt, in der Hoffnung, gegenüber dem arabischen Imperialismus strategische Positionen zu gewinnen. Ihre Politik liegt wie die des Imperialismus vorübergehend in Trümmern - der Abbruch diplomatischer Beziehungen mit den israelischen Herrschenden war eine Warnung, ihre Armeen nicht zu weit nach Syrien hineinstoßen zu lassen, um einen reaktionären Putsch und die Wiederherstellung des Kapitalismus innerhalb des Landes zu provozieren.

Die Intervention in Syrien hatte auch die Absicht, einen Marsch der syrischen Truppen nach Jordanien gegen den Marionettenkönig zu verhindern. Die israelische Armee beabsichtigte anscheinend, den Thron Husseins als halbe Marionette sowohl Israels als auch der Imperialisten zu stützen! Nasser führte den Krieg nicht als revolutionären Krieg; im Gegenteil war er für die 'Einheit' der arabischen Welt, einschließlich Feisals und Husseins, die er erst gestern als feudale reaktionäre Tyrannen und Agenten des Imperialismus angeprangert hatte. In den arabischen Massen in allen diesen Ländern gibt es ein Drängen und Sehnen nach Einheit. Die Spaltungen zwischen den arabischen Ländern zwischen 'Traditionalisten' und 'Modernisierern' sind unheilbar. Das gilt auch für die Unmöglichkeit der kapitalistisch-feudalen Mischregime, die Probleme ihrer eigenen Länder zu lösen, von denen der arabischen Einheit ganz zu schweigen.

Die ganze Region des Nahen Ostens spiegelt die Probleme der kolonialen Länder wider, wenn auch in zugespitzter Form. Alle diese Staaten bestehen aus dem arabischen Volk. Die althergebrachten Interessen der Kapitalisten, Großgrundbesitzer und der Bürokratie von allen von ihnen stehen ihrer Einigung entgegen. Die vorübergehende Einheit angesichts Israels wird jetzt schnell zusammenbrechen, nachdem der Krieg vorbei ist. Besonders da die arabischen Armeen von den Kräften eines winzigen Staats besiegt worden sind. Nur Syrien hat seine ArbeiterInnen und BäuerInnen als Wache gegen die Reaktion bewaffnet. Einer der Vorteile der israelischen Armee war, dass sie eine Staatsbürgerarmee mit angesichts der Bedrohung durch Zerstörung und Abschlachten fanatischer Kampfmental war. Die Lehren des Krieges werden

schrittweise bei den arabischen Massen durchsickern. Es wird in der Region keine Ära der Stabilität geben. Das Beispiel Syriens wird immer mehr eine Auswirkung auf die Massen und sogar Teile der Offizierskaste innerhalb der arabischen Länder haben. Auf die gleiche Weise, in der Feisal die Errichtung eines republikanischen Regimes im Jemen aus Angst vor der Auswirkung auf seine eigene Armee und Bevölkerung fürchtet, so fürchten alle Staaten der Region das Beispiel des 'arabischen Sozialismus' in Syrien für ihre Völker. Der Kampf gegen den britischen Imperialismus in Aden und die Scheichs in Südarabien ist ein Anzeichen für diesen Prozess.

Der geplante Abzug des britischen Imperialismus aus Aden und die Hoffnungslosigkeit der Stützung der Marionetten-Föderation von Südarabien aus winzigen 'Königreichen' wird sich bald zeigen. Die Ankündigung von George Brown im Parlament, dass es keine Wahlen geben werde und die britische Militärpräsenz in Aden und Südarabien nach der Unabhängigkeit mit Flugzeugträgern und Truppen aufrechterhalten würde, wurde von den Tories mit Jubel begrüßt, die auf die Stützung der unrepräsentativen Sultane und Scheichs drängten. Duncan Sandys, einer der extrem Rechten unter den Tories, rief begeistert aus, dass er gedacht hätte, er höre sich selbst reden, als diese Ankündigung gemacht wurde! Dieser Verrat an den elementaren Prinzipien der Selbstbestimmung durch die Labour-Führung rief eine schnelle Antwort hervor. Arabische Offiziere und Soldaten und sogar die arabische Polizei der sogenannten 'südarabischen Föderation' meuterten und feuerten auf britische Truppen. Das geschah sogar vor der Pseudo-Unabhängigkeitserklärung. Aden und das südarabische Gelände mit Bergen, Höhlen und anderen Schutzmöglichkeiten bietet eine gute Position für einen Guerillakrieg und für die Ohnmächtigmachung britischer Flugzeugträger und Flugzeuge. Also wird sich die Lage von [Nord]Jemen in dieser Region wiederholen. Es ist nicht möglich, die Macht der Scheichs mit britischen Truppen in Aden jetzt aufrechtzuerhalten, es wird mittels Flugzeugträgern nach ihrem Abzug noch weniger möglich sein. Der britische Imperialismus wird eine weitere teure und unruhliche Niederlage erleiden.

Der Zugriff des Imperialismus in der Region beruht in der Tatsache, dass sie der einzige Markt für Öl sind, die überwältigende Mehrheit der Tanker kontrollieren, die Region mit Waffen beliefern und die meisten Ölquellen besitzen und kontrollieren. Was für die Region ein Segen sein sollte, ist ihr Fluch. Öl ist der Hauptrohstoff der Region, fast alle Länder hängen von ihm ab. Ägypten und Syrien haben gewisse Industrie wie Baumwolle und Textilien. Aber die ganze Region ist angesichts der Macht des Imperialismus schwach und im Niedergang.

Klasse und die Arbeiterbewegung der arabischen Länder im Nahen Osten ausübe.

Rolle des Imperialismus bei der Errichtung des Staats Israel

Es ist wichtig, allen SozialistInnen auf der Erde zu erklären, dass der Staat Israel ohne die Hilfe des anglo-amerikanischen Imperialismus nie gegründet worden wäre. Die Delegation der Vereinigten Staaten bei der UNO hat eine Reihe kleiner Staaten wie Haiti, die Philippinen und andere, beeinflusst und korrumpiert; die amerikanische Regierung hat die Versorgung Israels mit Geld und Ausrüstung erlaubt, insbesondere die Bezahlung von in der Tschechoslowakei gekaufter Waffen mit Dollar; sie hat den neuen Staat ein paar Stunden nach seiner Gründung anerkannt. Die britische Armee hat das Offenhaltende Straße nach Jerusalem für die Eroberung und die Evakuierung arabischer Dörfer entlang der Straße geduldet (am 2. März 1948 haben die britischen Truppen sich der Haganah - der geheimen jüdischen Armee - bei der Sprengung einer arabischen Sperre in Bal el Wad angeschlossen; Anfang April haben sie nicht eingegriffen, als die militärischen Aktionen entlang der Straße eskalierten; am 6. April haben die Briten selbst Versorgungszüge in das Dorf gebracht etc....) am 9. Januar sind sie den jüdischen Kolonien Dan und Kfar Szold in Obergaliläa zu Hilfe gekommen. Wenn all diese Ereignisse nicht stattgefunden hätten und wenn vor allem der erste von der UNO im Juni 1948 von der UNO verhängte Waffenstillstand nicht die jüdische Seite Jerusalems vor Hungersnot und militärischem Zusammenbruch gerettet hätte, hätte der Staat Israel nicht bestehen können.

Der angloamerikanische Imperialismus hatte als Ziel die Schaffung eines Faktors, der im ganzen Nahen Osten die Rolle spielen sollte, die der Zionismus seit 30 Jahren in Palästina spielte: die Rolle eines Brennpunkts für den chauvinistischen Hass, damit die revolutionären Bestrebungen der arabischen Massen des Nahen Ostens vom antiimperialistischen Weg auf rassistische und religiöse Wege abgelenkt werden. Aber wie sich das Kräfteverhältnis (oder vielmehr Kraftlosigkeitsverhältnis) zwischen AraberInnen und JüdInnen im Verlauf des verflossenen Jahres verändert hat, und da ein mittel gefunden werden musste, den Aufstieg der Arbeiterbewegung im ganzen Nahen Osten aufzuhalten, musste ein neues Gleichgewicht zwischen einem jüdischen Staat und den umgebenden arabischen Staaten geschaffen werden.

Allein diese Erwägungen erklären die scheinbar schwankende Politik der amerikanischen Regierung. Am 29. November stimmte die Generalversammlung der UNO für eine Resolution zu Gunsten der Teilung Palästinas und der Schaffung eines jüdischen Staates. Das Signal war gegeben. Am folgenden Tag brach der

bewaffnete Kampf zwischen JüdInnen und AraberInnen in Palästina aus. Aber in der Anfangsetappe ging in den meisten arabischen Staaten etwas mit der Verwirklichung des Plans schief. Demonstrationen waren hauptsächlich gegen ausländische Gesellschaften und Einrichtungen gerichtet waren, auch die der Sowjetunion, die für die Teilung gestimmt hatte; und gegen die Kommunistische Partei, deren Büros in Damaskus zerstört wurden. Nur wo die Briten direkt herrschten, schafften sie es damals, diese Unruhen gegen die jüdische Minderheit zu lenken; in der britischen Kolonie Aden töteten Demonstranten, die gegen die Teilung Palästinas protestierten, 75 JüdInnen und verletzten eine große Zahl.

Der bewaffnete Kampf zwischen JüdInnen und AraberInnen Anfang 1948 zeigte klar, dass im Maßstab von Palästina die JüdInnen eine militärische Überlegenheit besaßen, nicht nur wegen der Feudalstruktur der arabischen Gesellschaft im allgemeinen, sondern ebenso, weil die reaktionäre arabische Leitung bewusst das Wachstum jeder Massenbewegung nach der von 1936-39 behindert hatte, weil sie vor der Arbeiterkass Angst hatte, die sich im Zweiten Weltkrieg gebildet hatte. Die entscheidende Frage, die sich also stellte, war, ob die arabischen Regierungen der benachbarten Länder eingreifen würden oder nicht?

Am 12. Januar 1948 bestätigten britische diplomatische Quellen in London Berichte, dass Großbritannien Ägypten, Irak und Jordanien "vertragsgemäß" mit Waffen versorge. Trotzdem blieb der Wunsch und die Fähigkeit zum Einmarsch in Palästina auf Seiten dieser Regierungen zweifelhaft. Sie brauchten eine neue Ermutigung. Sie ergab sich im März 1948 in Form einer amerikanischen Erklärung, die den Teilungsplan fallen ließ zugunsten der Stellung Palästinas unter Treuhandschaft. Diese Erklärung zusammen mit der verdächtigen Unfähigkeit des Apparats der UNO, die eigenen Entscheidungen umzusetzen, brachte die Regierungen der herrschenden Klassen des Nahen Ostens dazu, sich um die Stellung als einziger Agent des angloamerikanischen Imperialismus im Nahen Osten unter Ausschluss der zionistischen Führung zu bemühen.

Aber als im Verlauf der Invasion nach dem 15. Mai die Arabische Legion von Jordanien drohte, den jüdischen Teil Jerusalems zu besiegen und als die ägyptische Armee sich den südlichen jüdischen Kolonien vor den Toren von Tel Aviv näherte, verhängte der Imperialismus den ersten Waffenstillstand, um den JüdInnen eine ausreichende Atempause zu geben, um ihre Armee zu organisieren, Waffen zu importieren und Jerusalem zu versorgen. Dieser Waffenstillstand hatte überhaupt nicht das Ziel, den JüdInnen die Möglichkeit eines entscheidenden militärischen Sieges zu geben, sondern ein für die imperialistischen Manöver günstiges

Kräftegleichgewicht zu schaffen. Deshalb dienten britische Offiziere weiterhin in der Arabischen Legion und Ägypten und Syrien kauten weiterhin Waffen in mehreren europäischen Marshallplan-Ländern.

Wegen der Notwendigkeiten der Aufrechterhaltung eines Kräftegleichgewichts wurden andere Waffenstillstände verhängt.

Der letzten Waffenstillstand wurde verhängt, als die israelischen Truppen auf ägyptisches Territorium vorrückten und alle ägyptischen Streitkräfte in Palästina zu vernichten drohten, was ernsthafte soziale Auswirkungen in Ägypten gehabt hätte. Inzwischen führte die Schaffung des arabischen Flüchtlingsproblems zusammen mit Streitigkeiten um den Grenzverlauf für ausreichende Spannungen zwischen dem Staat Israel und den arabischen Ländern, so dass die amerikanische Diplomatie für den Augenblick den Nahen Osten "befrieden" und den auf der Insel Rhodos beschlossenen "ständigen Waffenstillstand" verhängen kann.

Neue Phase des Wirtschaftsimperialisismus

Die Schaffung des Staates Israel als Ablenkung der arabischen Massen des Nahen Ostens von antiimperialistischen Zielen war nicht der einzige Vorteil, den der angloamerikanische Imperialismus nach dem palästinensischen Krieg und dem Erlangen eines neuen Kräftegleichgewichts erlangt hat. Ein wichtiges Nebenprodukt der Ereignisse des vergangenen Jahres war die Erschöpfung der Ressourcen und Reserven praktisch aller Regierungen des Nahen Ostens. Während dem Zweiten Weltkrieg war die arabische Bourgeoisie im ganzen Nahen Osten und besonders in Ägypten beträchtlich gestärkt worden und hatte Reichtümer angesammelt, die im während dem Krieg erfahrenen Wachstum ihre Quelle hatten; ihr Fähigkeit, auf den britischen Imperialismus Druck auszuüben, war verstärkt.

Das Sterling-Abkommen, das Britannien mit Ägypten abschloss, hatte auf britischer Seite "sehr großzügig" sein müssen (wie sich der *Economist* in dieser Frage ausdrückte). Ägypten konnte sich den Luxus erlauben, die Sterling-Zone zu verlassen, und Syrien die Franc-Zone. Allgemeine wirtschaftliche Tendenzen (wie die neuen Importe, die erneut den Produkten der neuen örtlichen Industrien Konkurrenz machten) waren das Hauptelement zur Beendigung des durch den Weltkrieg geschaffenen Booms darstellt; aber der palästinensische Krieg spielte eine wichtige Rolle dabei, die Staatsfinanzen ins Ungleichgewicht zu bringen und die nationalen Ressourcen wegzuschmelzen.

Die finanziellen Reserven der ägyptischen Regierung betrugen am Ende des Haushaltsjahres 1946/47 etwa 70 Millionen ägyptische Pfund. In Finanzkreisen werden die Ausgaben für den Palästina-Krieg, die aus dem Reservefonds bezahlt werden, auf 30 Millionen ägyptische Pfund

geschätzt. Weitere 8 Millionen Pfund außerordentliche Militärausgaben wurden im April 1949 vom ägyptischen Parlament bewilligt. Wenn man die Ausgaben des sogenannten "Fünfjahresplans" dazu addiert, die 10 Millionen Pfund jährlich betragen, ist der Reservefonds um sechs Siebtel verringert, er beträgt mit anderen Worten nur noch 10 Millionen Pfund.

Die Zahlen für die Ausgaben des Irak während dem Palästina-Krieg wurden nicht veröffentlicht, aber das Haushaltsdefizit für 1948-49 beträgt 15 Millionen irakische Dinar (Pfund Sterling), wobei der ganze Haushalt 25 Millionen nicht übersteigt, von denen 10 Millionen reguläre Militärausgaben sind. Der Krieg hat im Irak eine Finanzkrise hervorgerufen, die das Land mit Wirtschaftschaos bedroht hat wie die *Arab News Agency* erklärte.

Die Reserven Syriens waren schon vor 1940 erschöpft. Für das Haushaltsjahr 1949-50 betrug der syrische Haushalt etwa 129 Millionen syrische Pfund (ungefähr 14,3 Millionen Pfund Sterling). Die Militärausgaben wurden auf 39,1 Millionen Pfund Sterling festgelegt, dazu kommen 15 Millionen Pfund Sterling für die innere Sicherheit. Nach dem Staatsstreich des neuen Diktators [es handelt sich um den Staatsstreich von Oberst Zaim, der seitdem wieder gestürzt wurde - d. franz. Übersetzer] wurde der Militärhaushalt auf die phantastische Summe von 70 Millionen Pfund Sterling erhöht, was mehr als die Hälfte des Gesamthaushalts ist; wenn man die Ausgaben für innere Sicherheit dazu nimmt, sind es 65 Prozent des Gesamthaushalts.

Der Libanon hat seine Militärausgaben auch beträchtlich erhöht. Aber der Krieg legte ihm als wichtigste Last die Kosten für den Unterhalt der arabischen Flüchtlinge von Palästina auf, die mehr als die Hälfte des libanesischen Haushalts verbrauchen. Die offiziellen Zahlen bezüglich der Kosten der arabischen Legion *Jordaniens* betragen 3,5 Millionen Pfund Sterling. Man sagt, die Ausgaben würden die Ausgaben des jährlichen Haushalts übersteigen, was nachvollziehbar ist, weil der Gesamthaushalt von Jordanien, eines sehr armen Landes, für dieses Jahr 2.430.000 Pfund Sterling beträgt.

Man muss nicht erst betonen, dass die arabischen Regierungen der Länder des Nahen Ostens alles in ihrer Macht stehende tun, um diese gewaltigen Ausgaben den Massen aufzubürden, die sie unterdrücken. In mehreren der oben erwähnten Länder wurden Sondersteuern für eine Reihe von Produkten des täglichen Verbrauchs eingeführt. Aber das reicht nicht, um den arabischen Feudalherren und Bourgeois zu erlauben, über die Ergebnisse ihres politischen Abenteuers in Palästina hinwegzukommen oder ihre jeweiligen Länder von den im Gefolge des Krieges verschärften finanziellen Übeln zu heilen.

Deshalb ergießt sich eine neue Welle von Krediten und ausländischen Investitionen

- hauptsächlich amerikanischen - über den Nahen Osten, die an die gute alte Zeit der Ausbreitung des Imperialismus in diesem Teil der Welt erinnert. Eine Sondermission der Weltbank hat den Nahen Osten besucht, um Investitionsmöglichkeiten für amerikanisches Kapital in diesem Teil der Welt zu suchen, der nach amerikanischen Quellen neben Afrika das Hauptanlagefeld für amerikanische Investitionen geworden ist.

Der erste Posten auf der Liste der imperialistischen Expansion wird natürlich vom Erdöl eingenommen. Die Lage, die sich in Syrien aus dem palästinensischen Krieg ergab, hat die herrschenden Klassen des Landes endgültig überzeugt, dass sie die Gebühren der Ölgesellschaften brauchen. [Syrien war damals ein wichtiges Durchgangsland für Erdölpipelines von Nordirak (Südkurdistan) zum Mittelmeer.] Nach Monaten der Opposition in Form von parlamentarischer Verschleppung und Demonstrationen der Bevölkerung wurde schließlich im Mai 1949 der Vertrag mit der Trans Arabian Pipeline Corporation endgültig unterschrieben. Während neue Erdölkonzessionen an amerikanische Firmen vergeben werden, untersuchen britische Firmen die Möglichkeiten von Investitionen im Hafen von Latakia und die Projekte zur Nutzung des Euphratwassers. Andere amerikanische Firmen sind fieberhaft damit beschäftigt, die ägyptischen Ölquellen an beiden Seiten des Golfs von Suez auszubeuten, während gleichzeitig das amerikanische Kapital nicht die Möglichkeiten der Eisenindustrie in der Nähe von Assuan und die Pläne zur Entwicklung des Nils vernachlässigt.

Dennoch sind neben dem Erdöl die Hauptinvestitionen heute Staatsanleihen in Form von Hilfen durch die Weltbank oder der Import-Export-Bank der Vereinigten Staaten. Nach verschiedenen Quellen hat der Irak um einen Kredit von 48 oder sogar 100 Millionen Dollar von der Weltbank gebeten. Gleichzeitig verhandelt die Regierung Iraks mit Großbritannien um einen Kredit von 15 bis 20 Millionen Pfund Sterling. Nach den Berichten der ägyptischen Zeitung *al Misri* bittet Ägypten um einen Kredit von 15 Millionen Pfund Sterling von der Weltbank. Israel, dessen Wirtschaft durch den Krieg und die neue Massenzuwanderung mindestens so stark wie die der arabischen Länder erschöpft ist, hat schon einen Kredit von 100 Millionen Dollar durch die Vereinigten Staaten erhalten. So hat der palästinensische Krieg die notwendige Atmosphäre geschaffen, in der diese neue Welle des Wirtschaftsimperialismus stattfinden konnte.

Gleichzeitig hat die Bourgeoisie der arabischen Länder den Großteil der im Verlauf des Zweiten Weltkriegs erzielten Erfolge verloren. Die große Kapitalakkumulation als Ergebnis der Militärausgaben der Alliierten während des Krieges; das Fehlen der Konkurrenz durch Auslandswaren; der allgemeine Niedergang des

britischen Imperialismus haben die Stellung der arabischen Bourgeoisie und besonders der ägyptischen Bourgeoisie im Verhältnis zum Imperialismus und den Kapitalien Großbritanniens beträchtlich verstärkt. Dieser Prozess hatte sich zum Beispiel im Erlass des ägyptischen Gesetzes über die Firmen (*Egyptian Company Law*) ausgedrückt, das am 4. November 1947 in Kraft trat. Nach diesem Gesetz mussten mindestens 40 Prozent der Direktoren von in Ägypten gegründeten Aktiengesellschaften Ägypter sein; die Zahl der ägyptischen Angestellten durfte nicht unter 75 Prozent des Personals liegen und ihre Einkommen nicht geringer als 65 Prozent der bezahlten Gehälter sein. Die Gesamtzahl der ägyptischen ArbeiterInnen durfte nicht unter 90 Prozent und ihre Bezahlung unter 80 Prozent der gezahlten Gehälter liegen. Den Firmen wurden drei Jahre Frist gelassen, um den Prozentsatz ihrer ägyptischen Angestellten und Arbeiter auf das festgelegte Niveau zu heben. Zusätzlich wurden mindestens 51 Prozent der Aktien aller neuen Aktiengesellschaften und aller Kapitalerhöhungen den Ägyptern reserviert.

Aber die erste Kraftprobe zeigte die Unfähigkeit der ägyptischen Bourgeoisie, das Gesetz wirksam anzuwenden. Als die Suezkanalgesellschaft der ägyptischen Regierung mitteilte, dass sie sich an das Gesetz nicht halten werde, wurde am 7. März 1949 ein Sonderabkommen zwischen der Gesellschaft und der Regierung unterzeichnet, nach dem Ägypten nur fünf an Stelle von 11 neuen Posten im Vorstand erhalten werde (von den gegenwärtig 32 Vorstandsmitgliedern sind nur 2 Ägypter), und nicht nach drei, sondern nach 15 Jahren! Die Stärkung des ägyptischen Elements unter den Angestellten wird in allgemeinen Ausdrücken erwähnt, Prozentsätze werden nur für neue Angestellte festgelegt ohne einen Zeitraum festzulegen. Das Abkommen enthält keine Bestimmung über den ägyptischen Anteil bei eventuellen neuen Aktienaushängen. Auf der anderen Seite wurde Herr Tuck, früher Botschafter der Vereinigten Staaten in Ägypten, Vorstandsmitglied der Suezkanalgesellschaft.

So wurde die Beherrschung der ägyptischen und anderen nahöstlichen Aktiengesellschaften durch Auslandskapital im Verlauf des vergangenen Jahres ungeheuer verstärkt und die örtliche Bourgeoisie war nicht fähig, einen einzigen ernsthaften Schritt zur Schaffung der notwendigen Grundlage für eine unabhängige nationale Wirtschaft zu schaffen.

Der Palästina-Krieg - politisches Kapital für den Imperialismus

Zusätzlich dazu, dass der Krieg in Palästina bei der neuen Welle des wirtschaftlichen Eindringens des Imperialismus geholfen hat, hat er den imperialistischen Mächten gleichermaßen als Mittel zur Verstärkung ihrer politischen Stellungen im Arabischen Osten geholfen. Die durch

den Krieg im ganzen Nahen Osten hervorgerufene allgemeine chauvinistische Strömung war sehr nützlich bei der Ablenkung der antiimperialistischen Gefühle der arabischen Massen auf jüdische und andere Minderheiten dieser Länder. Das Hängen von Juden im Irak und Todesstrafen gegen Leute, die aus dem Land flohen; Verfolgung der jüdischen Gemeinden in Damaskus und Aleppo in Syrien; Einsperrung vieler ägyptischer JüdInnen in Konzentrationslagern und Beschlagnahme ihres Eigentums - all das hat eine Atmosphäre geschaffen, die der Imperialismus zur Verwirklichung seiner Pläne genutzt hat.

Während im September 1947 der Fehlschlag des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, den Fall Ägypten zu behandeln große Massendemonstrationen hervorrief, auf denen unter anderem die ArbeiterInnen und Angestellten der Arsenale der ägyptischen Armee teilnahmen, gab es keine solche Reaktion ein Jahr später im Oktober 1948 auf die britische Erklärung nach der "angesichts der internationalen Lage" Großbritannien seine Truppen nicht gemäß den früher abgegebenen Versprechen aus Ägypten abziehen könne. Im Gegenteil konnte sich die Feudalclique, die in Ägypten mit einer Militärdiktatur regiert, im Verlauf dieser ganzen Periode halten, ohne auch nur zu versuchen, die Unterstützung der Massen zu gewinnen, indem sie eine Verbesserung des Schicksals der Massen oder die Befreiung Ägyptens von der imperialistischen Herrschaft versprechen - solche Versprechen macht die Wafd-Partei, die eher die Bourgeoisie vertritt. Statt dessen wurde die Aufmerksamkeit der Massen auf terroristische Anschläge auf nichtägyptische Minderheiten abgelenkt. Unter diesen Bedingungen konnte die Regierung sogar davon sprechen, den Pakt Bevin-Sidqi wieder zu beleben, der 1946 von Ägypten wegen der ernststen Gefahr einer Revolution nicht unterzeichnet worden war.

Aber weiter im Süden hat der britische Imperialismus seinen Hauptschlag geführt. Unter der Deckung des Palästina-Krieges hat Großbritannien mit beschleunigter Geschwindigkeit die endgültige Trennung des Sudan von Ägypten verwirklicht und dort eine sogenannte "gesetzgebende Versammlung" installiert, die hauptsächlich aus probritischen Stammesführern besteht, die vom britischen Gouverneur ernannt wurden. Die "Versammlung" hat keinerlei wirkliche Macht, außer nachträglich allen vom Gouverneur getroffenen Entscheidungen zuzustimmen. Die Versammlung hat nicht mal das Recht, Änderungen am Haushalt vorzuschlagen. Ägypten hat nichts gemacht, als "Wahlen" für diese Versammlung für den 15. November abgehalten wurden oder als diese Versammlung Anfang 1949 zusammentrat. Es gibt nichts als eine Erklärung der Nichtzustimmung von Seiten der ägyptischen Regierung. Inzwischen versucht die ägyptische Bourgeoisie ein

Abkommen mit Großbritannien zu treffen, um einen Anteil an der Ausbeutung des Sudan zu bekommen. Sie fürchtet die Zusammenarbeit zwischen der antiimperialistischen nationalen und Arbeiterbewegung im Sudan, die während der letzten Monate ungeheuer gewachsen ist, und der antiimperialistischen Bewegung der ägyptischen ArbeiterInnen.

Eine ähnliche Entwicklung hat im Verlauf des letzten Jahres auch im Irak stattgefunden. Vor nur 18 Monaten, im Januar 1948, gab es große Massendemonstrationen von ArbeiterInnen und Studierenden nach dem Abschluss des Portsmouth-Vertrages zwischen Bevin und dem probritischen irakischen Ministerpräsidenten Saleh Dschabr. Dieser Vertrag bestätigte das Recht von Großbritannien, den Irak als Militärbasis zum Schutz seiner Interessen im Nahen Osten zu nutzen. Nach einer Woche Demonstrationen war der Herrscher gezwungen, den Vertrag aufzukündigen, und eine weitere Woche gewaltsamer Demonstrationen führten zur Entlassung von Saleh Dschabr und seiner Flucht ins Ausland. Im März 1948 kam es zu neuen Demonstrationen gegen den Bündnisvertrag zwischen Großbritannien und Jordanien.

Aber ein Jahr Krieg in Palästina hat dem britischen Imperialismus gereicht, seine ganze vorherrschende Stellung in der irakischen Politik wiederzuerlangen. Ab Oktober 1948 drangen die probritischen Politiker einer nach dem anderen wieder in die Ministerien ein, angefangen mit Schakar al-Wadi (der den Portsmouth-Vertrag als Verteidigungsminister unterzeichnet hatte). Neue Demonstrationen wurden gewaltsam unterdrückt. Diese Ereignisse gipfelten am 6. Januar 1949 mit der Ernennung von Nuri Pascha Said, dem herausragenden Agenten des britischen Imperialismus im Nahen Osten zum Ministerpräsidenten des Irak.

Der Verlauf der Ereignisse in Ägypten und im Irak im Verlauf des letzten Jahres hat klar gezeigt, wie sehr die feudalen und bürgerlichen herrschenden Klassen des Arabischen Ostens von der Hilfe und Unterstützung der Imperialisten abhängig geworden sind. Der Palästina-Krieg war für diese Klassen ein ausreichender Beweis für die Notwendigkeit eines Bündnisses mit dem Imperialismus. Die Ereignisse haben nicht nur gezeigt, dass diese Klassen unfähig geworden sind, irgend einen Kampf gegen den Imperialismus für die Unabhängigkeit ihrer Nation zu führen, sondern auch, dass sie völlig unfähig zur Überwindung der feudalen Zersplitterungstendenzen sind, die im Nahen Osten vorherrschen. Die vom britischen Imperialismus wesentlich zum Zweck der Konzentration der Aufmerksamkeit der Massen des Nahen Ostens auf das Problem Palästina geschaffene Arabische Liga, war selbst zur Koordination der militärischen Aktionen im Verlauf des Palästina-Krieges unfähig. Am Schluss der militärischen Operationen brach jede Front der

arabischen Länder für sich zusammen und es gab eine offene Spaltung zwischen dem ägyptischen Block und dem haschemitischen Block. [Die Familie der Haschemiten ist die Herrscherdynastie Jordaniens, die das Ziel der Schaffung eines Großsyriens verfolgt - Anmerkung des französischen Übersetzters]

Außerdem wurde in den letzten achtzehn Monaten eine völlige Spaltung zwischen Syrien und dem Libanon vollzogen, die Grenzen wurden dichtgemacht und Zollschranken errichtet. Der Libanon blieb in der Franc-Zone und Syrien verließ sie. (Man muss sich erinnern, dass selbst zur Zeit der französischen Herrschaft, der die Trennung befürwortete, trotz der ständigen Querelen zwischen den Ländern ihre Wirtschaftseinheit immer beibehalten wurde). Fügen wir die Schaffung des neuen Staates Israel hinzu, um das Bild der Balkanisierung des Nahen Ostens zu vervollständigen. Der Imperialismus hat es geschafft, neue Grenzen zu errichten, um auf der einen Seite den Kontakt zwischen den Arbeiterbewegungen der verschiedenen Länder des arabischen Nahen Ostens zu behindern und auf der anderen Seite gemäß seinen eigenen Interessen getrennte "Blocks" zu schaffen.

Rückschlag für die Arbeiterbewegung

Es wäre vergeblich zu leugnen, dass die Periode zwischen Mai 1948 und Mai 1949 eine Periode der Stagnation der Arbeiterbewegung im arabischen Osten war, abgesehen vielleicht von gewissen Ländern am Rand der arabischen Staaten wie Sudan (wo starke Gewerkschaften entstanden sind, die am politischen Kampf der sudanesischen antiimperialistischen Bewegung teilgenommen haben) und Zypern, das wenig Verbindung mit den arabischen Ländern und noch weniger mit dem palästinensischen Kampf hat. Diese Stagnation war angesichts der Schaffung von Israel, des Krieges und der durch ihn bedingten chauvinistischen Atmosphäre nur natürlich. Trotzdem wurde die arabische Arbeiterklasse im Nahen Osten nicht in einem entscheidenden Kampf besiegt und ist folglich in der Lage, die Lehren der Ereignisse des letzten Jahres zu ziehen.

Aber an einem Ort im Nahen Osten gab es mit einer großen Niederlage der Arbeiterklasse vergleichbare Änderungen, nämlich in Palästina. Die Massenflucht der AraberInnen aus Haifa, dem Zentrum der palästinensischen Arbeiterklasse (Erdölraffinerien, Eisenbahnwerkstätten), aus Jaffa und dem Rest der Küstenebene bedeutet die völlige Vernichtung der arabischen Arbeiterklasse Palästinas (und nebenbei auch die völlige Vernichtung jeder fortschrittlichen kapitalistischen Entwicklung von Teilen der arabischen Gesellschaft in Palästina). Die Zusammenarbeit der arabischen und jüdischen ArbeiterInnen in Haifa in den großen Streiks der ArbeiterInnen und Angestellten im öffentlichen Dienst im Frühjahr 1946 oder im Streik der Erdölraffinerien Anfang 1947 hatten eine Bedeutung, die den ört-

lichen Rahmen überschritt. Die Barriere zwischen arabischen und jüdischen ArbeiterInnen, die von Imperialismus, Zionismus und arabischer Reaktion errichtet worden war und die bei verschiedenen Gelegenheiten niedergerissen worden war - zum Beispiel bei den oben erwähnten Streiks - wird jetzt durch die Grenzen zwischen einander bekriegenden oder zumindest mit einander rivalisierenden Staaten verstärkt, was den physischen Kontakt zwischen jüdischen und arabischen ArbeiterInnen ausschließt.

In den anderen Ländern des Nahen Ostens hat der Palästina-Krieg auch seine Spuren hinterlassen. In Ägypten hat die Arbeiterbewegung nie mehr den Gipfelpunkt vom Februar 1946 erreicht, als das Komitee der Arbeiter und Studenten mehrere Tage lang die Straßen von Kairo und Alexandria beherrschte. Dennoch ging sie weiter und hatte noch neue große Kämpfe, Streiks. Zum Beispiel brach im September 1947 ein Streik in der Textilfabrik in Mehalla al-Kubra aus, wo ungefähr 50.000 ArbeiterInnen beschäftigt sind. Der Streik führte zu bewaffneten Konflikten mit der Polizei. Am 5. April 1948 aber hat die Polizei selbst gestreikt und bessere Arbeitsbedingungen gefordert. Im Streik in Alexandria verließen Tausende ArbeiterInnen die Fabriken und organisierten eine riesige Demonstration, die von streikenden Polizisten begleitet wurde, von denen ein Teil bewaffnet war. Nachdem das Kriegsrecht ausgerufen worden war, brauchte die Armee zwei Tage, um die Ordnung wieder herzustellen. Man muss unterstreichen, dass dieser Streik nur der Höhepunkt einer ganzen Reihe von Streiks und Konflikten bei den Ölgesellschaften, Textil- und Zuckerfabriken und Transportgesellschaften (d.h. der Suezkanalgesellschaft) war, die im März und April 1948 stattfanden.

Aber ein Monat später, im Mai 1948 fand der Einmarsch in Palästina statt und der Belagerungszustand wurde ausgerufen. Eine neue Offensive gegen jede unabhängige Tätigkeit der Gewerkschaften wurde in Gang gesetzt, Verhaftungen von ArbeiterInnen und linken Intellektuellen wurden durchgeführt. Große Konzentrationslager wurden für alle errichtet, die als KommunistInnen bekannt waren. Eines dieser Lager war in al-Tur errichtet, einem Verbannungsort für Kriminelle, der für seine hohe Sterblichkeit bekannt war! So führte der Palästina-Krieg zu einer Verlangsamung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung wegen der Polizeiunterdrückung und dem Kriegsrecht, das im Mai 1949 für ein weiteres Jahr nach dem Ende der Kampfhandlungen in Kraft gelassen wurde. Obendrein versuchte die Regierung und die herrschenden Klassen Ägyptens, die immer versuchten, die ägyptischen Massen zu überzeugen, dass der Kommunismus eine Bewegung von in Ägypten lebenden nichtägyptischen Minderheiten sei, ihn mit

israelischer und zionistischer Spionage in Verbindung zu bringen.

Dennoch sind in Ägypten anders als in gewissen anderen Ländern die Bemühungen, die Aufmerksamkeit der Massen auf den Palästina-Krieg und die zionistische Gefahr zu lenken weitgehend gescheitert. So günstig das für die künftigen Kämpfe der ägyptischen Arbeiterklasse ist, liegt das doch zum Teil an einer gewissen Gleichgültigkeit auf Seiten der organisierten ArbeiterInnen in Ägypten für die Arbeiterbewegung in anderen arabischen Ländern als Folge der Unfähigkeit der stalinistischen Gewerkschaftsführer, die Organisation und die Kämpfe der organisierten ArbeiterInnen im ganzen Nahen Osten zu organisieren.

Der Kreuzzug gegen die Arbeiterkassen und die Arbeiterbewegung erfasste auch Syrien und den Irak. Alle Gewerkschaften, die nicht mit der Regierung verbunden waren, wurden brutal verboten und zahlreiche ihrer Führer verhaftet. Zwei Wochen nach der UNO-Resolution, die Palästina aufteilte, wurde die (stalinistische) Kommunistische Partei Syriens für illegal erklärt. Im Irak wurden eine Reihe von Führern und Mitgliedern der illegalen stalinistischen Organisation hingerichtet. Selbst im Libanon, wo den Stalinisten mehr Freiheit erlaubt worden war, wurde Mustafa al-Aris, einer ihrer Führer und Vertreter der Gewerkschaften des Nahen Ostens im Weltgewerkschaftsverband am 19. November 1948 verhaftet.

Aber während die Tätigkeit der ägyptischen Arbeiterklasse nur eine gewisse Stagnation wegen der Polizeiunterdrückung erfuhr, erlitt die Arbeiterbewegung in Syrien und im Irak einen beträchtlichen moralischen Rückschlag. Einer der Hauptgründe dafür war die Zustimmung der sowjetischen Bürokratie zur Teilung Palästinas durch die UNO. Die syrischen herrschenden Klassen schafften es, diejenigen, die am 1. Dezember 1947, am Tag nachdem die Teilung beschlossen worden war, dagegen demonstrierten, zum Angriff auf die stalinistische Zentrale in Damaskus zu hetzen. Die syrischen und irakischen Stalinisten, die immer glühende Gegner der Teilung gewesen waren und sie zu Recht mit dem imperialistischen Plan zur Versklavung des Nahen Ostens in Verbindung brachten (und unterstrichen, dass die Teilung mit dem Plan eines Großsyriens Hand in Hand geht), gaben von heute auf morgen wegen der russischen Haltung jede Opposition auf und machten eine ihrer berühmten 180-Grad-Wenden. Ein paar Jahre früher waren die Stalinisten beschäftigt gewesen, mit feudalen und chauvinistischen Parteien im Irak, in Syrien und in Palästina gemeinsame Komitees zum Kampf gegen die Teilung und den Zionismus zu bilden. Den reaktionären Regierungen von Syrien und Irak fiel es daher nicht schwer, in den Augen der Massen Kommunismus und Zionismus gleichzusetzen und die Polizeiunterdrückung

durch eine moralische Niederlage zu ergänzen. Viele der prominenten Führer des Stalinismus in Syrien, im Libanon, im Irak und in den arabischen Teilen Palästinas brachen mit ihm und gingen ins Lager der Reaktion der herrschenden Klasse über.

Außerdem schafften es die feudalen Agenten des Imperialismus in Syrien und im Irak in gewissen Umfang, die politisch bewussten Massen der Städte mit ihrem Chauvinismus zu infizieren. Zum Beispiel brachten die Demonstrationen in Bagdad, die die Rückkehr der probritischen Politiker in die Regierung anprangerten keine Opposition gegen das palästinensische Abenteuer zum Ausdruck; im Gegenteil forderten sie von der irakischen Armee die Fortsetzung des Krieges gegen die Juden. Diese chauvinistische Strömung wurde dadurch verstärkt, dass weder die irakische noch die syrische Armee im Unterschied zur ägyptischen Armee auf dem palästinensischen Kampffeld große Niederlagen erlitt. Auch deshalb kann es für die Arbeiterbewegungen Syriens und des Iraks viel schwieriger und mühsamer als für die ägyptische sein, sich zu erholen.

Das völlige Scheitern der stalinistischen Politik

Die Ereignisse der letzten zwei Jahre im Nahen Osten, das Schicksal der stalinistischen Parteien in diesem Teil der Welt und die politische Wendung, die sie nach der Änderung der russischen Haltung in der Politik des Nahen Ostens machten, zeigen völlig klar das völlige Scheitern des stalinistischen Programms, das während mehr als anderthalb Jahrzehnten in den arabischen Ländern entwickelt wurde. Die Stalinisten haben entsprechend ihrer weltweiten Politik die unabhängige Arbeiterpolitik im arabischen Osten ganz aufgegeben, sie haben nationalistische feudale und bürgerliche Führer unterstützt und versucht, mit ihnen "Volksfronten" zu bilden und die "nationale Einheit" gepredigt. Man könnte ein Buch voll Beispielen darüber schreiben, wie die arabischen Stalinisten den Sozialismus aus ihrem Programm gestrichen haben, wie sie sogar die Forderung nach Aufteilung des Feudaleigentums fallen gelassen haben, wie sie gegen Streiks in "nationalen Betrieben" waren und wie die "nationale Einheit" ihr Hauptziel wurde. Wir beschränken uns auf die Haltung der Stalinisten gegenüber den beiden Kräften, die die Hauptrolle bei der Verwirklichung des imperialistischen Plans zur Aufhetzung für den Palästina-Krieg spielten: den Führern der Araber in Palästina und der arabischen Liga.

Die arabischen Stalinisten Palästinas hatten die grundlegende politische Linie, die feudale reaktionäre Leitung der Araber in Palästina in ein Bündnis der "nationalen Einheit" mit der stalinistischen Organisation, der "Nationalen Befreiungsliga" zu bringen. (Gleichzeitig behielten die jü-

dischen Stalinisten ihre eigene getrennte Organisation bei, die "Kommunistische Partei Palästinas" mit der blauweißen Fahne des Zionismus). Als die Partei des Mufti, die sogenannte "arabische Partei" nach dem Krieg offiziell ihre Tätigkeit wieder aufnahm, schickte ihr der Sekretär der stalinistischen "Liga" ihm folgendes Telegramm:

"Die nationale Freiheitsliga in Palästina gratuliert Ihnen zu Ihrer Entscheidung, Ihre nationale Partei tätig werden zu lassen und wir glauben, dass diese Entscheidung uns allen helfen wird, unsere Bemühungen im Dienste unseres teuren Heimatlandes zu vereinen."
(al-Ittahid, Nr. 1)

Aber um nicht ungerecht ihnen gegenüber zu sein, müssen wir sagen, dass die Stalinisten auch andere Leute als die reaktionärsten Vertreter der feudalen Interessen in Palästina, die Partei des Mufti unterstützten. Als Mussa al-Alami - der später der Leiter einer etwas städtischeren Opposition gegen die Partei des Mufti wurde - als Vertreter der palästinensischen Araber zum Vorbereitungstreffen für die Bildung der arabischen Liga bestimmt wurde, schrieb das stalinistische Organ:

"Das arabische Volk in Palästina sieht in der Wahl von Mussa al-Alami als Vertreter bei diesem Vorbereitungstreffen einen ersten Schritt, und zwar einen großen Schritt, in der Richtung der nationalen Einheit in Palästina." (Al-Ittahid, Nr. 21)

(Heute ist al-Alami das Sprachrohr von England und von König Abdullah. - S. Munir)

Die stalinistische Haltung gegenüber der arabischen Liga war nicht besser. Nach ihrer Gründung schrieben die ägyptischen Stalinisten in ihrer Zeitschrift *al-Fagr al Gadid* (16. Mai 1945):

"Die arabische Liga ... stellt eine Unterstützung für die weltweit vorherrschende Tendenz dieser Epoche des Kampfes gegen den faschistischen Imperialismus dar ... Die arabische Liga beschränkt die souveränen Rechte ihrer Mitglieder nicht. Sie garantiert diese Rechte, verstärkt sie und verteidigt sie gegen jede Verletzung. Obendrein arbeitet sie an der Verwirklichung der nationalen Rechte ihrer Mitgliedsnationen und erfüllt sie mit Hoffnung, Freiheit und Unabhängigkeit. Es gibt keinen Zweifel, dass die arabische Liga diesen Zweck erreichen wird, so lange ihre Politik weiter auf einem Bündnis der arabischen nationalen Sache mit der allgemeinen politischen Lage beruhen wird und sie auch denkt, dass die Geschichte langfristig energisch auf die Verstärkung der Freiheiten der Völker und die Festigung ihrer nationalen Rechte drängt..."

Mit solcher Politik gibt es keinen Zweifel, dass die Stalinisten des arabischen Ostens zur Verstärkung des Prestiges der arabischen Führer beitrugen, die für die Durchführung des imperialistischen Plans eines rassistischen Krieges und das Zermalmern der Arbeiterklasse im Nahen Osten verantwortlich waren.

Die arabischen Stalinisten passten sich schnell an die Änderung der russischen Außenpolitik an. Ein Anfang April 1949 veröffentlichtes und von stalinistischen

Parteien mehrerer Länder des Nahen Ostens unterzeichnetes Flugblatt erklärt:

"Der palästinensische Krieg hat auf unbestreitbare Weise gezeigt, dass die arabische Liga nichts ist als ein Werkzeug in den Händen des Imperialismus, ein Zentrum der Intrigen und des Verrats an den arabischen Völkern."

Es scheint, dass die arabische Liga vor allem die stalinistischen Illusionen verraten hat. Aber die selbe Abhandlung spricht noch von "nationaler Einheit" und "Volksfront", obgleich der neue Partner noch nicht bestimmt ist, der die neuen Illusionen verraten soll.

Im palästinensischen Rahmen war die Wendung noch schärfer. Die selben arabischen Stalinisten, die die Partei des Mufti und Mussa al-Amani gepriesen haben, haben sich jetzt - im Staat Israel - mit der jüdischen stalinistischen Partei wiedervereinigt und sich dem Lob der jüdischen Stalinisten für die Schaffung dieses Staates angeschlossen. Ihr gemeinsames Programm für die jüdischen Parlamentswahlen begann mit den Worten: "Wir sind von Unterdrückung zur Freiheit übergegangen!. Es fehlt nur eine offene Zurückweisung ihrer früheren Politik. Aber die kam bald in einer Broschüre, die erschienen ist im September 1948 auf Arabisch unter dem Titel "*Warum müssen wir für einen arabischen Staat in Palästina kämpfen*" (entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen über die Teilung):

"Wir haben selbst an der Verantwortung (für die Katastrophe für die arabische Gesellschaft in Palästina) teil, weil wir in unserer Politik für die nationale Einheit einen Fehler gemacht haben. Unsere Forderung nach einer völligen nationalen Einheit, unter Einschluss der Führung der nationalen Bewegung zusammen mit ehrlichen nationalen Elementen, war in Wirklichkeit ein Deckmantel für den Verrat dieser Führung. Unsere Pflicht wäre gewesen, deren wahren Charakter ausdrücklich und mutig vor den Massen zu entlarven, um sie an der Durchführung ihrer scheußlichen Verbrechen zu hindern."

Wie wahr - aber wie spät. Indessen hat die alte verratene Liebe nur aufgehört, um eine neue zu beginnen - die Zeichen davon sind schon zu sehen. Als die israelische Armee das ägyptische Dorf Abu Ageila einnahm fand sie dort ein ägyptisches Konzentrationslager voller arabischer Stalinisten aus Hebron, Gaza und anderen Plätzen vor, die von der ägyptischen Armee besetzt worden waren. Obgleich sie wegen ihrer Opposition gegen den Krieg interniert waren, wurden sie nicht freigelassen, sondern sofort in ein israelisches Konzentrationslager verbracht, wo sie bis heute interniert bleiben.

Was nun?

Wie wir gesehen haben, war der Palästina-Krieg in der Tat ein weiterer Schritt auf dem Weg der Balkanisierung des Nahen Ostens. Der angloamerikanische Imperialismus hat es geschafft, eine Lage zu schaffen, in der er sich mit jedem Staat einzeln auf die Weise befassen kann, die

für die Verwirklichung seiner wirtschaftlichen und Pläne am bequemsten ist. Der Krieg hat die Gelegenheit geboten, die Arbeiterklasse im arabischen Osten zu unterdrücken und die stalinistische Politik hat ihren Teil zur Demoralisierung der Arbeiterbewegung beigetragen. Die Frage ist jetzt, was die Perspektiven für die Arbeiterklasse im Nahen Osten für die nahe Zukunft sind.

Wie jedem geschichtlichen Prozess fehlt es den jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten nicht an dialektisch entgegengesetzten Wirkungen. Die Wiederherstellung der Beziehungen des Nahen Ostens mit Amerika und Europa nach dem [Zweiten Welt]Krieg hat eine schwere Krise in den einheimischen Industrien hervorgerufen, die sich während dem Krieg entwickelt hatten. Syrien litt unter großer Arbeitslosigkeit und die ägyptische Industrie, vor allem die Textilindustrie, die vom Fehlen eines Binnenmarktes bedroht war, spürte die Notwendigkeit zu exportieren und mit ausländischen Waren zu konkurrieren. Dennoch sind die mächtigsten Konzentrationen von ArbeiterInnen in diesem Teil der Welt immer noch vom Auslandskapital erzeugt. Die neuen Investitionen des Auslandskapitals, besonders des amerikanischen Kapitals (Erdöl, Entwicklungspläne etc.) bringen neue große Konzentrationen von ArbeiterInnen und Arbeiterorganisationen mit sich. Außerdem wird das den ganzen Nahen Osten umspannende Ausmaß dieser Investitionen und Pläne die arabische Arbeiterklasse vor die dringende Notwendigkeit stellen, ihre Kämpfe in den verschiedenen Ländern des arabischen Ostens zu koordinieren. Es ist bemerkenswert, dass der einzige Streik in diesen Ländern, der die vom Imperialismus gezogenen Grenzen überschritten hat, bei der Iraq Petroleum Company stattfand, die im ganzen Nahen Osten tätig ist.

Gleichzeitig werden die Schwierigkeiten der Länder des Nahen Ostens, sich zu versorgen und Märkte zu finden die extremen Leiden bewusst machen, die die Massen wegen der vom Imperialismus eingeführten Spaltungen erdulden. Es muss nicht betont werden, dass sich im Fall einer neuen Weltwirtschaftskrise diese Leiden in eine Katastrophe für die Massen im Nahen Osten verwandeln. Auch politisch wird der Palästina-Krieg nicht nur die oben beschriebenen Folgen haben. Es ist sehr wahr, dass der Chauvinismus genährt wurde, dass ein Zustand ständiger Spannung geschaffen wurde, dass der Nahe Osten mehr gespalten ist als er es jemals war. Aber der Palästina-Krieg hat auch etwas wichtiges gelehrt, nämlich die völlige Abhängigkeit der Bourgeoisie und der Feudalchefs des Nahen Ostens vom Imperialismus, ihre Unfähigkeit, auch nur den kleinsten Kampf gegen den Imperialismus zu leiten und ihre völlige Unfähigkeit, die örtliche Beschränktheit und die Kirchturmpolitik zu überwinden, selbst beim Nähen des

Chauvinismus. Weiter, die militärische Niederlage und die Verantwortung für die Schaffung einer halben Million arabischer Flüchtlinge (die sie sich natürlich mit dem britischen Imperialismus und den zionistischen Massakern wie denen von Deir Jassin, Lydda, Galiläa und an andren Plätzen teilen) haben das Prestige und den politischen Einfluss der feudalen und bürgerlichen arabischen Führung in hohem Maß verringert.

Aber das bedeutet keine automatische Revolutionierung der arabischen Massen. Solange es keine kommunistische revolutionäre Führung gibt, die fähig ist, die Desillusionierung der Massen in Bahnen der fortschrittlichen Klasse zu lenken, werden sie religiöse Fanatiker oder Militär"helden" in Richtung Rassenhass und Ausschreitungen zwischen Volksgruppen lenken und das städtische Kleinbürgertum und das Lumpenproletariat in den riesigen Elendsvierteln von Kairo, Alexandria, Aleppo, Beirut und Bagdad mit sich ziehen. Aber eines ist klar: der Spielraum für die stalinistischen Manöver in den Fragen der "nationalen Einheit" und der "Volksfront" ist beträchtlich verringert.

Die Arbeiterklasse des Nahen Ostens hat heute als erste und vordringliche Aufgabe, die Legalisierung der Gewerk-

schaften und der Arbeiterorganisationen zu fordern. Aber das Hauptziel, auf das die trotzkistischen Gruppen im Nahen Osten hinarbeiten müssen, ist die Vereinigung der Arbeiterbewegung über die imperialistischen Grenzen hinweg. Unsere alte Parole - ein Gewerkschaftskongress des ganzen Nahen Ostens - bleibt nicht nur weiterhin gültig, sondern ist in der neuen Lage noch wichtiger.

Heute, nach der Erfahrung des Palästina-Krieges, werden es die stalinistischen Leiter mancher Gewerkschaften im Nahen Osten schwerer haben, diese Eini-gung zu sabotieren, wie sie es in der Vergangenheit gemacht haben, um eine Belastung ihrer Beziehungen zur herrschenden Klasse zu verhindern. (Auf die Frage nach den Gründen seiner Opposition gegen einen Arbeiterkongress des Nahen Ostens im Rahmen des Weltgewerkschaftsbundes antwortete Mustafa al-Aris, der stalinistische Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes einmal, dass er in diesem Fall auch die jüdische Histadrut einladen müsse, was er gerne vermieden hätte.)

Ein Kongress der Arbeiterbewegung des Nahen Ostens wäre das beste Mittel, um den Geist der Kirchturmpolitik und des Chauvinismus zu beseitigen und den

Kampf in den verschiedenen Ländern zu koordinieren. Auf der Grundlage einer internationalistischen Politik könnte er an die ArbeiterInnen appellieren, die nationalen Minderheiten angehören, einschließlich der jüdischen Arbeiterklasse. Er könnte der Kern der Sozialistischen Vereinigten Staaten des Nahen Ostens werden.

Der Kampf der Arbeiterbewegung im Nahen Osten könnte in naher Zukunft vor einer schweren Unterdrückung stehen. Weder die örtlichen herrschenden Klassen, deren Lage sehr prekär geworden ist, noch der Imperialismus, für den der Nahe Osten eine wesentliche wirtschaftliche und strategische Bedeutung erlangt hat, können sich eine liberale Politik gegenüber den ArbeiterInnen und der Arbeiterbewegung leisten. Nur die abgestimmte Aktion und Organisation der ArbeiterInnen von Ägypten, von beiden Teilen Palästinas, von Syrien, Libanon und dem Irak kann es schaffen, diese Unterdrückung zu überwinden, die arbeitenden Massen der ArbeiterInnen und armen FelachInnen vom ausländischen und inländischen Joch zu befreien und eine neue Gesellschaft aufzubauen.

Ted Grant: Ein unrühmliches Abenteuer (1956)

Der anglofranzösische Imperialismus nutzte die Verwicklung der Sowjetunion in Osteuropa mit dem nationalen Aufstand gegen die russische Vorherrschaft in Ungarn und Polen und mit der Aufmerksamkeit des amerikanischen Imperialismus auf das letzte Stadium der amerikanischen Wahlen und entschied sich zuzuschlagen, um seine Vorherrschaft im Nahen Osten wiederherzustellen.

Der israelische Angriff war offensichtlich im geheimen Einverständnis mit England und Frankreich vorbereitet. England und Frankreich nutzten den fadenscheinigsten Vorwand, „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung“ und „die Gefahr für die Schifffahrt im Suezkanal“ und begannen den Einmarsch zu der für sie günstigsten Zeit.

Für sie schien es die letzte Chance zum Handeln zu sein, wenn sie nicht zu zweit-rangigen Mächten herabsinken wollten - die Realität ihrer gegenwärtigen Stellung. Es stand etwas Entscheidendes auf dem Spiel: Suez, Öl, die strategische Stellung im Nahen Osten. Sie waren durchaus bereit, den Deckmantel der Vereinten Nationen fallen zu lassen, um den glänzenden Preis zu erringen. Für Frankreich gab es zusätzlich das Ziel, sein nordafrikanisches Kolonialreich durch die Zerstörung der anscheinenden Quelle des arabischen Nationalismus in Kairo zu stärken.

Die Kalkulationen waren durchsichtig. Ein schneller Militärschlag und die Eroberung des Kanals binnen zwei oder drei Wo-

[Workers International News, nachgedruckt in 'Militant', Nr. 1009, 21. September 1990] chen. Nachdem sie sich selbst eingerichtet hätten, könnten sie die Bedingungen diktieren. Und sobald der Kampf vorbei wäre, würde sich die öffentliche Meinung beruhigen und die vollendete Tatsache akzeptieren.

Israel als kleine Macht ist vom westlichen Imperialismus völlig abhängig und unfähig, eine selbständige Rolle zu spielen. Mit dem Krieg Frankreichs gegen die arabischsprachigen Völker von Nordafrika und dem Verlust seiner syrischen und libanesischen Kolonien, hat Frankreich keine starke Unterstützungsbasis und wandte sich an Israel als Unterstützungspunkt.

Großbritannien entschloss sich gegenüber der Politik des Hofierens der arabischen herrschenden Klassen einen Kurswechsel zu machen - vor nicht so langer Zeit unterstützte Großbritannien vorsichtig den alten Palästina-plan der UNO. Es handelte in geheimem Einverständnis mit Israel, um der ägyptischen herrschenden Klasse eine Lehre zu erteilen und den herrschenden Klassen der anderen arabischen Staaten eine Lehre zu erteilen.

Dies war die Politik des politischen Bankrotts. Ein Jahrzehnt lang hat Großbritannien im Nahen Osten eine Reihe von Rückschlägen erlitten. Es hat bei Kriegsende versucht, Frankreich aus der Region zu drängen - und erlebte das Eindringen seines Verbündeten und mächtigen Oberherrn, des amerikanischen Imperialismus - besonders zur Unterstützung des

Eindringens der großen Ölkonzerne in Golf.

Dann begann, was noch schlimmer war, die Sowjetunion Zugang zu der Region zu kriegen, indem sie Ägypten, Syrien und andere mit Waffen und Krediten versah.

Seit dem Versuch Ägyptens, die Westblockmächte gegen den Osten auszuspielen, ist die britische Politik in Trümmern gegangen. Der Versuch, erst ein Abkommen mit Nasser zu treffen und dann finanzielle und wirtschaftliche Sanktionen zu verhängen, scheiterte völlig. Teils unter amerikanischem Druck evakuierte Großbritannien die Kanalzone, schaffte es aber nicht, das Nasser-Regime zu versöhnen.

Amerika wiederum bereitete durch Schwanken den Weg zur Nahostkrise - zuerst Versöhnung, dann Ausübung von Druck, dann der Versuch, Nasser zu versöhnen. In dem allgemeinen Debakel sorgte es sich nicht um die Interessen seiner westlichen Verbündeten und legte die Grundlage für die gegenwärtige Krise. **Inzwischen gewann Nassers Politik des Antiimperialismus, des Kampfes gegen Israel, für die nationalistische Vereinigung des arabischen Ostens immer mehr Unterstützung in der Region.**

Selbst in Jordanien einem von Großbritannien geschaffenen Marionettenstaat, begann eine Gärung unter den Massen und den palästinensischen Flüchtlingen. Unter dem Druck der Massen wurden die Militärberater vertrieben - und standen

vor dem möglichen Zusammenbruch von Jordanien als Staat.

Syrien hat sein Gesicht der Sowjetunion zugewandt. Selbst im Irak, der letzten festen Unterstützung für Großbritannien, fühlte die herrschende Clique der halbfeudalen Großgrundbesitzer und Kapitalisten mit dem nationalistischen Wiedererwachen den Boden unter ihren Füßen wanken und nahmen eine kühlere Haltung gegenüber Großbritannien ein.

Unter diesen Umständen entschloss sich der niedergehende britische Imperialismus zum Handeln. Wahrscheinlich schloss er eine geheime Vereinbarung mit Israel und erlaubte ihm die Annexion des Gazastreifen und, im Falle des Zusammenbruchs Jordaniens, die Eroberung des Gebiets bis zum Jordanufer - wobei das eigentliche Jordanien vom Irak aufgesogen werden sollte.

Der britische Imperialismus betrat so den Weg der nackten Machtpolitik, mit dem durchsichtigsten Vorwand. Die ägyptische Luftwaffe wurde schnell einsatzunfähig gemacht oder praktisch zerstört und innerhalb von ein paar Tagen wurden Port Said und ein Viertel des Kanals besetzt.

Die Propaganda des britischen Imperialismus während der letzten Jahrzehnte hatte das Bewusstsein der britischen Massen gesättigt, nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Mittelschicht. Zur Verteidigung ihrer Beute konnte die herrschende Klasse eine Reaktion unter den Massen hervorrufen.

Aber als offene 'Aggressoren', die klar von den Interessen des britischen Imperialismus in Bewegung gesetzt wurden, verloren sie die 'moralische' Zustimmung, die der britische Kapitalismus sich bis dahin für seine Kämpfe hatte zulegen können. Hier gab es eine mächtige Lehre für die Massen, dass die herrschende Klasse zur Verteidigung ihrer Profite und Privilegien auf alle Methoden zurückgreifen wird.

Unter diesen Bedingungen gingen die Labour-Führer von der offenen Unterstützung für die vorgeschlagene Aktion des britischen Kapitalismus in der Kanalzone, die Gaitskell zu Beginn der Krise vertreten hatte, zu Opposition über. Für die Labour- und Gewerkschaftsführer hätte Unterstützung den Zusammenbruch ihrer gesamten ideologischen Struktur in den internationalen Beziehungen bedeutet, die sie an der Stelle des proletarischen (Arbeiterklasse-)Internationalismus aufgebaut haben.

Daher boten Gaitskell und die anderen Labour-Führer Opposition aus 'moralischen' Gründen gegen das Eingreifen in Ägypten gegen die Wünsche der UNO an. Aber die Opposition auf der parlamentarischen Ebene und die Resolutionen des [Gewerkschaftsdachverbandes] TUC hatten gewaltigen Widerhall unter den Massen.

Die ArbeiterInnen nahmen die Agitation für bare Münze und wollten für Aktionen mobilisieren. Die Hafendarbeiter begannen, Versammlungen abzuhalten und drohten einen 24-stündigen Streik an. Andere Teile forderten Aktionen durch die Gewerkschaften. Ein paar ArbeiterInnen drängten auf einen 24-stündigen Generalstreik.

Hastig wiesen die TUC- und Labourführer 'verfassungswidrige' Aktionen zurück und kündigten an, dass der Kampf auf rein platonische Weise durch Opposition im Parlament und Versammlungen und Kundgebungen im Lande geführt werde. Gleichzeitig war Opposition in der Mittelschicht auch sehr verbreitet. Die himmelstreichende Verletzung aller Losungswörter der Vergangenheit war für weite Teile der Mittelklasse zu groß, um sie zu verdauen.

Selbst in den Reihen der Konservativen Partei, einschließlich von Parlamentsabgeordneten, waren Bedenken weitverbreitet.

Der einzige Ausweg für die Regierung angesichts der drohenden Mobilisierung der Massen gegen den Krieg lag in schnellen und leichten Erfolgen. Die Besetzung von Port Said mit vernachlässigbaren Verlusten schien ein Vorzeichen für Erfolg zu sein.

Aber der britische Imperialismus hatte nicht erwartet, dass die Sowjetbürokratie, die in die brutale Unterdrückung der ungarischen Revolution verwickelt war, zur Reaktion auf die Ereignisse im Nahen Osten fähig sein werde. Sie wurden durch die Drohung mit Eingreifen in der sowjetischen Note an Großbritannien und Frankreich unsanft geweckt.

'Freiwillige' und Waffen für den ägyptischen Kampf wurden von der russischen Presse versprochen. China drohte, 300.000 Freiwillige zu senden.

Unter diesen Umständen drohte der ägyptische Kampf sich in einen kleinen Erschöpfungskrieg nach dem Vorbild des Koreakrieges zu verwandeln. Aber mit der Opposition der Mehrheit des britischen Volkes, der verbalen Opposition der Führung der Arbeiterbewegung, wäre es nicht möglich gewesen, die Massen unter Kontrolle zu halten.

Die Antwort auf schwere Opfer wären Massenstreiks gewesen und die Forderung nach einem Ende des Krieges gewesen.

Zusätzlich konnte das Eden-Abenteuer die Unterstützung der herrschenden Clique nur unter der Bedingung behalten, dass sie nicht zu Komplikationen führe.

Aber mit der Opposition von Amerika und der drohenden Unterstützung Russlands - wenn auch nur indirekt - für Ägypten und (vor allem) internen Auswirkungen zu Hause musste die Eden-Regierung sich zurückziehen, bevor sie ihr Hauptziel erreicht hatte - die Eroberung der gesamten Länge des Suezkanals.

Um das Beste aus einer halbvollendeten Arbeit zu machen, kündigten England und Frankreich einen Waffenstillstand an. Sie hoffen, zumindest die 'Internationalisierung' des Suezkanals durch die UNO im Einverständnis mit den USA zu erreichen. Inzwischen wurden, in den Worten des 'Daily Herald' „Großbritannien und Frankreich gestutzt und auf den Status zweit-rangiger Mächte heruntergebracht.“ Die matte Geste hat den britischen Kapitalismus noch abhängiger von der amerikanischen herrschenden Klasse gelassen.

Der Suezkanal wurde blockiert und es kann Wochen dauern bis er wieder frei ist. In Syrien wurden Ölpipelines gesprengt. Im ganzen Nahen Osten hat sich der anglofranzösische Imperialismus die verdoppelte Ablehnung und den verdoppelten Hass unter den Massen verdient. Der französische Imperialismus hat sein Ziel der Einschüchterung der algerischen Massen durch die Zerschlagung des Nasser-Regimes nicht geschafft. So ist das Projekt schiefgegangen.

In Ägypten wurde die Fäulnis des Regimes durch den Zusammenbruch der ägyptischen Armee auf dem Sinai und im Gazastreifen binnen Tagen des israelischen Angriffs entlarvt. Opposition gegen die Landung britischer und französischer Fallschirmjäger hatte mehr den Charakter von Pro-forma-Widerstand als einer Schlacht um Leben und Tod.

Ägypten bleibt wie die anderen arabischen Staaten des Nahen Ostens ein halbfeudales Regime, wo die Armut der Massen, die nur wenig über dem Existenzminimum leben, mit dem Reichtum der Großgrundbesitzer und Kapitalisten im Widerspruch steht.

Den Mannschaften der Armee, die sich aus landlosen Fellachen (Bauern) rekrutiert, fehlte die Moral, um einen entschlossenen Kampf zu führen. Die Armeejunta von Ägypten versuchte, die Unzufriedenheit der Massen gegen den Imperialismus zu wenden, wurde aber durch das Versagen bei der Lösung der Bodenfrage im Interesse der landhungrigen Massen untergraben.

Nichts ist gelöst worden. Der Nahe Osten bleibt ein Pulverfass von Unzufriedenheit und Gegensätzen.

Der Versuch, russischen und amerikanischen Einfluss herauszudrängen, ist gescheitert. Der russische Einfluss in der Region hat zugenommen. In der ganzen Welt hat der anglofranzösische Imperialismus den Ruf erhalten, 'Aggressoren' zu sein.

Zusätzlich muss die Rechnung für das kurzlebige und unrühmliche Abenteuer noch bezahlt werden. Öl, Nahrungsmittel und Rohstoffe werden alle in den kommenden Monaten im Preis steigen.

In der Zwischenzeit ist die Trägheit, die in den letzten Jahren über der Arbeiterklasse hing, durch die Ereignisse verstreut worden. Die Gewerkschaftsführung wird gezwungen sein, den Forderungen der ArbeiterInnen dagegen, dass die Mas-

sen die Rechnung für die Verbrechen der Regierung bezahlen müssen, Stimme zu verleihen.

Mangel an Öl kann eine Verlangsamung der industriellen Produktion verursachen. Sowohl zu Hause als auch im Ausland wird die krampfartige Reaktion des Imperialismus seinen Machtverlust weiter zu unterstreichen.

In einer Periode, in der es wegen der Bedingungen auf dem Weltmarkt für eine Tory-Regierung äußerst schwierig sein wird, Zugeständnisse zu machen, wird sie vor dem Problem stehen, entweder Lohn-erhöhungen zuzulassen oder große Arbeitskämpfe zu haben.

Jeder Weg kann nur den Niedergang des gealterten britischen Kapitalismus hervorheben. Industrielle Kämpfe werden das Prestige des britischen Imperialismus

weiter schwächen. Zugeständnisse werden angesichts der ungesunden Lage der britischen Wirtschaft nur erneut einen Flucht aus dem Pfund hervorrufen.

Die Beziehungen zwischen dem britischen Kapitalismus und dem vorherrschenden Partner Amerika werden geklärt werden müssen und Großbritannien wird die Rolle einer sehr zweit-rangigen Macht akzeptieren müssen.

Im Nahen Osten wird die Gärung unter den arabischen Massen durch diese Ereignisse weiter erhöht werden. Das Streben nach Einheit aller arabischen Staaten wird einen mächtigen Anstoß erhalten.

Die Verfaultheit der feudalen und kapitalistischen Herrscher wurde enthüllt. Der Weg für eine neue nationalistische Erhebung wird bereitet, die die Probleme für

die imperialistischen Mächte noch mehr verkomplizieren wird.

Für die britischen ArbeiterInnen können das Problem des Suez und des Nahen Ostens nur im Kampf um die Macht auf der Grundlage eines sozialistischen Programms im Interesse der arabischen und britischen Völker gelöst werden, das wechselseitige Hilfe und Unterstützung für die Kolonialvölker einschließen würde.

Sich auf die Veruneinten Nationen zu verlassen, kann den Massen nur Hände und Füße mit Knoten der Uneinigkeit an die Großmächte binden. Der einzige Weg, die Probleme dieses modernen gordischen Knotens zu lösen besteht darin, das Gewirr mit einer kompromisslosen antiimperialistischen Klassenpolitik zu zerschlagen. Für die Arbeiterklasse kann es keine andere Lösung geben.

Syrien geht Richtung Sozialismus (März 1965)

[Militant, Nr. 5, April 1965]

Berichte über Demonstrationen und Gegendemonstrationen in Syrien zeigen die Entwicklung des Kampfes zwischen Revolution und Konterrevolution in jenem Land an. Diese Ereignisse werden zwar nicht in den Zeitungen für das breite Publikum berichtet, sondern nur in ernsthafteren Organen des britischen Kapitalismus wie *Times* und *Observer*, sie sind aber von großer Bedeutung für die gärenden Revolutionen auf dem afrikanischen Kontinent und von doppelter Bedeutung für die Länder des arabischen Ostens.

Innerhalb einer Woche versuchten die Kapitalisten, eine Konterrevolution zu organisieren. Kaufleute und Klein Händler organisierten einen kapitalistischen „Streik“ aus Protest gegen die Schließung ihrer Läden und Basars.

Die reaktionären Abteilungen der muslimischen Religionsgemeinschaft in Syrien schlossen sich der Verschwörung an und griffen die Regierung als gegen „Gott und Religion“ an.

Gemeinsam fingen sie eine Kampagne von zivilem Ungehorsam und Demonstrationen an. Die Regierung gab nicht nach. Ein Rückzug hätte den Zusammenbruch der Regierung und wahrscheinlich die Hinrichtung der Führer der Ba'ath-Sozialisten bedeutet.

„Demonstranten wurden LKW-weise weggekart, Läden, die geschlossen blieben, wurden aufgebrochen und ihr Inventar zerstört. 22 führende Kaufleute wurden enteignet: die Macht der religiösen Stiftungen wurde auf die herrschende Junta übertragen - einschließlich der Macht, moslemische Geistliche zu ernennen und abzusetzen - und acht „Rädelsführer“ der extremistischen religiösen Organisationen ... wurden wegen Komplott zur Ermordung des Staatschefs General Hafis hingerichtet“

besagt ein Bericht.

Um den Kampf erfolgreich zu führen, musste die Ba'ath-Regierung an die ArbeiterInnen und BäuerInnen Syriens um Unterstützung appellieren. Am Dienstag, 26. Januar, strömten als Reaktion auf einen Appell Tausende BäuerInnen nach

Damaskus, um ihre leidenschaftliche Unterstützung für diese Maßnahmen zu demonstrieren.

Anfang Januar verstaatlichte die Regierung der Sozialistischen Ba'ath-Partei 106 der größten Industriekonzerne und Banken mit einem Kapital von über 25 Millionen Pfund. Zum Brechen des möglichen Widerstandes der Kapitalisten wurden Sondergerichte mit Machtbefugnissen bis hin zur Todesstrafe für alle eingerichtet, die die Behinderung dieser Maßnahmen versuchten.

Wie der Korrespondent des *Observer* richtig kommentiert: „In Syrien werden das Überleben der Ba'ath und die harten Unterdrückungsmaßnahmen tiefgreifende Wirkungen haben. Dem Privatsektor wurde ein Todesstoß versetzt, zumindest, was die Großunternehmen betrifft. Die Regierung hat jetzt keine andere Wahl als die Sozialisierung der Wirtschaft bis zum Ende zu führen.“

Die Konterrevolution im Irak unter General Asef war ein Putsch gegen Kassem, um Verstaatlichung zu verhindern. Um nach den ägyptischen Verstaatlichungen die Macht zu behalten, musste Asef, der zur Verhinderung dieser Entwicklungen die Macht übernommen hatte das Programm seiner besiegten Feinde übernehmen.

Dies wiederum brachte die Zukunft der Ba'ath-Regierung in Syrien in die Schwebe. Um die Macht zu behalten, mussten sie auch aktiv werden und bei dem Versuch der Konterrevolution noch drastischere Maßnahmen gegen das Kapital und die Großkaufleute und ihre Unterstützer ergreifen.

Die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Militär- und Polizeiregimes der arabischen Länder im Rahmen der Probleme und Kräfteverhältnisse hat diese Angriffe auf den kranken Kapitalismus der arabischen Länder erzwungen.

Die syrischen Ereignisse werden tiefgreifende Wirkungen in Ägypten, im Irak, in

Algerien und selbst im halbfeudalen Regime von Marokko haben. Sie werden Echos in vielen Ländern auf dem afrikanischen Kontinent haben.

Für MarxistInnen stellt dies einen massiven Schritt vorwärts dar, wie die chinesischen und kubanischen Revolutionen. Es beschämt das Kriechen und Kapitulieren der Labour- und „kommunistischen“ Führer vor den Bankiers und Industriellen in Europa. Aber wie die chinesischen und kubanischen Revolutionen hat es neben seinen fortschrittlichen Seiten rückständige und reaktionäre Merkmale.

Sozialismus bedeutet die bewusste Teilnahme und Kontrolle der Arbeiterklasse an der Leitung der Industrie und des Staats von Beginn der Arbeiterherrschaft an. Erst dann wird eine bewusste Bewegung hin zum Sozialismus beginnen.

Sozialismus bedeutet auch geschwisterlichen und organischen Internationalismus. Das syrische Regime stützt sich von Anfang an auf die Bauernarmee. Es wird die Grundlage für einen Industrieplan schaffen, indem es die sinnlose Anarchie des Kapitalismus beendet.

„Zu Hause bedeutet das, dass die Macht entscheidend von der Bourgeoisie der Städte auf das radikalere Land und die Bauernarmee übergegangen ist, von der das Regime abhängt.“

Diese Ereignisse stellen den entscheidenden Beginn des Zusammenbruchs des Kapitalismus in Syrien dar.

Was sollte die Haltung der fortgeschrittenen ArbeiterInnen und der Arbeiterbewegung zu diesen Ereignissen sein? Erstens ist es notwendig, die Maßnahmen der Sozialistischen Ba'ath-Partei gegen den Kapitalismus in Syrien (einen schwachen Kapitalismus, der in der Vergangenheit für sein Überleben und seinen Erhalt vom Imperialismus abhing) bedingungslos zu unterstützen.

Aber es ist auch notwendig, den Hintergrund dieser Ereignisse, ihre Beziehungen und den künftigen Verlauf der Revolution zu verstehen. Seit der Vertreibung

des französischen Imperialismus aus Syrien und der Beendigung der Herrschaft des britischen Imperialismus in Ägypten und anderen Ländern des arabischen Ostens waren diese Länder in ständiger Gärung. In Syrien gab es ein ständiges Hin- und Herpendeln zwischen Reaktion und Revolution. Der Schritt zur Union mit Ägypten sollte die anschwellende revolutionäre Flut aufhalten.

Roger Silverman: Klassenkämpfe in Syrien (1966)

Die jüngsten Ereignisse in Syrien stellen eine schlagende Bestätigung der Analyse dar, die in *Militant* im April 1965 von der Entwicklung der syrischen Revolution gemacht wurde und bieten der Arbeiterbewegung internationale wichtige Lehren. Syrien stand vor dem Dilemma aller Regierungen rückständiger Länder auf der ganzen Welt, nämlich der Unmöglichkeit von wirklichem Fortschritt im Rahmen des Kapitalismus. Seit dem Sturz der direkten imperialistischen Herrschaft war keine Gesellschaftsklasse stark genug, die Macht direkt auszuüben. Die Macht der feudalen Großgrundbesitzer war zusammen mit der Kolonialherrschaft zerfallen worden; die einheimische Kapitalistenklasse war zu schwach, um als mehr als ein bloßer Schmarotzer der riesigen ausländischen Monopole zu wirken; die große Bauernschaft war zu rückständig und zu zersplittert, um zu irgend einer koordinierten Tätigkeit fähig zu sein und war auf alle Fälle in ihren Interessen geteilt; und die städtische Arbeiterklasse, die allein in der Lage gewesen wäre, einen Weg in die Zukunft anzubieten, wie es die ArbeiterInnen in Russland 1917 machten, war in Parteien organisiert, die keine Perspektive hatten, die Macht zu übernehmen. Die Kommunistische Partei, ein Werkzeug der opportunistischen Außenpolitik der Kremlobürokratie, versuchte nur, sich bei der herrschenden Clique einzuschmeicheln, die jeweils an der Macht war, selbst wenn ihre einzige Belohnung brutale Unterdrückung war. Eine Sackgasse im Klassenkampf gibt der Staatsverwaltung, letztlich den "bewaffneten Formationen von Menschen" [Militär und Polizei] immer eine gewisse Bewegungsfreiheit. Konkurrierende Cliquen von Armeeeoffizieren, führen endlose Fehden um die Privilegien des Amtes, so dass in ganz Afrika, Asien und Lateinamerika ein Putsch dem anderen folgt. Das Volk bleibt träge, gelähmt mangels revolutionärer Führung, passive Zuschauer des militärischen Bandenkrieges der Generäle etc. Und inzwischen schlängelt die Wirtschaft von Krise zu Krise, versinkt immer tiefer im Bankrott. Die Arbeitslosigkeit steigt, der Lebensstandard fällt weiter wegen dem Preisverfall von Rohstoffen auf dem Weltmarkt, Spekulation und Korruption blühen. Das unlösbare Problem der Bereitstellung eines stabilen Regierungorgans im Inte-

Aber als Nasser den Prozess der Verstaatlichungen begann, organisierten die Kapitalisten das Auseinanderbrechen der Föderation zwischen Ägypten und Syrien als Mittel zum Erhalt ihrer Herrschaft und ihres Eigentums. Zusätzlich gab es die Cliqueninteressen der nationalen Bürokratien und privilegierten Schichten der Armeeeoffiziere und freiberuflichen und Technikerschichten.

resse der riesigen imperialistischen Monopole, denen 90 Prozent der Wirtschaft gehören, ruinierte nach dem Wegfegen der direkten Werkzeuge der französischen imperialistischen Herrschaft eine Regierung nach der anderen. Die syrische kapitalistische Regierung hoffte, der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung durch eine Union mit Ägypten 1958 vorzubeugen. Aber die Rivalität der beiden nationalistischen herrschenden Cliquen und die Übernahme der Vorherrschaft durch Nasser führte 1961 zu einer Spaltung, die durch dessen Entscheidung, auf einen ähnlichen widersprüchlichen Druck in Ägypten durch eine Hinwendung zur Verstaatlichung zur reagieren, ausgelöst wurde.

Syrischer Nationalismus

1964-65 fand sich die Regierung der Sozialistischen Ba'ath durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten selbst auf eine ähnliche Weise durch ihren bloßen Wunsch, die Macht zu behalten, zur selben Politik gedrängt, ging aber viel weiter. Ende 1964 wurden die Ölfirmen verstaatlicht und unter Staatskontrolle gestellt und im Januar 1965 wurden Industrie- und Finanzunternehmen übernommen, mit einem Gesamtkapital von über 25 Millionen Pfund. Die Reaktion organisierte sich sofort zum Sturz der Regierung. Die moslemische geistliche Hierarchie prangerte sie als "gegen Gott und Religion" an. Kaufleute und kleine Ladenbesitzer organisierten einen "Streik" schlossen ihre Läden und Basars und begannen eine Kampagne von Demonstrationen und zivilem Ungehorsam. Aber ein Rückzug hätte Sturz und wahrscheinlich Hinrichtung der Ba'ath-Regierung bedeutet. So wurden die Läden gewaltsam geöffnet und ihr Inventar zerstört. 22 führende Kaufleute wurden enteignet; die Macht der religiösen Stiftungen wurde auf die herrschende Junta übertragen; Demonstranten wurden weggekart und reaktionäre "Rädelsführer" wurden zum Tode verurteilt. In dieser Lage lag das einzige Heil in der Mobilisierung der Massen. Am 26. Januar 1965 strömten Tausende BäuerInnen nach Damaskus als Reaktion auf den Appell, ihre Unterstützung für die Regierungsmaßnahmen zu demonstrieren. Wie der *Observer* kommentierte: "...die Macht ist entscheidend von der Bourgeoisie der Städte auf das radikalere Land

Alle Übel der Ausbeutung der ArbeiterInnen und BäuerInnen durch Kapitalisten und Großgrundbesitzer wurden durch die Vertreibung des Imperialismus nicht beendet. Die „nationalen“ Kapitalisten demonstrierten ihre Unfähigkeit, ein Wachstum der Volkswirtschaft zu versprechen, um das Volk aus Unwissenheit und Armut auf das Niveau der industrialisierten Staaten des Westens zu heben.

[Militant Nr. 20, Oktober 1966]

und die Bauernarmee übergegangen, von der das Regime abhängt." Die Kampagne des westlichen Imperialismus, für den es mit dem Nahostöl um sehr viel geht, die Regierung zu kaufen, die er nicht stürzen konnte, ließ die "gemäßigte" Ba'ath-Junta mit der sozialen Umgestaltung Syriens trödeln und einen Kompromiss versuchen. Dies brachte nur die Bevölkerung auf die Palme, deren Entschlossenheit, die Errungenschaften der Revolution nicht ohne Kampf aufzugeben, sich in den unteren Rängen der Armee selbst widerspiegelte. Am 23. Februar brachte nach heftigen Kämpfen eine neue Revolte eine Gruppe jüngerer Offiziere an die Macht, die rangniedriger und für die Bestrebungen der Massen empfängliche waren. Angesichts der bitteren Feindschaft im In- und Ausland musste das neue Regime die Staatskontrolle über die Wirtschaft verstärken und einen ehrgeizigen Fünfjahresplan für die Wirtschaftsentwicklung entwerfen und die Sowjetunion um Hilfe beim Bau des großen Euphratdamms bitten. Das wird Syrien zum ersten Mal aus seiner Generationen alten Rückständigkeit und Abhängigkeit vom ausländischen Imperialismus heben. Der Tropfen, der für den Imperialismus das Fass zum Überlaufen brachte, war die Forderung der Regierung nach einer Verdopplung der Transitgebühren für die Ölpipeline im Eigentum des riesigen Monopolisten International Petroleum Company, der jährlich 25 Millionen Tonnen Öl vom Nordirak durch Syrien und den Libanon zum Mittelmeer transportiert. Die IPC hatte Angst vor dem Beispiel, das das für andere Länder geben würde, wagte es aber trotzdem nicht, ein Zugeständnis zu verweigern, aus Angst, die Pipeline könnte unterbrochen werden, wie sie es vor zehn Jahren zur Zeit der Suezkrise wurde. Das würde Syrien zwar 10 Millionen Pfund Deviseneinnahmen kosten, aber nach den Worten der *Financial Times* ist die Regierung "schon berüchtigt, sich zum Gefangenen ihrer eigenen Ankündigungen zu machen". Die kämpferische Stimmung der syrischen Massen stellt den Imperialismus vor die Drohung der Ausweitung revolutionärer Erhebungen. Die Lösung für das IPC-Dilemma ist vornehm von der *Financial Times* angedeutet: "...Die dritte Möglichkeit - dass mit der Zeit der ganze Konflikt (oder die ge-

genwärtige syrische Regierung) verschwindet, ist genauso gut möglich wie die beiden anderen." Sie stieß nicht auf taube Ohren.

Armee und Arbeitermilizen

Oberst Salim Hatum, der starke Mann des Militärs und Führer des Februarputsches führte Anfang September 1966 eine weitere Revolte an, offiziell weil sich Syrien "zu nahe an den sozialistischen Block bewegt". Dieser Putschversuch, der Gipfelpunkt einer Reihe von Verschwörungen und Revolten wurde von anderen Teilen der Armee und ArbeiterInnen- und Bauernabteilungen zurückgeschlagen. Das benachbarte Königreich Jordanien beherbergt zahllose reaktionäre Emigranten, einschließlich des "gemäßigten" Ba'athisten Bitar und seine Kollegen, in deren Namen die letzte Revolte angeblich veranstaltet wurde. Die Regierung war, um sich vor der Raserei der Konterrevolution zu schützen, wieder gezwungen, sich auf die ArbeiterInnen und BäuerInnen zu stützen. Der Gewerkschaftsflügel antwortete mit einer Mobilisierung.

Khaled al-Dschundi, der Präsident des Gewerkschaftsdachverbandes kündigte an, dass "als Wächter der Revolution" der Verband die Verantwortung für die "Liquidierung reaktionärer und imperialistischer Agenten aus allen Regierungsämtern und Organisationen" übernehmen würde. Arbeitermilizen wurden errichtet, die in Büros und verstaatlichte Betriebe eindringen, auch bei der Ölbehörde, mit vorgehaltener Waffe reaktionäre Direktoren herauszwingen und ihren Rücktritt anordnen. Al-Dschundi, der Präsident des

syrischen Gewerkschaftsdachverbandes, spiegelt in Worten die Radikalität der ArbeiterInnen wider und forderte "wissenschaftlichen Sozialismus". Aber am 15. September legte er den ArbeiterInnen wieder die Leine an. Den 2.000 bewaffneten ArbeiterInnen wurde befohlen, ihre Waffen abzugeben, bevor sie auf den Geschmack von unabhängiger Klassenmacht kamen. Al-Dschundi sagte: "Ohne Zweifel werden sie immer bereit sein, wieder auf den Ruf der Revolution zu antworten."

Der Klassenkampf hat ein neues Stadium erreicht. Eine Gruppe von Armeeeoffizieren, die um ihre eigene Stellung fürchtet, forderte die Auflösung der Arbeiterabteilungen und protestierte gegen al-Dschundis Anteil an der Kontrolle der regulären Streitkräfte. Der Stellvertretende Ministerpräsident hat angekündigt, dass Armeevorschriften geändert wurden, so dass "nur Kinder aus der Arbeiterklasse sich melden können. Dies ist der einzige Weg, auf dem wir die syrische Armee in eine wirklich ideologische Armee verwandeln können, deren Angehörige die wären, die ein direktes Interesse an der Durchführung der sozialistischen Revolution haben." Offiziere bürgerlicher Herkunft wurden weg gesäubert und 150 politische und religiöse Reaktionäre wurden verhaftet. Eine neue Staatsmaschine wurde geschaffen, die frei von bürgerlichen und feudalen Elementen ist, so weit das in dem rückschrittlichen Syrien mit hohem Analphabetismus möglich ist.

Aber die Bauernarmee bleibt die Hauptstütze der Junta. Während die Arbeiterklasse entwapnet ist, hat die stehende

Armee des Staats die Macht, die vom plumpen Rammbock der rückständigen Bauernschaft unterstützt wird. Auf dem Lande wurden dem Allgemeinen Bauernverband volle Machtbefugnisse zur Beseitigung der Überbleibsel des Feudalismus gegeben. Auf Höfen werden Gerichte abgehalten, die Großgrundbesitzer aburteilen, die der Misshandlung von BäuerInnen oder des Besitzes von Land über die Vorschriften des Bodenreformgesetzes hinaus beschuldigt werden.

Die Arbeiterbewegung muss der syrischen Revolution uneingeschränkte Unterstützung geben, die einen riesigen Schritt vorwärts für den Nahen Osten und die ganze koloniale Welt darstellt. Jeder Schlag, der dem Imperialismus versetzt wird, schwächt unseren Feind und verdient unsere Unterstützung,

Gleichzeitig müssen wir die rückständigen Merkmale des gegenwärtigen Regimes anerkennen, das der Arbeiterklasse bewusste Kontrolle über die Leitung von Industrie und Staat verweigert. Um Sozialismus zu erreichen, wird die Arbeiterklasse den bürokratischen Staatsapparat in einer neuen, politischen Revolution stürzen müssen. Aber die Wichtigkeit der gegenwärtigen Ereignisse liegt darin, dass sie jetzt die Eigentumsverhältnisse der Gesellschaft nicht ändern müssen. Die syrische Wirtschaft ist jetzt gemäß einem Plan organisiert und wird in der Lage sein, gigantische Schritte vorwärts zu machen.

Naher Osten: Für eine sozialistische Föderation. Arabische und jüdische ArbeiterInnen, vereinigt euch! (Mai 1967)

Die regulären Armeen von Ägypten, Syrien, Jordanien und Libanon, die 275.000 Mann zählen, stehen an den Grenzen von Israel. Saudi-Arabien und Algerien haben Truppen versprochen und saudische Truppen sind nach Jordanien eingerückt. Zusätzlich zählen Reservisten und irreguläre Truppen weitere 200.000 Mann. Die mobilisierte israelische Armee zählt 275.000 Mann. Die unmittelbare Ursache des drohenden Konflikts war die Drohung der Israelis, nach Damaskus zu marschieren, der Hauptstadt von Syrien, als Vergeltung für Guerillaüberfälle, die von syrischem Gebiet aus organisiert wurden. Dies bot Nasser die Gelegenheit, der Truppe der Vereinten Nationen, die seit dem Suezkrieg 1956 zwischen Israel und Ägypten stand, zu befehlen, ägyptisches Territorium zu verlassen und mit seinen Truppen an den Gazastreifen an der Grenze Israels vorzurücken.

Wenn etwas die Nutzlosigkeit der Ver(un)einten Nationen gezeigt hat, war es ihr Versagen seit dem Zweiten Weltkrieg, eine ganze Reihe von Kriegen zu verhindern, einschließlich dem Vietnamkrieg und jetzt dem drohenden Nahostkrieg. Die Supermächte des stalinistischen Russlands und des mächtigen amerikanischen Imperialismus rangeln um Positionen in dem drohenden Konflikt, Britannien und Frankreich manövrieren auch um Positionen. Das Öl des Nahen Ostens ist die entscheidende Beute, um die es geht.

1956 handelte Israel im geheimen Einverständnis mit und als Werkzeug des anglofranzösischen Imperialismus im Krieg gegen Ägypten. Da die ägyptische Luftwaffe und Teile der Armee durch die mächtigen Streitkräfte Britanniens und Frankreichs gelähmt waren, konnte Israel einen leichten Sieg über die ägyptische Armee einfahren. Dadurch und als einziges Erbe dieses Sieges wurden die Straße von Tiran und der Golf von Akaba am Roten Meer, die zum israelischen

[Militant Nr. 27, Juni 1967]
Hafen Eilat führen, für israelische Schiffe und Halden geöffnet. 3 Millionen Tonnen Öl und 250.000 Tonnen Fracht werden an diesem Hafen gelandet. Er bildet eine Exportmöglichkeit nach Afrika, Australien und anderen Gebieten, die den Suezkanal vermeidet, der für israelische Schiffe geschlossen ist.

Jetzt ist die ägyptische Regierung zur Politik der Blockade Israels zurückgekehrt und hat die Verminung der Straße von Tiran angekündigt. So wurde eine der Hauptadern des israelischen Staates abgeklemmt, Britannien und Amerika haben angekündigt, dass die Straße von Tiran ein internationaler Wasserweg sei und sie die Blockade nicht akzeptieren würden. Russland hat seine Unterstützung für jedes Opfer imperialistischer Aggression angekündigt

Der Staat Israel entstand durch die Schwäche der Feudalstaaten, gegen die die jüdischen Armeen vor mehr als zwei Jahrzehnten Siege einfuhren, als die Briten Palästina räumten. Die große Mehrheit der arabischen Bevölkerung Palästi-

nas -11/2 Millionen - wurde aus ihrer Heimat vertrieben und wurde zu Flüchtlingen in Jordanien, Ägypten und Syrien. So führte die antisemitische Politik der Kapitalisten in Nazideutschland und der Mord an Millionen JüdInnen während dem Krieg in Europa zur Fata Morgana des zionistischen sicheren Hafens in Palästina. Dies wiederum führte dazu, dass zum ersten Mal antijüdische Politik in den arabischen Staaten betrieben wurde. Jetzt sind die Mehrheit der Bevölkerung Israels orientalisch-jüdische, die hauptsächlich aus arabischen Staaten kommen. Die jüdischen kapitalistischen Führer Israels hatten keine andere Alternative als es zu einer Bastion des Imperialismus im Nahen Osten zu machen; erst des britischen und französischen Imperialismus und dann des amerikanischen Imperialismus. Der französische Imperialismus war am schärfsten auf den Krieg 1956, ist aber jetzt mit seinen Investitionen in Algerien gegenüber seinem früheren Klient kühler geworden. Der britische Imperialismus hat versucht, sich aus dem Großteil der Region zurückzuziehen. Inzwischen wurde Syrien ein deformierter Arbeiterstaat nach dem Vorbild von Moskau,

während in Algerien und Ägypten große Umwälzungen stattgefunden haben. Inzwischen sind die Einwanderungsquellen in den israelischen Staat versiegt, Arbeitslosigkeit ist aufgetreten und sein Wirtschaftswachstum hat (wenn auch nur vorübergehend) aufgehört. Israel war immer ein nicht gangbarer Staat, der von Entschädigungen aus Deutschland und Hilfe aus Amerika und Mitteln von jüdischen Kapitalisten in Britannien und anderen Ländern abhing.

Trotz der Stärke seiner Armee und der Tapferkeit seiner SoldatInnen sind langfristig 3 Millionen JüdInnen von arabischen Staaten mit einer Bevölkerung von etwa 80 Millionen umgeben. So wurde Israel ein Kampfplatz für die Politik der Großmächte. Die israelischen Führer ließen sich zu willigen Werkzeugen des Imperialismus machen. Es wurde auch ein bequemer Sündenbock für die Unzulänglichkeiten der arabischen Regierungen. Die Interessen aller Großmächte werden von diesem Problem berührt. George Brown [von Britannien] diskutiert diese Frage in Moskau. Der amerikanische Imperialismus lehnte das Suezabenteuer von Britannien und Frankreich ab, weil er

damals Ägypten als Klientenstaat gewinnen wollte. Jetzt ist Frankreich lauwarm und Britannien nicht so begeistert. So wird die Politik aller Mächte durch althergebrachte Interessen und nicht durch Prinzipien bestimmt. Öl ist die vorherrschende Sorge, auch die strategische Stellung des Nahen Osten in der Welt.

Nur von einem internationalistischen Arbeiterstandpunkt aus kann man die sich verschiebende Politik aller Großmächte untersuchen. Der Nahe Osten und Vietnam sind nur der Beginn einer ganzen Reihe von Krisen und Unruhen in der ganzen kolonialen Welt und auch den Metropolenländern.

Die einzige Lösung wäre die Organisation einer demokratischen Föderation arabischer sozialistischer Staaten mit voller Autonomie für Israel in ihr. Für das Recht der arabischen Flüchtlinge auf Rückkehr unter solchen Bedingungen, wenn sie es wünschen. Auf diese Weise wäre es möglich, eine konstruktive Arbeitsteilung zwischen den Bevölkerungen für die wechselseitige Entwicklung der Ressourcen der Region zu schaffen.

J. Silverman: Weder Großmächte noch nahöstliche Kapitalisten können eine dauerhafte Lösung bringen: Arabische und jüdische ArbeiterInnen, vereinigt euch! (Juni 1967)

Der US- und britische Imperialismus sind trotz der überwältigenden Siege Israels mit dem Krieg schlecht gefahren. Nur ein oder zwei der reaktionärsten Regime, Kuwait, Saudi-Arabien und Libyen haben den Imperialisten Öl durchgelassen. Boumedienne in Algerien, der seinen Weg ins Amt mit einer prowestlichen Linie erzwang, wurde zur Verstaatlichung mehrerer amerikanischer Ölfirmen gedrängt. Jene Regime, die immer noch hoffen, den antikolonialen Tumult der örtlichen Bevölkerungen mit den Zuwendungen der großen Profiteure des Westens zu überleben standen vor der zunehmenden Bedrohung durch die Revolution, während sie versuchen, mit den Problemen fertig zu werden, die sie nicht lösen können. Die internationalen Ölmillionäre können sich auf ihre Armee in Aden nicht mehr verlassen und George Brown spricht davon, britische Truppen dort [im Jemen] zu lassen, obwohl sie nicht in der Lage sein werden, sich gegen den Willen der ganzen Bevölkerung lange in diesem Gelände zu halten.

Die klassische Politik des Imperialismus des „teile und Herrsche“, die Araber gegen Türken, Araber gegen Araber, Araber gegen Juden und Juden gegen Araber ausspielte, versuchte alle rückständigsten und chauvinistischsten Leidenschaften der AraberInnen und JüdInnen herauszulocken, indem sie Palästina abwechselnd beiden versprachen, nur um abwechselnd

gegen beide Krieg zu führen, wenn sie sich bei verschiedenen Gelegenheiten erhoben, um für ihre Unabhängigkeit zu kämpfen. Wir haben gerade das Ergebnis des durch diese Politik erzeugten Hasses gesehen. Zu den 1½ Millionen obdachlosen Flüchtlingen und ihren Familien, die in mit Stacheldraht umgebenen Lagern vegetieren, wurden jetzt weitere 200.000 hinzugefügt; die Überbleibsel dessen, was einmal ein Volk war.

Israel: Kein Sieg für die ArbeiterInnen

Die israelischen ArbeiterInnen haben auch wenig Grund zur Freude über die strahlenden Eroberungen ihrer Regierung. Ein winziges Land, dessen Bevölkerung ein Viertel von der von London ist und ein Land, das zur Hälfte Wüste ist, ist von einem natürlichen Markt von 80 bis 100 Millionen AraberInnen abgeschnitten, es wurde immer mehr in die Abhängigkeit von Investitionen durch einzelne jüdische Kapitalisten und kapitalistische Regierungen abhängig und kam immer mehr in Konfrontation mit seinen eigenen ArbeiterInnen und mit der arabischen Revolution. Das israelische Volk kann jetzt nach dieser jüngsten Provokation nur auf eine neue Epoche von Gewalt, Rache und Krieg schauen. Um mit den durch Israels Isolation herbeigeführten Problemen fertig zu werden, hat die Regierung in der letzten Periode zu der üblichen kapitalistischen Methode der Wirtschaftlichkeit gegriffen - sie ist an die Löhne gegangen.

[Militant Nr. 28, Juli-August 1967]

Die israelische „Einkommenspolitik“ geht nach dem Vorbild unserer eigenen und mit ähnlich wenig Erfolg: die Arbeitslosigkeit erreichte in den Monaten unmittelbar vor dem Krieg 10 Prozent. Jetzt drängt die israelische Industriellenvereinigung die Regierung, alle Streiks auf drei Jahre zu verbieten, um sich bei ausländischen Investoren noch beliebter zu machen!

„Zwei Kriege“

Israel gewann seinen Krieg teilweise durch heimliches Einverständnis und Vorbereitung, teilweise durch fortgeschrittene Technologie und Strategie, aber hauptsächlich, weil es keine Berufsarmee, sondern ein bewaffnetes Volk war. Von den arabischen Regimes wagte nur eins, dem Volk Waffen zu geben: Syrien. Aber die Israelis kämpften für ihre Heime, ihre Familien, für ihre nackte Existenz. Nicht so die Herrschenden; sie kämpften für die Profite und Privilegien, die sie auf Kosten der JüdInnen und AraberInnen gleichermaßen erlangten. Selbst die loyale Regierungszeitung, die Jerusalem Post, gab zu, dass der Unterschied zwischen Reichen und Armen mit alarmierendem Tempo zunahm. Um das Land für Auslandsinvestoren attraktiv zu machen, wurden die Löhne angegriffen, während Luxusgeschäfte, ein internationaler Golfplatz und Fünf-Sterne-Hotels wie Pilze aus dem Boden schießen.

Arabisches „Problem“

Natürlich sind die ersten, die leiden, die örtlichen AraberInnen. 70 von 112 arabischen Dörfern haben keinen Gemeinderat. Fast 20 Jahre lang, bis vor ein paar Monaten, lebten sie unter direkter Militärherrschaft und brauchten einen Pass, jedes Mal, wenn sie ihr Dorf verließen. Jetzt wurde das Militär durch die Polizei ersetzt; dies wird wenig Unterschied machen, wie Eschkol zugab: „Die Aufgaben, die bisher bei der Militärregierung lagen, werden jetzt der Autorität der betreffenden zivilen Agenturen übertragen“. Araberinnen stellen 11,5 Prozent der Bevölkerung dar, aber nur 2,9 Prozent haben einen Mittelschulabschluss. Von 20.000 Hochschulstudierenden sind nur 300 AraberInnen. Von 10.000 höheren Staatsangestellten sind nur 10 Araber. Es gibt nur einen arabischen Richter. Es gibt keinen einzigen Araber in der Regierung oder in einer führenden Stellung im Parlament. 55 Prozent der AraberInnen leben in Wohnungen ohne elektrisches Licht. Die Volkszählung von 1961 enthüllte, dass 56 Prozent der DorfbewohnerInnen außerhalb arbeiten - oft illegal, weil das Gesetz verbietet, dass ein Arbeiter aus einem anderen Bezirk einen örtlichen Arbeiter ersetzt -, immer in Angst vor Entlassung.

Sicherheit

Dies wird mit dem Argument gerechtfertigt, dass es eine „fünfte Kolonne“ und Sicherheitsrisiken gebe. Aber die Sicherheit der jüdischen ArbeiterInnen könnte nur durch den Aufbau einer sicheren Wirtschaft in Zusammenarbeit mit ihren arabischen NachbarInnen aufgebaut werden. Die Folge der nationalistischen Herangehensweise ist Krieg und die Gefahr der Vernichtung, die Gefahr einer „fünften Kolonne“, die Unmöglichkeit, sich mit dem Problem der Flüchtlinge und der Grenzen zu befassen. Es ist nur die privilegierte Klasse in jedem Land, die daraus Nutzen zieht. Jede von ihnen hat sehr enge materielle Bindungen an das Land, das sie inne hat, das sie nicht bereitwillig aufgeben wird. Jede von ihnen wendet die Wut und Frustration ihrer Untertanen gegen die privilegierte Klasse draußen und spricht sich selbst von der Verantwortung los. Obwohl der Lebensstandard in Israel viel höher als in den meisten arabischen Staaten ist, ist die Haltung der Herrschenden nicht sehr verschieden von der der arabischen reaktionären Cliques. Es gibt eine Organisation, die Histadrut, die zugleich Arbeitgeber und Gewerkschaft ist. So bekommt ein Gewerkschaftsmitglied, das gegen die Histadrut als Arbeitgeber streikt, kein Streikgeld von der Histadrut als Gewerkschaft und kann zusätzlich seinen Arbeitsplatz verlieren. Sie ist auch die Organisation, die für die Krankenversicherung zuständig ist; wer nicht einzahlt, bekommt nichts. Gleichzeitig gehören ihr Banken, Schifffahrts- und Fluggesellschaften, eine riesige Bau-firma etc. Die „Kibbuzim“ oder landwirtschaftliche Genossenschaften sind keine Gegenkraft gegen den Einfluss des Kapi-

talismus. Die Idealisten von vor einer Generation kamen mit großen Opfern in die „Kibbuzim“. Aber damals waren sie weniger als 1 Prozent der Bevölkerung. Gegenwärtig sind sie weniger als 4 Prozent und im Rückgang. Sie bestehen durch staatliche und andere äußere Zuschüsse; sie müssen miteinander und mit der Privatwirtschaft auf kapitalistischer Grundlage konkurrieren, und dies hat sie gezwungen, ihre anfänglichen Prinzipien aufzugeben und selbst Arbeitskräfte zu beschäftigen - dies wiederum hat sie gezwungen, sich wie andere Arbeitgeber zu verhalten, wenn es um Lohnforderungen, Streiks etc. geht. Jeder Kibbuz „gehört zu“ einer Partei, die in der „Knesset“ (Parlament) um Posten rangelt; die Mehrheit gehören zur „Mapai“, die auch die Regierung und die Histadrut kontrolliert. Ein Parteibuch ist eine Arbeitserlaubnis. Ohne sie gibt es keine Arbeit und Sozialversicherung. EinwanderInnen stoßen in den Häfen auf die Vertreter der verschiedenen Parteien, die schon die möglichen Mitglieder untereinander gemäß dem Zahlenverhältnis aufgeteilt haben. Dies liegt daran, dass, so lange Rasse oder Nation über die allgemeinen Interessen der arbeitenden Menschen aller Länder gestellt werden, Israels Ungangbarkeit und Isolation es zwingen, sich dem Weltimperialismus zu beugen und sich zum Sprungbrett für jedes Abenteuer zu machen, das der Imperialismus gegen die Bedrohung durch die arabische Revolution unternimmt (und ganz vorne im Feuer zu stehen). Die israelischen Führer ließen sich 1956 für den Versuch nutzen, Nasser zu stürzen und unterstützten zum Wohle der französischen Kämpfer die Franzosen und Vereinten Nationen in ihrem Massaker am algerischen Volk.

Die arabische Welt

Provokationen dieser Art sind es, die die Bevölkerungen des Nahen Ostens aufbringen. Ihre Herrscher manipulieren zynisch diese Wut, um die Massen zu einem sinnlosen Angriff auf Israel aufzuhetzen. Die Vernichtung von 2½ Millionen JüdInnen würde die arabischen Armen kein Bisschen weiterbringen. Die Antwort für sie wie für die israelische Arbeiterklasse ist der Sturz ihrer Ausbeuter und die Vereinigung mit einander, was ihre Herrscher nicht können. Die arabischen Könige, Fürsten, Scheichs, feudalen Großgrundbesitzer, Kapitalisten, Schwarzmarkthändler und Militärcliques sind einander ständig an der Kehle wie gleichzeitig ihre Untertanen in ständiger Revolte gegen ihre Unterdrückungsmaßnahmen sind. Nur die Aussicht, die Israelis ins Meer zu treiben, bietet ihnen Hoffnung auf eine vorübergehende unheilige Allianz, die schon wieder zerbricht. Keiner von ihnen kann in irgendwelchem großen Maß ihre Wirtschaft vorwärts bringen, da jede wirkliche industrielle Entwicklung sie in Konkurrenz und daher Konflikt mit den massiven weltweiten imperialistischen Kartellen bringen würde. Folglich leben

die Profitmacher von den Krümeln vom Tisch der Reichen (obwohl sie allein damit fett genug werden können); Profite gehen nicht in dringend notwendige industrielle Investitionen, sondern in beeindruckende Autos, Luxusvillen und so weiter. Gleichzeitig demonstrieren landlose BäuerInnen für das Recht auf Leben und Arbeit auf dem Land. Die Klassen sind in der Sackgasse und die Wirtschaften bleiben verkümmert und schwach. Diese Instabilität gibt der Offizierskaste die Gelegenheit, die Macht zu übernehmen und zu versuchen, die Entwicklung zu erzwingen, indem sie mal den ausgebeuteten Klassen und man den Ausbeutern nachgeben; im einen Augenblick schlagen sie „Hilfe“ von den USA und dann von der UdSSR heraus - und zittern vor dem neuen Staatsstreich, der unter ihren Füßen vorbereitet wird. Die arabische Welt wurde künstlich in getrennte Nationen aufgebrochen, die selbst genauso wenig gangbar wie Israel sind. Die Flüchtlinge verdeutlichen ihre Unfähigkeit, sich mit den grundlegendsten Problemen zu befassen. Weder die israelischen noch die arabischen Regierungen haben in den ganzen zwanzig Jahren einen Penny zu ihrer Unterstützung gezahlt. 1964 bat der Irak Ägypten um 2 Millionen FelachInnen (BäuerInnen), um bei seinem chronischen Arbeitskräftemangel auszu-helfen und Nasse weigerte sich trotz der chronischen Arbeitslosigkeit, besonders unter den Flüchtlingen. Irak (und Iran) führen ständig Kriege gegen die kurdische Bevölkerung und Sudan kämpft gegen die Negerbevölkerung. Jedes Regime taumelt von Krise zu Krise und wird durch die blinden Kräfte des Weltmarkts niedergehalten.

Zum Beispiel hat Ägypten ein Pro-Kopf-Einkommen von nur etwa 50 Pfund (weniger als ein Viertel von Israel). Nasser war als Reaktion auf die Forderungen der Massen gezwungen, eine Reihe von fortschrittlichen Maßnahmen zu ergreifen, zum Beispiel die Verstaatlichung des Suezkanals, aber der Internationale Währungsfonds hat ihn an der Kehle: sie strichen ihm die „Hilfe“, als er die Geldhaie nicht entschädigte, deren Unternehmen von Staat enteignet wurden. Jetzt weigern sie sich, mit ihm ins Geschäft zu kommen, bevor er die Staatsausgaben (besonders für den Kampf gegen die Imperialisten im Jemen) verringert und die Kaufkraft allgemein durch die üblichen Methoden des „Einfrieren und Auspressen“ verringert. Als Amerika ihm seine Weizenversorgung abschnitt, ging er direkt zu den Russen, die ihm gewährten, was er wollte. Diese Hoffnung auf Unterstützung durch die UdSSR war es, die ihm den Mut machte, um einen diplomatischen Sieg in der Frage der Straße von Tiran zu pokern und die Popularität in seiner eigenen Bevölkerung zu gewinnen, die notwendig wäre, um dem IWF nachzugeben.

Die primitiven, rückständigen Feudalregime von Jordanien und Saudi-Arabien werden kaum in der Lage sein, die Kürzungen der kommenden Jahre zu überleben. In Libyen „schaffte es die Polizei und Armee ... nur in beschränktem Umfang, die ... revolutionäre Lage zu kontrollieren.“ (Financial Times, 19. 6. 1967)

Syrische Revolution

Aber der Schlüssel zum Krieg ist Syrien, eine sonst verhältnismäßig unwichtige Region im Nahen Osten (sie hat beispielsweise kein Öl); aber in einer Zeit der Krise für den ganzen Imperialismus, wo ein Funke den ganzen Nahen Osten mit dem Feuer der Revolution (wie in Afrika und Asien) entflammen kann, bekommt der syrische Staat eine ungeheure Bedeutung. Denn in Syrien bewaffnete die Militärclique, die vor 18 Monaten an die Macht kam, die ArbeiterInnen und BäuerInnen und verstaatlichte 80 Prozent der Industrie und den Großteil des Landes und gab allen arabischen Völkern ein Beispiel, wie sie mit der Lösung ihrer Probleme beginnen können, weil es Verstaatlichung und nur Verstaatlichung ist, die es ermöglicht, dass die Wirtschaft geplant wird, während sonst die Ressourcen in „privatem Luxus und öffentlicher Vergeudung“ verprasst werden. Aber das Regime blieb instabil, bedroht durch Konterrevolution von innen und Gefahr von außen. Ihre Unterstützung der hysterischen Randgruppe Palästinensische Befreiungsarmee, die die Israelis an ihrer Grenze belästigte, lieferte das bequemste Ventil. Und dies gab den Israelis und den Imperialisten eine Provokation, einen bequemen Vorwand. Am 2. April entschied die israelische Regierung, umstrittene Landstücke in der entmilitarisierten Zone zu bebauen. Am 7. April flo-

gen nach syrischen Gegenmaßnahmen israelische Bomber bis Damaskus. Sofort besuchte der stellvertretende Verteidigungsminister Dintin die USA, Außenminister Eban und später der Oberkommandierende Rabin besuchten Britannien. Am 11. Mai sagte Eschkol: „Es kann sein, dass wir gezwungen sein werden, Schritte zu unternehmen, die nicht weniger ernst sind als die, die wir am 7. April unternahmen.“ Zwei Tage später berichtete die Nachrichtenagentur STA, dass Israel „nur über den Weg debattiere, wie es in Syrien einfallen kann, und nicht, ob das nötig ist.“ Am 14. Mai nahm der israelische Stabschef in einem in einer israelischen Zeitung veröffentlichten Interview Bezug auf die „Instabilität von Syrien“ und erklärte wieder, dass „eine Aktion nicht genug ist...“. Es scheint, dass der Imperialismus wenig von Suez-Debakel gelernt hat und erneut versuchte, auf Israels Rücken gegen die arabische Revolution zu reiten. Aber das arabische Volk würde den Sturz seiner einzigen (bonapartistischen) Arbeiterrepublik nicht dulden, trotz der Korruption und dem Militarismus von deren Führern, und Nasser war gezwungen, die Führung zu übernehmen oder seine Popularität zu verlieren oder zuzuschauen, wie die Führung an das winzige Syrien geht.

Sozialistische Föderation

Die Frage, wer den Krieg tatsächlich angefangen hat, ist völlig willkürlich. Die Antwort hängt einfach davon ab, wie weit man zurückgehen will. Der eine oder andere Zwischenfall musste den Konflikt auslösen. Und so lange die Region in Nationalstaaten zerteilt ist, die nach Rassenlinien getrennt sind, wird der Konflikt weitergehen und die Völker werden in einem Krieg nach dem anderen abge-

schlachtet werden. In diesem Rahmen kann kein einziges der Probleme gelöst werden, weder das der Flüchtlinge, für die Israel keinen Raum hat, die aber ein Recht auf das Land haben, das sie vergeblich bearbeitet haben; auch nicht das der Grenzen, das ein Kampf zwischen Dieben ist; ebenso wird weder Israel noch die arabische Revolution gesichert werden. Die Einnahme von Gebieten ist ein Spiel, das nur denen hilft, die althergebrachte Interessen in einem Stück von nationalem Gebiet haben. Und so droht die Vernichtung eines Volkes. Es ist eine Tragödie, dass sogenannte „Sozialisten“ eine Seite blind unterstützen. Der hysterische Chauvinismus auf beiden Seiten ist das Erbe der betrügerischen Manöver des Imperialismus in der Vergangenheit, die versuchten, eine Basis zu schaffen für den Fall, dass ihre Profite (heute besonders mit Öl) bedroht werden.

Die israelischen ArbeiterInnen müssen fordern, dass der Terror gegen die JordanierInnen und PalästinenserInnen und ihre Beschränkung auf den armen Kadaver ihres früheren Landes aufhört. Sie müssen fordern, dass sich Israel aus seinen neuen Eroberungen zurückzieht und, da das alte Israel überhaupt nicht funktionieren konnte, die Alternative der Vereinigung mit den arabischen ArbeiterInnen und BäuerInnen aufstellen, notfalls über die Köpfe ihrer Regierungen hinweg, damit sie gemeinsam die Ressourcen der Region nutzen können, die die Bevölkerung acht Mal ernähren könnten. Dies ist der einzige Weg. Sozialistische Vereinigte Staaten des Nahen Ostens könnten die Frage der Flüchtlinge, Grenzkonflikte und Rassenkriege in einen Altbraum aus der Vergangenheit verwandeln.

Ted Grant: Putsch im Irak (Sommer 1968)

[Militant Nr. 40, August 1968]

Der Aufruhr und die Unruhe im Nahen Osten zeigt sich am neuen Putsch im Irak. Die Revolution 1958 stürzte die Marionettenmonarchie, ein Werkzeug des britischen Imperialismus. Seitdem hatte der Irak Militär- und Polizeidiktaturen, die zwischen der Drohung von Revolution und Konterrevolution schwebten. Die Großgrundbesitzer haben trotz der oft wiederholten Versprechen von Bodenreform, die nicht umgesetzt wurden, die BäuerInnen weiter ausgebeutet. Öl, und der Irak ist reich an Öl, hat die Politik des Landes beherrscht, so wie es eine der Hauptfragen der Region ist. Das korrupte Großgrundbesitzer-Kapitalisten-Regime war unfähig, eines der Probleme zu lösen, vor denen der Irak steht. Das kurdische Volk hat seine Autonomie und nationalen Rechte nicht erlangt, trotz der Versprechen der Herrscher in Bagdad. Die krasse Kapitulation der Kommunistischen Partei nach der Revolution vom Juli 1958 führte zum Sieg der Konterrevolution, indem die Generäle die Macht

übernahmen. Die Führer des rechten Flügels der Sozialistischen Ba'ath-Partei halfen bei diesem Prozess, indem sie die Kommunistische Partei zerschlugen und verboten, wobei der Löwenanteil des Terrors auf die unglückliche Parteibasis niederging. Die Ba'ath-Sozialisten wiederum wurden [1963] genau von dem Mann ausgehebelt, den sie an die Macht gebracht hatten, General Asef.

Die Anhäufung des Elends des Volkes, die Stagnation und die Korruption der Generalherrschaft, die durch die Niederlage der arabischen Armeen im israelischen Krieg erzeugte Gärung hatte ihre Wirkung. Die vom linken Flügel der Ba'ath in Syrien mit Unterstützung der ArbeiterInnen und BäuerInnen durchgeführte Revolution hatte auch ihre Auswirkungen, wenn auch verspätet.

Nach den Berichten ist es der rechte Flügel der Sozialistischen Ba'ath-Partei, oder vielmehr ihre Unterstützer unter den jüngeren Armeeoffizieren, die diese neue Machtübernahme durchgeführt haben, um

die Lage wiederherzustellen, die 1963 bestand. 1963 organisierte die Ba'ath den Putsch, der General Kassem stürzte und ermordete, nur um die Machtübernahme durch ihren „Kandidaten“ Präsident Asef vorzubereiten. Nach seinem Tod folgte sein Bruder mit den Generälen an der Macht, eine rechte Militärclique. Jetzt wurden sie gestürzt.

Es wird unmöglich sein, die Uhr auf 1963 zurückzudrehen. Die Herrschaft der Ba'ath dauerte nur 9 Monate, bis General Asef seinen eigenen Griff nach der Macht organisierte. Jetzt ist Ahmed Hassan Bakr der neue Präsident, der während der 9 Monate Ba'ath-Herrschaft 1963 Ministerpräsident war. Aber die rechten Ba'athisten werden nicht in der Lage sein, die Macht lange zu halten. Sie haben nicht mehr als 1963 eine Lösung für die Probleme, vor denen der Irak heute steht. Entweder werden sie nach links gehen, von einer linkeren Regierung ähnlich der in Syrien ersetzt werden, oder sie werden

den Weg für eine neue rechte Machtübernahme vorbereiten.

Inzwischen werden sie versuchen, die Aufmerksamkeit des irakischen Volkes von seinen Problemen abzulenken, indem sie die israelische Frage, das Problem des Regimes in Jordanien nutzen und möglicherweise, was die Imperialisten gerne hätten, bei der Verschwörung gegen die links-ba'athistische Regierung in Syrien helfen. Es ist genauso wahr-

scheinlich, dass der syrische bonapartistische Arbeiterstaat eine Wirkung auf das Regime in Bagdad haben kann. Dies wiederum wird Wirkungen in Jordanien, Ägypten, den halbfeudalen Scheichtümmern in Saudi-Arabien haben. Das vom britischen Imperialismus beherrschte kuwaitische Regime war das erste arabische Land, das die neue Regierung anerkannt hat.

Aber die Berechnungen der Imperialisten können durch die Ereignisse widerlegt werden. Die Instabilität des Nahen Ostens im letzten Jahrzehnt bedeutet, dass der Fall einer Regierung Auswirkungen unter den anderen hat. Der irakische Kapitalismus und Großgrundbesitz wurden nicht stabilisiert. Die ArbeiterInnen und BäuerInnen haben noch die Möglichkeit, den Ereignissen ihren Stempel aufzudrücken, letztlich müssen sie es.

Julian Silverman: Naher Osten: Für eine sozialistische Föderation (September 1970)

Während der Artikel in Druck geht, hängt das Schicksal der jordanischen Revolution in der Schwebe. Ein großer Teil von Amman und ebenso die beiden zweitgrößten Städte sind in die Hände der palästinensischen Kommandos übergegangen. Die ganze Bevölkerung in den großen Städten ist bereit, die Macht zu übernehmen. In Irbid zum Beispiel „blieb kein jordanischer Soldat oder Polizist in der Stadt“ (Times, 15. 9. 1970), „...Im Palästinenser-Flüchtlingslager in Hasana, zehn Kilometer südlich von Irbid, händigte die Lagerpolizei ihre Waffen den Guerillas aus.“

Hussein schwankte zwischen Zugeständnissen und Unterdrückung wie alle dem Untergang geweihten Diktatoren und hat jetzt sein „gemäßigtes“ Kabinett gefeuert und durch eine Militär„junta“ ersetzt. Wie lange dieses neue Regime andauern wird - das Angst vor einem Blutbad hat und Angst davor, ähnliche Bewegungen im ganzen Nahen Osten hervorzurufen -, wird davon abhängen, wie schnell die Befreiungsbewegung ihren Weg zu einer klaren **Klassenlösung** der Probleme der hungernden arabischen Völker findet.

Nach Generationen von imperialistischer Unterjochung befinden sich die AraberInnen in einem Zustand unvorstellbarer Armut. In den meisten Ländern wird weniger als zehn Prozent des Landes bebaut. In Ägypten, um nur ein Beispiel zu geben, sind über 12 Millionen BäuerInnen ständig ohne Land und „ohne jede Möglichkeit produktiver Beschäftigung“. Seit über 20 Jahren wurden die palästinensischen Flüchtlinge in Lagern gehalten ohne irgend welche Art von Beschäftigung. Keine dieser Regierungen zahlt einen Penny für ihren Unterhalt. Die Vereinten Nationen zahlen ihnen genug, um gerade mal am Leben zu bleiben und nicht mehr. (Es ist eine bittere Ironie, dass trotzdem ihr Lebensstandard oft etwas höher ist als der der landlosen BäuerInnen rund um sie!) Seit der Schaffung Israels ist eine neue Generation in diesen Lagern aufgewachsen, die wenig Hoffnung hat, über den Stacheldrahtzaun zu schauen. Die israelische herrschende Klasse, die in den Gebieten gedeiht, in denen die Flüchtlinge einst lebten, hat sich mit den großen imperialistischen Mächten verbunden und

bei mehr als einer Gelegenheit konterrevolutionäre Vorstöße auf arabisches Gebiet unternommen, um jede letzte Hoffnung der LagerinsassInnen zu zerstören. Alle SozialistInnen, alle ArbeiterInnen müssen den wachsenden Stolz und Selbstachtung der PalästinenserInnen als Teil des weltweiten Kampfes gegen die internationalen Konzerne und ihre Regierungen begrüßen. Es sind die monströsen internationalen Ölgesellschaften, die vom Massaker an der arabischen Revolution gewinnen würden; es ist der Imperialismus, der die blutigen Spaltungen geschaffen hat.

Die Karte dieses Teils der Welt zeigt ein Jahrhundert von Konflikten und Geheimabkommen zwischen konkurrierenden Imperialismen um die Aufteilung der Region zum Nutzen von Handel und Öl. Mehr als ein Drittel des Öls der kapitalistischen Welt kommt aus diesem Gebiet und bringt den Bossen jedes Jahr etwa 54.000 Millionen. „Staaten“ wurden in der Wüste rund um Ölbohrlöcher geschaffen und Herrscher eingesetzt, die etwa 50 Prozent der Einnahmen für sich nehmen (und etwa ein Drittel davon für den Luxus für sich und ihre eigene Familie zu nehmen und den Rest, um diesen Luxus gegen die örtliche Bevölkerung zu verteidigen). Selbst die Vorstellung einer jüdischen Heimstätte in dieser Region wurde von den adligen Lords Shaftesbury und Palmerston, diesen Meisterstrategen des britischen Imperialismus, mit Blick auf die Schaffung abhängiger Verbündeter gegen die türkische Herrschaft entwickelt. Zu dieser Zeit fand die Idee wenig Unterstützung unter den JüdInnen, die sich mehr für ihre Emanzipation dort, wo sie waren, interessierten. Die meisten dieser Staaten verdanken ihre eigenständige Existenz der anglo-französischen Aufteilung der Beute aus dem Ersten Weltkrieg. Palästina wurde sogar den AraberInnen und JüdInnen gleichzeitig angeboten!

Und doch, welcher Reichtum an natürlichen Ressourcen stünde einer Föderation von - jüdischen und arabischen - Arbeiterstaaten zur Verfügung! Abgesehen von den Öleinnahmen gibt es genug, um Energie für die volle Industrialisierung der ganzen Region zu liefern: Phosphate, Eisenerze, Kupfer, Blei, Gold etc. Im Toten

[The Militant Nr. 68, Oktober 1970]

Meer allein gibt es 40.000 Tonnen Mineralsalze, „unerschöpfliche Reserven an Pottasche“ etc. etc.

Statt dessen ist alles, was die Führer bieten können, eine falsche „Einheit“ auf der Grundlage der leeren Drohung, die Israelis ins Meer zu treiben, oder eine „Einheit“, die versucht, die militanten Guerillas unter dem Banner der El Fatah unterzutauchen; die „Einheit“ von Sklaverei, Armut und Rückständigkeit - und selbst diese „Einheit“ hat kläglich versagt, auch nur in letzter Minute einen arabischen „Gipfel“ hinzukriegen. Jeder Herrscher verteidigt die Privilegien seiner Kaste, herrscht über das ihm vom Imperialismus zuteilte Gebiet und schaut voll Entsetzen auf seine Offiziere und wartet auf einen neuen Putsch. Ähnlich spielen die israelischen Kapitalisten und die Militärclique mit Ängsten der Bevölkerung, um Lohnerhöhungen im „nationalen Interesse“ niederzuhalten. 60 Prozent des Haushalts gehen in die Verteidigung. Nicht eines dieser Länder stellt eine gangbare Wirtschaftseinheit dar. Selbst das industrialisierte Israel würde zu bestehen aufhören, wenn es nicht die Auslandsinvestitionen, die Tourismusbranche etc. gäbe. Die israelischen ArbeiterInnen sind vielleicht im Vergleich zu ihren arabischen Brüdern [und Schwestern] privilegiert, bekommen aber herzlich wenig davon ab, dass ihr Land in ein malerisches Touristenziel für sentimentale Reiche verwandelt wird.

Für eine internationalistische Führung

Der ganze Nahe Osten schreit nach einer internationalistischen, sozialistischen Führung. Selbst die linken Regierungen können ohne sie keine Lösung bieten. Die syrische Militärclique wurde um 1965 in mehreren Fällen zur Mobilisierung der ArbeiterInnen und armen BäuerInnen und zur Enteignung der großen kapitalistischen Konzerne gezwungen, aber sie bleibt „ein großer Fisch in einem kleinen Topf“ - ihre Privilegien hängen davon ab, dass Syrien ein getrennter Nationalstaat bleibt und dies bringt den vergiftendsten Chauvinismus hervor.

El Fatah - die weitgehend von den Ölscheichs finanziert wird, aber massive Popularität genießt - weiß nicht, in welche Richtung sie sich wenden soll. Sie haben

alle sozialistischen Absichten abgestritten, die „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ mit Unterdrückungsmaßnahmen bedroht, sie dann wieder akzeptiert und immer versucht, die Klassenfrage zu vermeiden. Keine dieser offiziellen linken Parteien bietet eine klare Führung. Es ist die Aufgabe der selbsternannten „Marxisten“ der „Volksfront“guerillas, der Arbeiterklasse einen Ausweg anzubieten. Ihr Heroismus hat ihnen die Sympathie von Millionen in der ganzen arabischen Welt gewonnen, aber man muss sagen, dass ihre Methoden gegenwärtig keinerlei Ausweg bieten. Es wurde geschätzt (auch wenn wir nicht sagen können, mit welcher Genauigkeit), dass 90 Prozent der PalästinenserInnen unter israelischer Besatzung und 70 Prozent der Flüchtlinge einen Frieden begrüßen würden, der den Staat Israel anerkennt. Entführungen und Geiselnahmen, das Erschießen unschuldiger ZivilistInnen fordern einfach Vergeltungsmaßnahmen heraus. Israel hat Hunderte prominenter AraberInnen festgesetzt; neue Abkommen zur Versorgung Israels mit noch mehr amerikanischen Waffen werden verhandelt und das wichtigste ist, dass diese Art Taktiken einfach die israelischen ArbeiterInnen hinter ihre „patriotischen“ Herrscher bringen.

Jetzt besteht die Gefahr der israelischen Intervention und möglicherweise sogar auch US-Intervention für Hussein bei seinem Massaker an 10.000 PalästinenserInnen. Eine Hilfe, wie sie vielleicht von Syrien kommen könnte, würde sich darauf beschränken, der syrischen herrschenden Kaste in ihrer traditionellen Rivalität mit den Irakis um die Vorherrschaft in der Region zu helfen. Keiner der Bevölkerungen wurde eine klare Klassenführung gegeben. In der Tat haben sie erst jetzt ein Ende des Hussein-Regimes gefordert!

In der September-Ausgabe der Monatszeitung „New Middle East“ gibt es ein Interview mit Ghassan Kanafani, einem der Führer der PFLP und ihr Sprecher im Libanon. Neben vielem, dem alle SozialistInnen zustimmen würden, sagt er folgendes:

„Frage: Glauben Sie nicht, dass die (israelische) Masse der Arbeiter für revolutionäre Ziele gewonnen werden kann?“

Antwort: Welche Arbeiterklasse? ... Ich glaube, dass sie mit der weißen Minderheit in Südafrika verglichen werden kann.

Frage: Warum übernehmen Sie nicht die Macht in Jordanien?“

Antwort: Wir wissen nicht, was wir in Jordanien machen werden. Aber wir denken, dass es hieße, ein Land zu besetzen, das nicht unseres ist.

Frage: Die Israeli werden auch kämpfen.

Antwort: Glauben Sie, dass die Israelis bereit sind, bis zu ihrem letzten Blutstropfen zu kämpfen?“

Frage: Glauben Sie nicht?

Antwort: Das wäre sehr traurig.“ (!)

Diese Zitate sind natürlich aus dem Zusammenhang gerissen, aber sie zeigen, dass eine wahrhaft internationalistische, sozialistische Führung unter den Führern dieser Organisation immer noch fehlt.

Die Ereignisse selbst werden diese Bewegungen aus ihrer ererbten Rückständigkeit herauszwingen. Heute sind die ArbeiterInnen von Jordanien bereit, die Macht zu übernehmen. In sehr kurzer Zeit wird sich die Gärung über die Ölscheichtümer und die ganze arabische Welt verbreiten.

In Israel, wo 10 Prozent Arbeitslosigkeit kurz vor dem Sechstagekrieg zum Reden über einen Generalstreik führte und wo es danach immer ziemlich große Streikbewegungen gab, sind die ArbeiterInnen nicht anders als andere ArbeiterInnen. In der Weltwirtschaftskrise 1929-31 schnitt die Jewish Agency den JüdInnen in Palästina die Mittel ab. Sie werden bald im Verlauf der weltweiten Kämpfe der ArbeiterInnen lernen, dass sie von einer Nahostföderation der Arbeiterstaaten mehr zu gewinnen haben als vom Stützen auf ihre zweifelhaften Freunde, die Bosse von Israel und den USA.

R. Silverman: Syrien: Welche Art Regime? (November 1970)

Nach den Schocks des Bürgerkrieges in Jordanien und den Auswirkungen von Nassers Tod haben die Großmächte ihre Aufmerksamkeit jetzt erneut Syrien zugewandt. Diese Nation von 7 Millionen Menschen, die aus DrusInnen, ChristInnen, BeduinInnen, AlawitInnen und DamaszennerInnen besteht, war seit ein paar Jahren der sensibelste Punkt in einer hochexplosiven Region. Dort kann man den Schlüssel zur ganzen komplexen Lage im Nahen Osten finden. Denn in Syrien hat die Entwicklung der arabischen Revolution den klarsten Ausdruck erhalten. Die jüngsten Ereignisse bestätigen völlig die Analyse, die *Militant* sowohl vom Wachstum der kolonialen Revolution im allgemeinen als auch dem Kräfteverhältnis der Klassen in Syrien selbst machte.

Klassenblockade

Die weltweite Flut der nationale Revolte spülte die direkten Werkzeuge der französischen Kolonialherrschaft 1949 fort. Aber in Syrien war wie in jeder rückständigen Nation keine Gesellschaftsklasse stark genug, das Vakuum zu füllen und ihre eigene Macht direkt auszuüben. Die feudalen Großgrundbesitzer überlebten nur als anachronistische Marionetten des Imperialismus. Die schwache einheimische Bourgeoisie hatte keine Chance, in Konkurrenz zu den gigantischen westlichen Monopolen ein gangbares kapitalistisches Regime zu schaffen und konnte nur als Mittelsmänner und Laufburschen tätig

sein. Die Bauernschaft war primitiv und zersplittert und hatte sowieso keine unabhängige Klassenidentität und keine Zukunft in einer modernen Gesellschaft auf kapitalistischer oder auf sozialistischer Grundlage. Und die städtische Arbeiterklasse, die allein der Gesellschaft eine Zukunft hätte bieten können, indem sie die arme Bauernschaft hinter dem Banner der Arbeiterdemokratie und des proletarischen Internationalismus vereinigt hätte, war in Parteien vereinigt, die keine Perspektive hatten, die Macht zu übernehmen. Die Kommunistische Partei handelte als Werkzeug des Kreml und versuchte, sich bei den herrschenden Cliquen einzuschmeicheln.

Marx erklärte, dass der Staat grundlegend auf "bewaffnete Formationen von Menschen" reduziert werden kann. Wo immer der Klassenkampf sich festfährt, wo immer die Ohnmacht der herrschenden Klasse und die politische Trägheit der aufsteigenden Klasse sich fast genau zu einem fast vollständigen Klassengleichgewicht ausbalancieren, bekommen die Kräfte der bewaffneten Gewalt eine gewisse Handlungsfreiheit. Rivalisierende Cliquen von Armeeeoffizieren führen endlose Fehden um Machtprivilegien. Ein Putsch folgt dem anderen. Das Volk bleibt unbeweglich mangels revolutionärer Führung, passive Beobachter des Bandenkrieges des Militärs. Inzwischen bedeutete für zwei Drittel der Menschheit Kapitalismus im rückständigen exkolonialen Teil

[Militant Nr. 70, Dezember 1970]
der Welt steigende Arbeitslosigkeit, wachsendes Elend, völliges Krankheiten und Katastrophen ausgesetzt sein und fallenden Lebensstandard selbst während dem großen Wirtschaftsaufschwung der letzten 25 Jahre. Vor diesem Hintergrund blühen Korruption und Spekulation.

Die Monopole übernehmen

Eine syrische Regierung nach der anderen zerschellte an dem Fels der Wirtschaftskatastrophe. Regierungen spielten mal mit dem Traum der Union mit dem Irak, um die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung abzublocken, ließen sich dann 1958 auf eine hastige Union mit Ägypten ein. Die kleinen Rivalitäten der nationalistischen Führer sprengten die Union auseinander als Nasser sich 1961 demagogisch auf eine Politik der Verstaatlichung einließ, um innere Kritik zu vermeiden.

Die neue "sozialistische" Ba'ath-Regierung stand vor ähnlichem Druck und wandte ähnliche Maßnahmen gegen die ausländischen Monopole an. Die syrischen Führer standen vor einer Wirtschaftskrise, hatten keine breite Basis öffentlicher Unterstützung, waren hungrig auf die Früchte des Amtes und weitgehend ohne die Beschränkungen durch eine starke herrschende Klasse. Sie wurden in eine Politik gedrängt, die viel weiter als die von Nasser ging und sogar die Existenz der Kapitalisten ernsthaft bedrohte. **Nicht nur wurden Ende 1964 die**

Ölgesellschaften übernommen, sondern große Industrie- und Finanzfirmen wurden innerhalb von ein paar Wochen ebenfalls verstaatlicht. Die pure Logik ihrer Bestrebungen und die schreienden Bedürfnisse eines chaotischen Systems forderten Staatseingriffe. Sofort begann die moslemische geistliche Hierarchie, die Kaufleute und kleinen Ladenbesitzer eine schrille Kampagne von Propaganda und zivilem Ungehorsam. Schwanken oder Kompromiss jetzt hätte zum Sturz und wahrscheinlich zur Hinrichtung der politischen Führer geführt. Zu diesem Zeitpunkt lag das einzige Heil in der Mobilisierung der Masse zu ihrer Unterstützung. BäuerInnen strömten nach Damaskus; Läden wurden mit Gewalt geöffnet und ihr Inventar zerstört; die Macht der Geistlichkeit wurde zerschlagen.

Die westlichen Imperialisten, für die es mit dem Nahostöl um viel geht, wandten jeden Trick von Schmeichelei und Bestechung zu regelrechter bewaffneter Unterwanderung gegen die sich entfaltende Revolution an. Als die Junta vor ihrem diplomatischen Druck kapitulierte, brachte ein neuer Putsch im Februar 1966 eine Gruppe von rangniederen Offizieren an die Macht, die den Bestrebungen der Massen gegenüber sensibler waren. Die Reaktion der Imperialisten war die Organisation einer militärischen Konterrevolution im September 1966. In einem verzweifelten Überlebenskampf mobilisierte die Junta die Gewerkschaften in einer Arbeitermiliz von 2.000 und eine große Bauernarmee. Alle Staatseinrichtungen wurden mit vorgehaltener Waffe von den krassesten Reaktionären gesäubert, das Armeekommando gesäubert. So weit das in dem rückschrittlichen Syrien mit hohem Analphabetismus möglich ist, wurde eine neue Staatsmaschine geschaffen, die frei von bürgerlichen und feudalen Elementen ist. 85 Prozent des Landes und 95 Prozent der Industrie wurden in öffentliches Eigentum verwandelt.

Deformierte Revolution

Das neue Regime beruhte wie die stalinistischen Regime von Osteuropa und Asien auf den Grundlagen einer verstaatlichten Wirtschaft, was ein geplantes Wachstum in der Produktion ermöglichte. Wie sie enthielt es den Massen auch politische Kontrolle über den Staat vor. Die ArbeiterInnen wurden sofort entwaffnet und die Bürokratie hielt sich, indem sie zwischen den Klassen manövrierte und die primitive Bauernmiliz als platten Rammbock für ihre Autorität schmiedete.

Volksmiliz

Die Herausbildung eines neuen deformierten Arbeiterstaats im Herzen der Ölfelderregion war der Hauptfaktor, der zum Krieg vom Juni 1967 führte. Anfänglich war der Marsch auf Damaskus das hauptsächliche israelische Ziel. Dies scheiterte, weil sie hier anders als in Jordanien und Ägypten auf den Widerstand einer Volksmiliz trafen, die 300.000 Mann stark war. Der revolutionäre Inhalt des Kampfes wurde durch den Umstand verwirrt, dass die syrischen Führer ziemlich zufrieden damit waren, der unheiligen Allianz mit Scheichs, Königen und bürgerlichen Diktatoren beizutreten.

Der Krieg und seine lange brodelnden Folgen schwächten die Planwirtschaft und hemmten ihr potenzielles Wachstum. Schon im Februar 1969 endete ein langgezogener Machtkampf in einem instabilen Kompromiss mit dem "gemäßigten" General Assad. Dieses Jahr sprengten ihn die unerträglichen Spannungen und Widersprüche im umfassenden Bürgerkrieg in der Feudalmonarchie Jordanien und in Regierungsstürzen in nicht weniger als neun arabischen Staaten.

Der bewaffnete Konflikt zwischen den palästinensischen Guerillas und Husseins Beduinenkriegerkaste testete alle tapferen Worte der letzten zwei Jahrzehnte. Die selbsternannte irakische (panarabische) Regierung der Sozialistischen Ba'ath mit 12.000 Soldaten in Jordanien machte keinen Versuch, den Guerillas selbst während der barbarischsten Massaker zu helfen. Jetzt wurde der Vizepräsident als Zugeständnis an die Empörung der Bevölkerung entlassen. Syrien auf der anderen Seite intervenierte anfänglich mit zwei gepanzerten Brigaden (2.000 Soldaten). Assad (damals Verteidigungsminister) sabotierte diese Operation, indem er Luftunterstützung verweigerte und die Truppen wurden unter sowjetischem und ägyptischem Druck unrühmlich abgezogen.

Diese Demütigung trieb den Gegensatz zwischen dem zivilen und dem militärischen Flügel des Regimes auf die Spitze. Assad war durch seine bescheidenen Triumphe 1969 gestärkt und griff letzten Monat zynisch nach der Macht, als er Präsident Atassi zum Rücktritt zwang, aber knapp nicht schaffte, Dschadid, den faktischen Parteiführer zu verhaften. Als Reaktion auf diese nackte Bedrohung stützte sich Dschadid auf den Gewerkschaftsflügel und berief einen außerordentlichen Parteikongress ein, der Assad und seine Mitverschwörer absetzte. Innerhalb 24 Stunden hatte Assad Atassi (der seinen Rücktritt widerrufen hatte) unter Hausarrest gestellt und Dschadid und seine engsten Kollegen ins Gefängnis gesteckt. Die 22. Regierung in 21 Jahren wurde gebildet. Arabische und westliche

Regierungen gleichermaßen haben die Nachricht hastig begrüßt. Die *Financial Times* hat Assad als "Militanten der lieber Worte als Taten will", beschrieben und die *Times* lobte ihn für sein "Fehlen von doktrinärem Extremismus"

Keine Restauration!

Aber das letzte Wort in diesem Kapitel muss noch geschrieben werden. Es gibt viele Generalstreiksdrohungen. ArbeiterInnen, Studierende und BäuerInnen haben öffentlich dem Polizeifeuer getrotzt und gegen die "Militärclique" demonstriert. Es gab schon sporadische Straßenkämpfe. Atassi, der verschlagene opportunistische "Schlichter" zwischen den zwei Fraktionen hat seine eigene Skepsis bezüglich der Gangbarkeit des Regimes gezeigt, indem er sich weigerte, es durch die Wiederaufnahme der nominellen Präsidentschaft zu bestätigen und hat statt dessen den Hausarrest akzeptiert. Bevor die grundlegenden Errungenschaften der Revolution umgekehrt werden können, muss erst mit den Hunderttausenden bewaffneten ArbeiterInnen und BäuerInnen gerechnet werden. Assad hat sich anscheinend der Realität gebeugt und es vermieden, die Wut der Massen zu provozieren.

Arbeitende, vereinigt euch!

Dass die Macht vorübergehend an einen Teil der Bürokratie gegangen ist, der für die Gefühle des Volks weniger empfänglich ist, stellt an und für sich keine entscheidende Niederlage für die Revolution dar. Die materielle Grundlage des Sozialismus kann immer noch aufgebaut werden, solange die Produktionsmittel in Staatseigentum sind. Aber jetzt wie schon vorher werden die ArbeiterInnen die politische Elite stürzen müssen, um den Sozialismus zu schaffen, der bewusste Kontrolle durch sie selbst bedeutet. Das Gespenst der Revolution nimmt schnell in Sudan, Libanon, Irak, Libyen und potenziell der ganzen arabischen Welt Gestalt an. Auf einer internationalistischen Grundlage könnten die israelischen ArbeiterInnen für eine Klassenlösung des Konflikts gewonnen werden, die die natürlichen und industriellen Ressourcen der Region zum gemeinsamen Nutzen aller arbeitenden BewohnerInnen gemeinsam nutzt.

Ein revolutionäres Programm nach dem Vorbild des bolschewistischen Programms vom Oktober 1917 könnte die arbeitenden Massen des Nahen Ostens vereinigen und eine harmonische sozialistische Föderation schaffen.

Dave Galasilan: Naher Osten: Für eine sozialistische Föderation (Mai 1971)

Die Krise in Ägypten spiegelt das Versagen des früheren Nasser-Regimes und der arabischen Nationalisten im allgemeinen wider, irgend eines der Grundprobleme zu lösen, vor denen die Massen im Nahen Osten stehen. Besonders nach dem Krieg 1967 gab es eine schwere Rezession in der ägyptischen Wirtschaft, die praktisch dazu führte, dass die Löhne eingefroren wurden, während die Preissteigerung bei über 3 Prozent im Jahr lag. Fast 25 Prozent der Erwerbspersonen auf dem Lande (die fast 60 Prozent der Erwerbspersonen insgesamt ausmachen) sind arbeitslos und die Städte sind mit Flüchtlingen vom Land gefüllt. Das Assuan-Staudamm-Projekt erfüllt seine Ziele nur langsam und steigert nach manchen Berichten nur die Darmkrankheiten, unter denen fast 60 Prozent der ländlichen Bevölkerung leiden. Die Demonstrationen von Studierenden und ArbeiterInnen nach der Niederlage 1967 spiegelten die wachsenden sozialen Spannungen in Ägypten wider.

Föderation auf dem Papier

Die zentrale Frage, die der jüngste „Verschwörung“ durch den Ex-Vizepräsidenten Ali Sabry, den Kriegsminister Fawsi und führende Elemente der Arabischen Sozialistischen Union (ASU) zugrunde lag, waren der sogenannte „Rogersplan“ und die auf dem Papier bestehende Föderation zwischen Ägypten, Syrien und Libyen.

Mörderische Angriffe auf Guerillas

Die amerikanische Initiative vom Juli 1970 bot Israel festgelegte, sichere und garantierte Grenzen als Gegenleistung für einen Rückzug aus den besetzten Gebieten gemäß der Resolution des UN-Sicherheitsrats von 1967. In einer völligen Kehrtwende akzeptierte Nasser diese Vorschläge gemeinsam mit Hussein von Jordanien als Ausgangspunkt für Verhandlungen.

Wie üblich waren die Guerillas die einzigen Leute, die an die palästinensischen

Flüchtlinge dachten. Ihr Selbstbestimmungsrecht scheint sich auf den Gängen der Botschaften von Kairo, Moskau, Washington und Tel Aviv von einer der Bedingungen für Frieden in etwas Belangloses verwandelt zu haben.

Wegen der Kapitulation vor Israel brach das Blutbad in Jordanien aus, auch wenn Hussein lange Komplote zur Beseitigung der Guerillas geschmiedet hatte. Hussein begann mit amerikanischer Unterstützung und zur offensichtlichen Freude Israels einen mörderischen Angriff auf die palästinensischen Guerillas und Flüchtlingslager, wobei er fast seine eigene Hauptstadt zerstörte. Trotz ihres heroischen Widerstands wurden die Guerillas aus Amman vertrieben und stark geschwächt.

Diese Ereignisse, so kurz nach den Angriffen im Libanon, beseitigen ein für allemal den Mythos, dass jemals ein ernsthafter Kampf gegen den Zionismus möglich sei, wenn man die reaktionäre Rolle der kapitalistischen und halbfeudalen arabischen Regime ignoriert. Trotz haarsträubender Drohungen machten die syrischen und irakischen Regime nichts und das höchste, was Nasser anbieten konnte, war eine Friedensmission.

Das selbe alte Unterdrückungsregime

Der Rogersplan kam nur als Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland zustande. Beide sorgen sich gleichermaßen um einen „stabilen“ Nahen Osten, während sie um Einflusspositionen in dem Gebiet kämpfen. Zum Unglück für die USA ist ihre Situation in Vietnam keine Ermutigung zu einer militärischen Intervention, auch wenn während der jordanischen Ereignisse ihre Stützpunkte in der Türkei in Alarmbereitschaft waren.

Die Angebote von Nassers Nachfolger Sadat an Rogers bei dessen jüngstem Besuch lösten die Verschwörung von Sabry aus, einem führenden Moskauhänger, der die US-Hilfsangebote als zersetzenden Einfluss auf Russlands Stellung in Ägypten ansah. Um die Macht zu behalten, musste sich Sadat auf rechte Elemente in der Armee wie den früheren Stabschef Mohammed Sadiq stützen, der

als Gegenleistung für Armeeeunterstützung Amnestien für politische Gefangene aus der Moslembruderschaft und Politiker der früheren Wafd-Partei [die vor der Revolution 1952 an der Macht war] erlangen musste. Die Demagoge von Sadat über „Liberalisierungs“maßnahmen ist nicht glaubwürdiger als die am 30. März 1968 von Nasser ergriffenen Maßnahmen, der, nachdem er die „Basis“ für die ASU durch ArbeiterInnen und BäuerInnen „verbreitert“ hatte zum selben alten Unterdrückungsregime zurückkehrte.

Ein sozialistisches Programm ist der einzige Schlüssel für dauerhaften Frieden

Die diplomatischen Manöver der USA können keine Lösung für die Probleme des Nahen Ostens bringen. Ohne Zweifel wird das vom amerikanischen Imperialismus und unterstützte Israel in naher Zukunft zu irgend einer Vereinbarung mit den arabischen Regimes kommen. Aber der Frieden im Nahen Osten hängt nicht von diplomatischen Maßnahmen ab. Die „Schwarzen Panter“ in Jerusalem, die die Unzufriedenheit der unterprivilegierten orientalischen JüdInnen ausdrücken versprechen eine soziale Explosion, die durch den vorübergehenden Frieden nur verschärft wird. Die wachsende Stärke des linken Flügels der palästinensischen Guerillas; die Verstaatlichungsmaßnahmen und Mobilisierungen der ArbeiterInnen und BäuerInnen in Syrien in Verbindung mit dem Versagen der bonapartistischen arabischen Regime, sind der Dynamit, das den Nahen Osten weit aufsprengen wird. Nur die Mobilisierung der ArbeiterInnen und BäuerInnen der arabischen Länder, die sich mit den israelischen ArbeiterInnen und BäuerInnen auf der Grundlage eines sozialistischen Programms für eine sozialistische Vereinigte Föderation des Nahen Ostens verbinden, gemeinsam den Zionismus und jede Form von imperialistischer Beherrschung zurückweisen, kann dauernden Frieden und Entwicklung in der Region bringen.

Ted Grant: Nahostkrieg: Arbeitereinheit einzige Lösung (Oktober '73)

Der vierte israelisch-arabische Krieg begann mit dem Vorrücken der syrischen und ägyptischen Truppen auf die Golanhöhen und über den Suezkanal auf Gebiete, die die Israelis im 3. Krieg besetzt hatten.

Nach den ersten Erfolgen der arabischen Kräfte sind die Israelis über die alte Waffenstillstandslinie weiter nach Syrien vorgerückt, während in der Wüste Sinai ein vorübergehendes Patt aufrecht erhalten wurde.

Dieser Krieg wurde wohl durch einen Überraschungsangriff der ägyptischen und syrischen Kräfte begonnen, im Unterschied zum Krieg 1967, bei dem es einen Überraschungsangriff der israelischen Kräfte gab.

Klassenbewusste ArbeiterInnen jedoch kümmern sich nicht darum, wer den Krieg „angefangen hat“, sondern um den Klassencharakter der beteiligten Kräfte und die Motive und Ziele dieser Kräfte.

Die Lügen der Kommunistischen Partei und ihrer Zeitung, des Morning Star, die behaupten, dass dieser konkrete Krieg

[Militant Nr. 177, 19. Oktober 1973] von der israelischen herrschenden Klasse angefangen worden sei, dient nur dazu, sie zu diskreditieren.

Aber der reaktionäre und utopische Charakter des Zionismus zeigt sich in den vier Kriegen, die durch die Politik der „Stärke“ und das sich Verlassen auf den Imperialismus, um sich von ihm gegen die arabischen Regime im Nahen Osten stützen zu lassen, hervorgerufen worden sind. Nach dem Abschlachten von Millionen JüdInnen (und Millionen PolInnen, RussInnen, UkrainerInnen, Deutschen und anderen) durch die Nazis, suchten viele JüdInnen

aus der Mittelschicht und Arbeiterklasse „Sicherheit“ in Palästina.

Dies führte zum ersten Krieg 1948, als der britische Imperialismus abzog und die Vertreibung von Hunderttausenden palästinensischen AraberInnen stattfand. So wurde die Drachensaat künftiger Kriege gesät.

Die arabischen Regime, sowohl radikale als auch traditionelle halbfeudale Autokratien fanden in dem Reizmittel der Existenz des jüdischen Staats Israels mitten unter ihnen einen Brennpunkt für die Unzufriedenheit ihrer ArbeiterInnen und BäuerInnen.

Die palästinensischen Flüchtlinge konnten nicht aufgesogen werden wegen der Schwäche der Wirtschaften und weil es in Ägypten und den anderen Ländern schon landlose Fellachen gab, die wegen dem System des Landeigentums und dem Fehlen entwickelter Industriestaaten in der Region nicht integriert werden konnten. Die Herrscher wollten die Palästinenser auch gar nicht integrieren, sondern als Waffe gegen den israelischen Staat behalten.

Israel war in seinen frühen Jahren ein Werkzeug des anglo-französischen Imperialismus, wie der 1956 im Bündnis mit ihnen geführte Krieg belegte.

Jetzt haben die anglo-französischen Imperialisten die Seiten gewechselt und geben zwar vor, „neutral“ zu sein, sind aber zu lauwarmer Unterstützung der arabischen Staaten umgeschwenkt. Daher das „unparteiische“ Embargo, das Israel mit seinen Centurion-Panzern und Mirage-Flugzeugen mehr als die arabischen Staaten trifft.

Das fromme Gejammer über vergossenes Blut ist völlig heuchlerisch. Sie sorgen sich mehr um Öl und Märkte.

Die Israelis sind nach der Abhängigkeit vom anglo-französischen Imperialismus völlig vom amerikanischen Imperialismus abhängig geworden in der Frage der Lieferung von Kriegsmaterialien, Zuwendungen, Subventionen und politischer Unterstützung.

Der Nahe Osten wurde einer der Schlüsselregionen der Welt - strategisch - und beim Öl, ohne das die Industrie in Europa, Japan und Amerika stillstehen würde.

Die russische Bürokratie hat bei der Errichtung Israels geholfen - als Schlag gegen den britischen Imperialismus - ist aber nach dem Sturz der traditionellen Herrscher in Ägypten, Syrien und Irak zur Unterstützung der arabischen Regime - besonders der radikalen Regime - umgeschwenkt.

So hat, während der amerikanische Imperialismus hauptsächlich Israel mit modernen Kriegswaffen versorgt hat, die russische Bürokratie diese arabischen Staaten mit Panzern, Flugzeugen und Raketen versorgt.

Auf beiden Seiten sind ungeheure Summen, für diese schwachen Volkswirtschaften, für Waffen vergeudet worden.

Israel verwendet etwa 30 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP), mehr als 50 Prozent des Staatshaushalts für Waffen. Ägypten gibt ähnliche Beträge aus.

Das ist im Verhältnis zum BSP mehr als dreimal so viel, wie die riesigen Industriestaaten Britannien und Frankreich, Amerika und Deutschland ausgeben; 15-mal so viel wie Japan.

So sind die stattfindenden Schlachten, die Panzer, Flugzeuge und Geschütze zu Schrott machen, was das Material betrifft größer als die Schlachten in der Region von Britannien, Italien und Deutschland im Zweiten Weltkrieg.

Ein großer Teil des von den arabischen und jüdischen ArbeiterInnen erzeugten Mehrwerts wird so für Kriegsmaterialien vergeudet, abgesehen davon, dass die Blüte der Jugend getötet und verwundet wird.

Syrien wird von den Imperialisten besonders gehasst, weil sie Großgrundbesitz und Kapitalismus abgeschafft haben - wenn auch mit einem totalitären Militär- und Polizeistaat wie dem in Russland, statt nach dem Vorbild wirklicher Arbeiterdemokratie.

Deshalb wäre es den Imperialisten nicht unwillkommen, dessen Gesellschaftssystem durch die israelischen Armeen zerstört zu sehen. Alle SozialistInnen würden daher Syrien in diesem Krieg trotz seiner bürokratischen Herrscher unterstützen.

Im Unterschied dazu sind die Ziele aller anderen Teilnehmer völlig reaktionär. Ägypten und Israel und die anderen Regime stützen ihre zerbrechlichen Strukturen, indem sie auf die Gefahr durch den Feind von außen hinweisen.

Auf diesem Weg gibt es keine Lösung für die Probleme der israelischen, ägyptischen und anderen arabischen Völker.

Die instabile und zerbrechliche „Entspannung“ zwischen den amerikanischen Imperialisten und der russischen Bürokratie hat beim ersten Test Zeichen des Zusammenbrechens gezeigt.

Sie liefern ihren jeweiligen Klienten schnell Nachschub an Panzern, Flugzeugen und Geschützen - der modernsten Art - und Raketen und Geschosse.

So wird das blutige Spiel der Machtpolitik in der Wüste gespielt, mit den israelischen ArbeiterInnen und arabischen ArbeiterInnen und BäuerInnen als Bauernopfer.

Die Illusionen der sozialdemokratischen und „kommunistischen“ Parteien, dass Abkommen und Kuehhandel den Völkern der Welt Ruhe und Frieden bringen können, zerbrechen erneut bei der ersten Berührung mit der Wirklichkeit.

Die „Vereinten“ - in Wirklichkeit veruneinten - Nationen waren wie in jedem „kleinen“ Krieg seit dem Zweiten Weltkrieg gelähmt und unfähig. Der Sicherheitsrat wird durch die Widersprüche zwischen den Groß- und Supermächten des

bürokratischen Russlands, imperialistischen Amerika, bürokratischen China und imperialistischen Frankreich und Britannien blockiert.

Sie sorgen sich nicht im mindesten um Frieden, sondern nur um ihre eigenen althergebrachten Interessen - Prestige, Macht, Privilegien und Einkommen, im Fall von Britannien, Frankreich und Amerika den kapitalistischen Interessen.

Der riesige amerikanische Imperialismus stümpert in der Politik des Öls - und Bluts - herum.

Die Bürokratie Russlands spielt auch das tödliche Spiel der Machtpolitik. So schlägt das Feuer der Geschütze und Raketen im Nahen Osten die Illusionen der unbefristeten „friedlichen Koexistenz“ zwischen kapitalistischen und Arbeiterstaaten in Trümmer. Wie deformiert letztere auch sind, die Beseitigung von Großgrundbesitz und Kapitalismus stellt langfristig eine schreckliche Bedrohung für den Kapitalismus dar.

Die Vergeblichkeit der UNO zeigt sich daran, dass sie nur drittrangige Meinungsverschiedenheiten zwischen zweit-rangigen Mächten und kleinen Staaten lösen kann, die um die riesigen Supermächte kreisen. Wo deren Interessen betroffen sind, kann sie nicht einmal zweit-rangige Probleme lösen, ganz zu schweigen von größeren Interessenkonflikten.

In den Flammen des Kriegs im Nahen Osten wurden alle Politiken und Lehren des Sozialismus getestet.

Der anglo-amerikanische und westdeutsche Imperialismus sorgen sich nicht um moralisches Recht oder Unrecht des Krieges, sondern um die Politik von Öl und Märkten. So haben sie in den Jahren seit 1956 mit großem Zynismus die Achse ihrer Beteiligung verschoben.

Die Echos des Nahostkriegs haben enthüllt, was für die marxistische Strömung eine Selbstverständlichkeit ist - dass jeder Winkel der Erde jetzt mehr von anderen abhängig ist als je in der Geschichte.

Deshalb muss die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung in allen Fragen national und international eine Klassen- und internationalistische Position haben.

Selbst wenn sie einen Sieg erringen und einen Teil das ihnen von den Israelis geraubten Gebiets zurückbekommen, wird das die Probleme der ÄgypterInnen und SyrerInnen und auch nicht der arabischen Völker lösen.

Selbst wenn die Israelis siegreich sind, werden sie nur eine vorübergehende Atempause erreicht haben - bis zum nächsten Krieg in fünf oder zehn Jahren. Es gibt 100 Millionen AraberInnen gegen 3 Millionen JüdInnen und sie entwickeln langsam eine Industrie.

Israel ist eine riesige Falle für die jüdischen ArbeiterInnen und das jüdische Volk. Es liefert auf kapitalistischer Grundlage nur eine Illusion von Si-

cherheit. Indem es die palästinensischen BäuerInnen vertrieben hat, hat es ihren nicht verschwindenden Hass erzeugt.

Die AraberInnen, die bleiben, werden nur als zweitklassige BürgerInnen behandelt, die in dem Land ihrer Geburt diskriminiert werden.

Auf kapitalistischer Grundlage kann es weder Frieden noch Stabilität geben. Die Siege der israelischen herrschenden Klasse - das Preußen des Nahen Ostens - schaffen bloß die Grundlage für endlose Kriege.

Auf der gegenwärtigen sozialen Grundlage kann keine Seite für die Massen der „feindlichen“ Seite Anziehungskraft haben. Sie könne auch nicht die Massen der Welt zu ihrer Unterstützung anstacheln. Die Interessen der ArbeiterInnen überall liegen in der - kritischen - Unterstützung Syriens, wegen der sozialen Grundlage des Regimes.

Es kann jedoch keinen Frieden im Nahen Osten geben ohne soziale Umgestaltung der Gesellschaft des Nahen Ostens. Dies würde eine arabische Revolution und die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft beinhalten. Es würde den Sturz des

kapitalistischen Regimes in Israel beinhalten.

Auf einer sozialistischen Grundlage könnten jüdische und arabische ArbeiterInnen und BäuerInnen einander die Freundschaftshand reichen. Eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens mit einem autonomen Israel in ihr - mit dem Recht auf Rückkehr für alle, die sie erstreben - ist die einzige Lösung im Interesse der Völker des Nahen Ostens und der Weltarbeiterklasse.

John Pickard: Syrien verwickelt sich im Libanon - PalästinenserInnen kriegen es von allen Seiten ab (August 1976)

[Militant, 17. 8. 1976]

Letzten November schacherte Syrien wütend um die Erneuerung des Mandats für die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für den Abzug von den Golanhöhen (UNDOF). Erst als der UN-Sicherheitsrat weitere Gesten in Richtung der Palästinensischen Befreiungsorganisation machte, einschließlich einer Debatte, an der ein PLO-Vertreter teilnahm, wurde das UNDOF-Mandat erneuert. Damals wurde Ägypten von der palästinensischen Bewegung wegen seiner Vereinbarung mit Israel verurteilt und Syrien ritt auf einem Wellenkamm des Prestiges bei den „radikalen“ Elementen in der arabischen Welt. Es schien damals, als ob Syrien die Farben der PLO gut und ehrlich auf seinen Masten gehisst habe.

Heute steht die Lage auf dem Kopf. Der Bürgerkrieg erreicht seinen Höhepunkt und die syrische Armee hat palästinensische Flüchtlingslager und Stellungen der palästinensischen/libanesischen linken Milizen beschossen. Die Arbeiterbewegung international war durch das Gemetzel im Libanon abgestoßen, wo 90 Prozent der Opfer Nichtkämpfende waren - alte Männer, Frauen und Kinder. Aber bei der jüngsten Belagerung des palästinensischen Tal-el-Zataar-Lagers, wo die Opfer Hunderte Tote und Tausende Verwundete waren, haben die Syrer die PalästinenserInnen durch die Blockade von Waffenlieferungen, durch die Lieferung von Ausrüstung an die Phalange-Milizen und durch eigene Angriffe auf linke Stellungen anderswo in Beirut geschwächt.

Es gab eine beispiellose Spaltung zwischen der syrischen Regierung und der PLO: jetzt wurde Syrien überall in der arabischen Welt verurteilt und seine Botschaften wurden von Studierenden und PalästinenserInnen im Exil angegriffen.

Die Frage kommt natürlich auf - **woher kommt diese Wendung um 180 Grad? Was sind die Motive der syrischen Regierung und worin liegt der Zusammenhang? Welche Zukunft gibt es für die PalästinenserInnen und die Arbeiterbewegung im Libanon?** Um diese Fragen zu beantworten, ist es notwendig,

den Charakter der syrischen Regierung zu betrachten.

Bis 1964 war die ba'athistische Regierung in Damaskus wie viele andere in der kolonialen Welt - kontrolliert von einer militär-bürokratischen Clique, sich selbst „sozialistisch“ nennend, ohne die sozialen Beziehungen von Kapitalismus und Großgrundbesitz grundlegend in Frage gestellt zu haben. All das änderte sich innerhalb von 18 Monaten.

Als die Regierung begann, grundlegende Sektoren der Wirtschaft (Mineralien und die kleine Ölindustrie) zu verstaatlichen, hatte sie nur die Absicht, die Wirtschaftsentwicklung zu „regulieren“, aber die Reaktion der syrischen Kapitalisten provozierte weitere Verstaatlichungsmaßnahmen durch die Regierung. Innerhalb von ein paar Wochen, wurden 70 Millionen Pfund Sterling von Geschäftleuten aus dem Land genommen und die Regierung antwortete durch die Übernahme von 115 Industrieunternehmen und drohte, alle einzusperren, die die Maßnahmen ablehnten.

Als Demonstrationen gegen die Regierung organisiert wurden, deren Basis die Moslembroderschaft, die Grundeigentümer und die Kaufleute waren, musste die Regierung entweder klein beigeben oder die sozialistischen Maßnahmen weiter-treiben. Sie schlugen den zweiten Weg ein, konnten sich dabei aber nur auf die Mobilisierung der Massen stützen, indem sie Gegendemonstrationen der ArbeiterInnen und BäuerInnen mobilisierten. Läden wurden beschlagnahmt und zwangsweise geöffnet, religiöse Führer und führende Kaufleute wurden verhaftet und mehr Unternehmen in Staatseigentum überführt.

Jedes Mal, wenn die Reaktion versuchte, ein Comeback zu machen, war die Regierung gezwungen, Massenunterstützung zu mobilisieren, um das niederschlagen - und die Revolution weiterzuführen. Der Höhepunkt war der versuchte Gegenputsch im September 1966, der die Lage der Regierung erneut in einen Schmelztiegel warf.

Volksmilizen

„Volksverteidigungskomitees“, die aus bewaffneten **Gewerkschaftsmilizen** bestanden, wurden von der Regierung in Damaskus und den anderen führenden Städten aktiviert. Diese „Roten Garden“ waren die Speerspitze der drastischen Säuberung der reaktionären Elemente aus Industrie, Staat und Armee, während auf dem Lande die Allgemeine Föderation der Bauern Großgrundbesitzer aus ihren Stellungen und von ihrem Land säuberte. Die Regierung versuchte, bewaffnete Abteilungen der ArbeiterInnen und BäuerInnen bürokratisch zu nutzen, wurde aber von der Bewegung, die sie schuf, mitgezogen und konnte eine tiefgreifende Revolution nicht verhindern, die alle kapitalistisch-großgrundbesitzerlichen Gesellschaftsbeziehungen in Syrien umstürzte. Die Regierung konnte nur anerkennen, wo in diesen Wochen die wirkliche Macht lag und die Beseitigung der „letzten Überbleibsel des Feudalismus“ feiern. Die Regierung brachte 95 Prozent der Industrie, 25 Prozent des bebaubaren Landes und den gesamten Außenhandel in die Hände des Staats und schuf die Grundlage für die Planung der Ressourcen nach sozialistischen Prinzipien. Kapitalismus und Großgrundbesitz waren tot.

In der Tat richteten sich die israelischen Kriegsanstrengungen 1967 und 1973 vor allem gegen die syrische Wirtschaft und im ersteren Fall wandte sich die syrische Regierung erneut an die Massen, und mobilisierte bewaffnete Milizen von 300.000 - das einzige arabische Land, das das machte.

Aber von Anfang an hatte die Revolution die selben bürokratischen Merkmale wie das stalinistische Russland und hatte nie die Kontrolle der Arbeiterdemokratie, die es in Russland 1917 gab. Die sozialistische Revolution in Syrien nahm eine bürokratische Form an.

Ohne die Errungenschaften der Revolution in Frage zu stellen, die geplante verstaatlichte Wirtschaft, konnte sich die herrschende Bürokratie doch im-

mer mehr Sonderbefugnisse und Privilegien für sich schaffen. Assads Machtantritt 1970 führte eine weitere Verschiebung der Bürokratie zu wirtschaftlicher „Liberalisierung“ herbei, das heißt einer begrenzten Ausdehnung der Privatunternehmen und einem großen Wachstum der Bürokratie und des Ausmaßes der von ihr genossenen Privilegien.

Privilegien

Aber während die Bürokratie ihre eigenen Privilegien ausgedehnt und entwickelt hat, tragen die ArbeiterInnen die Last der Härten und Armut. Manche Schätzungen geben die Inflation mit 30 Prozent im Jahr an und die Lebenshaltungskosten steigen ständig. „Staatssubventionen haben zwar geholfen, die Preise für Brot, Reis und Zucker zu stabilisieren, bringen aber die Preise für andere wesentliche Güter wie Fleisch (in zwei Jahren ist ein Kilo Fleisch von 8 auf 20 syrische Pfund emporgeschwungen) außer Reichweite für viele Syrer die feste Einkommen haben.“ (Le Monde, 3. 6. 1976)

Die Regierung hat zwar Geschrei gegen Korruption und Spekulation gemacht, aber die einzigen Schritte, die sie bisher unternommen hat, waren gegen die Linke gerichtet - führende Mitglieder der KP und Linke in der Ba'ath-Partei wurden verhaftet.

Die Positionen, Macht und Privilegien der syrischen Bürokratie von den oberen Regierungsschichten bis zu den kleinsten Beamten waren der bestimmende Faktor in der Innen- und Außenpolitik der syrischen Regierung. **Alle Drehungen und Wendungen der Syrer in Bezug auf den Libanon und die PalästinenserInnen zeigen eine Furcht vor allen Veränderungen oder Unruhen, die ihre Privilegien bedrohen würden.**

Der Bürgerkrieg im Libanon stellte von Anfang an eine Klassenbewegung dar. Die wachsende Verelendung der Bauernschaft und der Schmutz in den Städten, der zu der verzweifelten gesellschaftlichen Stagnation von Hunderttausenden palästinensischen Flüchtlingen dazu kam, waren die Triebkraft der Bewegung, die das Regime mit sektiererischer Grundlage erst erschütterte und dann stürzte. Als der Bürgerkrieg größere Ausmaße annahm, sahen die imperialistischen Mächte, Russland, Israel und die arabischen Länder mit Entsetzen auf die Möglichkeit, dass dies den Funken für die arabische Revolution insgesamt liefern würde und zur Aussicht auf einen fünften arabisch-israelischen Krieg führen würde - etwas, was keine der nahöstlichen Mächte oder der „Großmächte“ will.

Zuerst schien die syrische Intervention die PalästinenserInnen und linken Milizen zu unterstützen, denen die Niederlage durch die rechte Phalange drohte. Einheiten der Palästinensischen Befreiungsarmee und Saiqa (Einheiten, die von Palästinensern ausgebildet sind und syrische Offiziere haben, praktisch reguläre Einheiten der

syrischen Armee) intervenierten als erste. Als immer mehr syrische Einheiten in den Libanon kamen, wurde es klar, dass ihre Absicht war, einen Waffenstillstand zu erzwingen und einen Sieg der vereinigten Kräfte der Linken.

Syrische Sackgasse

Die „Initiativen“ der Syrer bedeuteten nichts - das Angebot einer Rückkehr zum vorherigen Zustand war utopisch. Inzwischen war die libanesische Armee völlig zerfallen und ein paar Saiqa-Einheiten gaben den PalästinenserInnen Waffen und Ausrüstung. Die militärische und politische Stellung der Linken wurde jetzt täglich besser, während sie wiederholt Aufforderungen aus Syrien zur „Zurückhaltung“ ignorierten.

Das syrische Regime, das jetzt in ständiger Berührung mit der amerikanischen Regierung, und durch sie mit den Israelis war, war in einer Sackgasse. Ein Abzug hätte demütigende Folgen zu Hause gehabt und hätte die sehr gestärkte Linke weitere Erfolge machen lassen und gedroht, eine israelische Intervention und einen neuen Krieg herbeizuführen. Die einzige Möglichkeit, die für Syrien offen war, war sich immer mehr auf die Linke zu „stützen“ - angefangen mit einer Blockade der Häfen, um ihnen die Waffen abzuschneiden und endend mit Angriffen auf sie, mit Waffenlieferungen an die Phalange und so weiter. Daher war das, was als eine Wendung um 180 Grad erscheint, der syrischen Regierung durch die Umstände aufgezwungen; aber **durchgehend war das ausschlaggebende Ziel das selbe - die libanesische Revolution zu isolieren und die Lage zu „stabilisieren“.**

Jetzt kann die Logik der Situation Syrien nur zu weiteren Zusammenstößen mit der Linken und den PalästinenserInnen stoßen - zu der selben Art Lösung, zu der König Hussein [in Jordanien] im „Schwarzen September“ (1970) griff, als er die palästinensischen Guerillas in Jordanien vernichtet. Solch eine Entwicklung würde ein Massaker von viel größeren Ausmaßen als in Jordanien erzeugen wegen der engen Verbindung zwischen den PalästinenserInnen und der libanesischen Arbeiterbewegung und der Größe ihre vereinigten militärischen Kräfte.

Mit ihrer üblichen „revolutionären“ Rhetorik konnten reaktionäre Regime wie Libyen und der Irak Syrien als den jüngsten Verräter an der arabischen Sache brandmarken, und ähnlich bekamen die ägyptischen und saudi-arabischen Führer die Mittel, sich von Opposition gegen die libanesische Linke zu Unterstützung für sie und ihre palästinensischen Verbündeten - in Worten - zu manövrieren.

Isolation

Keines dieser Regime hat in der Vergangenheit die Kämpfe der arabischen ArbeiterInnen und BäuerInnen unterstützt, aber sie nutzen jetzt Syriens Verwicklung zur Einführung von Wirtschaftssanktionen

aus. Das „sozialistische“ Syrien steckte dem Nahen Osten der Großgrundbesitzer und Kapitalisten schon lange im Hals. Saudi-Arabien und die anderen Golfstaaten haben Syrien Kredite und Zuwendungen gestrichen. Irak hat die Ölzufuhr der transsyrischen Pipeline unterbrochen

„und ihm einen Verlust von schätzungsweise zwischen 700 und 900 Millionen Pfund zugefügt. Ausgesprochene Zuwendungen und Kredite machen etwa die Hälfte des normalen Haushalts und annähernd ¼ des syrischen Investitionskapitals aus ... zwischen 400.000 und 500.000 libanesische Flüchtlinge in Syrien haben geholfen, eine schon akute Wohnungsknappheit noch schlimmer zu machen. Die Inflation ist hoch und Waren, die Damaskus gewöhnlich aus dem Libanon kauft, wie Obst, Gemüse, Ersatzteile, Luxus- und Halb-Luxusgüter sind knapp.“ (Le Monde, 4. 6. 1976)

Die syrische Intervention war von Anfang an eine Katastrophe. Sie dehnte keineswegs die Errungenschaften der syrischen Revolution auf den Libanon aus, sondern hat Syrien isoliert und die Grundlage der staatlichen Planwirtschaft geschwächt.

Für den Imperialismus gibt es so wenig wie für die syrische Bürokratie eine Lösung. „Veränderte Bedingungen im Nahen Osten haben eine Intervention durch die USA und andere westliche Mächte praktisch unmöglich gemacht.“ (Financial Times, 3. 3. 1976)

Die wichtigsten Zutat für eine sozialistische Revolution - eine sozialistische Führung - fehlte die ganze Zeit. Das Programm von Kamal Dschumblatt und der libanesischen Linken war die ganze Zeit auf rein demokratische Forderungen beschränkt - für eine Säkularisierung von Staat und Regierung. Ein libanesischer „Linker“, der das Programm der Linken in der „Times“ (5. 5. 1976) verteidigte plapperte aus, dass „es nichts über Sozialismus oder Verstaatlichung sagt“. Der amerikanische Botschaft, der sich auch auf das „Programm für demokratische Reform“ bezog, sagte, dass es im US-Kontext als „ultrakonservativ“ betrachtet würde. Der Generalsekretär der libanesischen „kommunistischen“ Partei erklärte: „Die Hauptsache für uns ist jetzt die Verteidigung der territorialen Integrität und nationalen Unabhängigkeit des Libanon, die von den Syrern verletzt wurden. Libanons innere Krise sollte von den Libanesen selbst gelöst werden. Wir sind bereit, mit allen unseren Gegnern zu reden, auch den Phalangisten, denn der Patriotismus ist kein Monopol der Linken.“

Angesichts der Stärke der libanesischen Arbeiterbewegung ist es klar, dass die syrische Bürokratie und der Imperialismus sie nicht wegen, sondern trotz ihrer Führung fürchten.

Auch aus den Reihen der palästinensischen Führer kam keine sozialistische Führung. Jassir Arafat hat seine Stellung nie auf eine politische Kampagne gestützt, noch weniger auf eine sozialistische. Seine Methode war immer das Manövrieren zwischen den arabischen

Mächten, das Kriechen mal vor diesem mal vor jenem, das Ausspielen des einen gegen den anderen. Jetzt schwankt Arafat zwischen bitteren Anprangerungen der syrischen Regierung und geheimen Verhandlungen mit ihr, was die Bewegung, die er „führt“, politisch lähmt.

Die schwache Führung der palästinensischen Bewegung und der libanesischen Linken hat dazu beigetragen, dem libanesischen Bürgerkrieg einen sektiererischen Charakter zu geben. Die Linke hat es nicht geschafft, sich von der rein „moslemischen“ Bewegung abzugrenzen, und die Beschränkung auf rein demokratische Forderungen hat sie von der möglichen Unterstützung durch arme maronitische ChristInnen abgeschnitten, die statt dessen in die Arme der Phalangisten getrieben wurden.

Die libanesischen Linke enthält zwar Elemente aller Religionsgruppen, aber die Teilung des Libanon ist eine Tatsache, die auf religiösen und nicht nur auf militärischen Grenzen beruht. Weder die christliche Enklave noch der Rest des Li-

banon sind wirtschaftlich gangbar und je länger die Teilung andauert, desto mehr wird sie einen religiösen Charakter annehmen.

Wie im Fall von Israel und Palästina werden moslemische Flüchtlingslager im Süden und maronitische Flüchtlingslager im Norden die Brutstätte für Terror und Gegenterror sein. Die Frage der Teilung des Libanon wird von den Klassenfragen auf beiden Seiten der Spaltung ablenken.

Sozialistische Führung

Es gibt keine Notwendigkeit, den früher im „Militant“ vorgebrachten Vorschlag zu ändern:

Eine sozialistische Bewegung auf Klassengrundlagen ist die einzige Kraft, die fähig ist, die tiefe religiöse Spaltung im Libanon zu überwinden. Eine Bewegung, die ihre Politik auf die Verstaatlichung der ganzen Industrie, der Banken und die Enteignung der Großgrundbesitzer stützt - nur so eine Bewegung kann die Furcht und das Sektierertum der ArbeiterInnen und

BäuerInnen überwinden, indem sie ihnen einen Ausweg aus dem Kreislauf von Armut und Unsicherheit anbietet, aus dem sich das Sektierertum nährt.

Man könnte hinzufügen, dass so eine sozialistische Führung auch ein Mittel wäre, um an die syrischen ArbeiterInnen und BäuerInnen - auch die in Uniform - zu appellieren und die Stellung der schmarotzerhaften Militärclique in Damaskus zu untergraben.

Im Nahen Osten insgesamt wurden 1974 16 Prozent des Bruttoerzeugnisses für Waffen ausgegeben. Zweifellos ist die Zahl für 1976 höher. Dieser Umstand allein zeigt, dass eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens beginnen könnte, die Probleme von Nationalität, Religion und Armut zu lösen.

Für alle Nationalitäten der Region - Jüdinnen, MoslemInnen und ChristInnen, PalästinenserInnen und LibanesInnen - kann es auf kapitalistischer Grundlage nur mehr Kriege, größere Unsicherheit und Härten geben.

Bob Labi: Israel fällt im Libanon ein. Arabische und jüdische ArbeiterInnen haben den Schlüssel zur Lösung in der Hand (April 1978)

Der Nahe Osten wurde erneut in den Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt gestoßen. AraberInnen töten Jüdinnen und Jüdinnen töten AraberInnen. Der Auslöser für dieses jüngste Kapitel in der blutigen Saga des Nahen Ostens war der wahnsinnige Angriff, den eine palästinensische Terrorgruppe am 11. März in Israel unternahm. Auf völlig wahllose Weise wurden israelische ZivilistInnen ermordet, angefangen mit einem jungen amerikanischen Touristen, den die Gruppe bei seiner Landung in Israel traf. In einer blutigen Raserei wurden 34 Leute getötet, einschließlich der meisten PalästinenserInnen, und viele weitere verwundet.

Egal welche legitimen Beschwerden und schrecklichen Leiden die palästinensischen ArbeiterInnen und BäuerInnen haben, nichts kann diese wahllosen Methoden von individuellem Terrorismus rechtfertigen. Die Welt, einschließlich der Arbeiterbewegung, war entsetzt und empört. Obendrein war dieser Anschlag nur der Vorwand, den die rechte israelische Regierung unter der Führung von Begin brauchte, um einen Einmarsch im Südlibanon zu beginnen - um den palästinensischen Guerillas „die Waffen abzuschneiden“. Der Einmarsch und die Bombardierung palästinensischer und libanesischer Städte und Dörfer ist ebenfalls entsetzlich und hat natürlich zu größerem Elend und vielen weiteren Opfern geführt.

Verheerung

Schätzungsweise 170.000 ZivilistInnen wurden aus ihren Heimen im Südlibanon vertrieben. Hunderte, einschließlich

Frauen und Kinder, starben unter dem Bomben- und Geschosshagel, der auf sie herabregnete. Das große Meer des Elends des libanesischen Volkes hat sich verbreitert und vertieft. In Beirut waren die jüngsten Schießereien nicht zwischen Christen und Moslems, sondern zwischen vertriebenen Flüchtlingen und Hauseigentümern, die bewaffnete Wachen zur Verteidigung ihrer leerstehenden Wohnungen eingesetzt haben!

Begin hat versucht, die Invasion mit Israels Bedürfnis nach einer „Sechsmilen-Sicherheitszone“ zu rechtfertigen; aber es gibt wenig Zweifel, dass er dies als Deckmantel für die Annexion des ganzen Südlibanon bis zum Litani-Fluss beabsichtigt, um dadurch die Grenze des „biblischen Israel“ wiederherzustellen. Aber der amerikanische Imperialismus hat andere Vorstellungen. Er fürchtet, dass die fortgesetzte Besetzung des Libanon zusammen mit der Unnachgiebigkeit von Begin bezüglich der Westbank Sadats „Friedensinitiativ“ torpedieren würde. Dies wiederum könnte zum Sturz der prokapitalistischen, amerikafreundlichen Sadat-Regierung führen - und einem weiteren Nahostkrieg.

Ägypten hat als Ergebnis der Rechtsverschiebung von Sadats Regime Probleme von abtraumhaften Ausmaßen aufgehäuft. 1976 betrug die Auslandsschulden des Landes 12,2 Milliarden Dollar, fast zehnmal so viel wie die Warenexporte! Dies beläuft sich auf 302 Dollar pro Kopf, mehr als das durchschnittliche ägyptische Jahreseinkommen! Selbst der

[Militant, 7. April 1978]
rechte „Sunday Telegraph“ (19 Februar) berichtete kürzlich über die „Existenz am Existenzminimum für Millionen und die Cadillacs und Mercedes der Reichen und die Tausenden Kairoer, die auf dem alten Kairoer Friedhof kampieren.“ Mehr als 25 Prozent des ägyptischen Bruttoerzeugnisses wird für Rüstung ausgegeben. Die Bitternis und Wut der ägyptischen Massen brach in den Krawallen im Januar 1977 aus, dem größten Aufruhr seit 25 Jahren im Land.

Furcht

Dies sind die Faktoren, die Sadat zu seinem „Friedens“poker mit Israel drängten. Zweifellos rechnete er, dass wenn ein Separatfrieden mit der israelischen herrschenden Klasse gemacht werden könnte, das Kürzungen bei den Rüstungsausgaben ermöglichen würde, die zusammen mit Hilfe durch den amerikanischen Imperialismus ein paar von Ägyptens Problemen lösen würden.

Die Carter-Regierung befürwortete so ein Abkommen als Mittel, einen neuen Flächenbrand in der ganzen Region mit allen Gefahren, die er mit sich bringt, zu vermeiden. Ein weiterer Nahostkrieg und eine Niederlage für die Araber könnte zu weiteren massiven Ölpreiserhöhungen führen, die dem Weltkapitalismus und besonders dem amerikanischen Imperialismus, der jetzt sehr von Nahostöl abhängig ist, einen schweren Schlag versetzen würden. Carter hoffte auch, dass ein Sonderabkommen zwischen Ägypten und Israel die radikalen arabischen Regime

isolieren würde, besonders den deformierten Arbeiterstaat Syrien.

Dies wiederum könnte den Boden bereiten für eine Art Militäraktion und mögliche Niederlage für die syrische Revolution und die Gefahr der Revolution in der ganzen Region.

Letztlich ist Angst vor der Revolution das Leitprinzip der Carter-Regierung und der arabischen und israelischen herrschenden Klassen. Dies wurde kürzlich in einem Artikel in der „Washington Post“ von Stephen Rosenfeld ausgesprochen (nachgedruckt im „Guardian Weekly“ vom 15. Januar):

„Der Aufhänger ist die Revolution: die zugrunde liegende Furcht ist, dass Anwar Sadat oder Jordaniens König Hussein oder Saudi-Arabiens König Khaled, von denen jeder auf seine Weise „gemäßigt“ ist, auf einem sozialen Vulkan sitzen und von den „Radikalen“ gesprengt werden könnte ... Der arabisch-israelische Konflikt war für die Araber sehr real. Aber gleichzeitig ließ er sich als ein Stück politisches Theater behandeln, das von den Eliten aufgeführt wurde, um die Massen von den Bedingungen der Rückständigkeit abzulenken ... die palästinensische Bewegung stellt nicht nur die Erfüllung der nationalen Revolution sondern auch die Gefahr der sozialen Revolution dar.“

Aber im Gefolge von Sadats Friedensmanöver hat Carter erlebt, dass die Begin-Regierung die Möglichkeit eines Sonderfriedens untergrub, indem sie sich weigerte, auch nur die kleineren und völlig kosmetischen Zugeständnisse zu machen, die von Sadat gefordert wurden. So enthielten die von Begin angebotenen „Zugeständnisse“ „Autonomie“ oder „Selbstverwaltung“ für die Westbank, wobei aber die Polizeigewalt (das heißt die wirkliche Macht) in den Händen der Israelis wäre. Die PalästinenserInnen verurteilten dies als Versuch zur Errichtung von „Bantustans“ in der Region. Obendrein sollte die Kolonisierung von arabischem Land durch jüdische „Siedlungen“ weitergehen, nicht nur in der Westbank, sondern auch im Sinai, nachdem das Gebiet den Ägyptern „zurückgegeben“ ist! Carter wollte den PalästinenserInnen irgendein „Selbstbestimmungsrecht“ zugestehen, ohne die Idee einer palästinensischen „Heimstätte“ zu unterstützen. Die Begin-Regierung lehnte selbst diese Minimal- und weitgehend verbalen Zugeständnisse ab. Aber durch die Einnahme dieser Haltung gefährdeten sie die Interessen des amerikanischen Imperialismus: der Sturz von Sadat als Ergebnis israelischer Unnachgiebigkeit würde eine

Linksverschiebung und den Beginn von Vorbereitungen für einen neuen Nahostkrieg darstellen.

Carter hat folglich die Peitsche geschwungen, wie es Eisenhower 1957 machte, als er darauf bestand, dass sich sein Klientenstaat Israel vom Sinai und Gazastreifen zurückziehe. Obendrein sagte sein Berater Brzezinski brutal dem israelischen Außenminister Dajan, dass Begin entfernt werden müsse! Unter dem Deckmantel der Vereinten Nationen hat Carter die Israelis angewiesen, sich aus dem Libanon zurückzuziehen.

Änderung

Inzwischen haben die Medien in Britannien und Amerika begonnen, ihre Linie zu ändern. Jahrzehntlang wurde die israelische herrschende Klasse fast so weiß wie frisch gefallener Schnee gemalt und die AraberInnen im schwärzesten Schwarz. Jetzt spiegeln sich die Verbrechen der israelischen Kapitalisten und die Leiden der AraberInnen in den Medien wider. Dies hat nichts mit humanitären Erwägungen oder den Interessen der jüdischen und arabischen Massen zu tun. Es sind die nackten Interessen der Kapitalisten, die die Politik des Imperialismus in der Region bestimmt haben. Die russische Bürokratie ist auch nicht fähig, einen Weg aus der blutigen Sackgasse zu zeigen, in der sich die Region befindet.

Diplomatische Kuhhändler können keinen Ausweg für den Nahen Osten zeigen. Die israelische Mittelschicht wird nicht bereitwillig einem getrennten Palästinenserstaat zustimmen, von dem sie zu recht fürchtet, dass er ein radikales Regime und eine Ansteckungsquelle für die ganze Region wird. Aus den selben Gründen lehnt Carter jetzt auch einen solchen Staat ab. Aber die verarmten palästinensischen ArbeiterInnen und BäuerInnen und ihre arabische Brüder [und Schwestern] werden nicht mit bloßen Zugeständnissen in Worten zufrieden sein. Daher ist auf kapitalistischer Grundlage die Bühne frei für einen endlosen und blutigen Konflikt in der ganzen Region.

Terroristische Anschläge werden den israelischen Staat nicht erschüttern. Im Gegenteil werden sie die israelischen ArbeiterInnen und BäuerInnen zurück in die Arme ihrer eigenen schlimmsten Feinde treiben, der israelischen Kapitalisten.

Aber die israelische Arbeiterklasse und die ägyptische Arbeiterklasse sind zusammen potenziell die beiden wichtigsten

Kräfte für die sozialistische Umgestaltung der Region. Im vergangenen Jahren haben eine massive Protestbewegung und Streiks die Begin-Regierung erschüttert, die ein brutales rechtes Programm von Angriffen auf die Löhne, Sozialleistungen und Lebensbedingungen begonnen hat. Die Regierung hat massive Kürzungen bei Subventionen für Nahrungsmittel und Dienstleistungen durchgeführt. Dies hat der Inflation zusätzlichen Schwung gegeben, die jetzt bei über 40 Prozent liegt und hat zu einer Streikwelle geführt. An den letzten Streiks nahmen unter anderem die Seeleute und Postbeschäftigten teil.

Gleichzeitig gibt es zweifellos Friedenssehnsucht auf Seiten des israelischen Volkes, ebenso wie unter den arabischen Massen. Eine wachsende Flut von Opposition ist auf die Weigerung der Begin-Regierung gefolgt, den PalästinenserInnen auch nur Pseudo-Zugeständnisse zu machen, und auf die Fortsetzung der Besiedlung der Westbank. Die „Times“ berichtete (8. März):

„Dreihundert israelische Reserveoffiziere und Soldaten in Fronttruppen haben an Herrn Begin geschrieben und die Siedlungspolitik der Regierung und ihre ideologische Festlegung auf den Besitz des ganzen biblischen Israel scharf kritisiert ... die es uns schwer machen wird, uns mit dem Weg des Staates zu identifizieren.“

Lösung

Diese Entwicklungen könnten in einer Klassenbewegung gipfeln, die den arabischen ArbeiterInnen und BäuerInnen die Freundschaftshand reichen würde. Aber Akte von individuellem Terrorismus und militärische Überfälle auf Israel werden solch eine Entwicklung zweifellos durchkreuzen und sie zurückwerfen. Eine Sache ist klar: der Schlüssel zu den Problemen im Nahen Osten liegt in den Händen der arabischen und israelischen ArbeiterInnen und BäuerInnen. Nur diese Kraft kann eine sozialistische Föderation für die Region schaffen - die zweifellos offen für die Möglichkeit eines jüdischen Staates und eines palästinensischen Staates wäre, wenn die palästinensischen Massen das wünschen würden. Mit den ungeheuren Ressourcen, die ihr zur Verfügung stünden, würde eine sozialistische Föderation die Kriegsgefahr beseitigen, die JüdInnen und AraberInnen vereinigen und zum wechselseitigen Nutzen der Völker der Region buchstäblich die Wüste zum Blühen bringen.

John Pickard: Nahostkrise (Dezember 1978)

Die diplomatischen Manöver zwischen den imperialistischen Mächten und den Staaten des Nahen Ostens haben jetzt auf der Suche nach einer Friedenslösung ein wahnsinniges Aktivitätsniveau erreicht. Die langsame „Schritt-für-Schritt“-Diplomatie der Kissinger-Periode wurde beiseite geschoben, während Amerika,

Ägypten und Israel verzweifelt handeln und feilschen, um die größten Gewinne zu machen, während sie gleichzeitig vor der absoluten Notwendigkeit einer „Friedensvereinbarung“ stehen. Aber es war das soziale und politische Klima in ihren eigenen Ländern, das sowohl Sadat als auch Begin in den Konferenzraum kata-

[Militant International Review, Nr. 16, Winter 1978-79, S. 8-15]

pultiert hat, nicht ihr angeblicher „staatsmännischer Charakter“. Alle Nahostmächte und der Imperialismus schauen mit Furcht auf die Möglichkeit eines neuen Krieges.

Schwäche des Imperialismus

In all diesen Verhandlungen war es die amerikanische Regierung, die die Rolle

des „ehrlichen Maklers“ gespielt hat, der die Rivalen zusammen bringt und seine eigene Autorität und seinen Einfluss nutzt, um Zugeständnisse zu erreichen, wie sie es schon seit 1970 gemacht hat, als der „Rogersplan“ von den USA aufgestellt wurde. Aber wenn man die angeblichen persönlichen Eigenschaften von Begin, Sadat, Carter und dem Rest weglässt, gibt es viel wichtigere und drängendere Gründe, warum die Mächtigenfriedensstifter in den letzten zwei Jahren oder so sich so schnell bewegt haben. Wie wir vor zwei Jahren sagten:

„Die diplomatischen Manöver der Großmächte und die scheinbare Wendung zur Diplomatie sind ein Versuch, eine ständige Übereinkunft bezüglich der Frage von Israel und den PalästinenserInnen zu bekommen ... sie wurden aber von keinen grundlegenden Sinneswandel auf Seiten der betroffenen Regierungen herbeigeführt, sondern in jedem Fall durch eine Furcht vor den sozialen Unruhen, die durch einen weiteren Krieg erzeugt würden. In den Hauptländern des Nahen Ostens: Libanon, Jordanien, Ägypten und Israel haben die aufgehäuften Widersprüche vergrößerte Ausmaße erreicht. Ein zusätzlicher Grund für die fieberhafte diplomatische Tätigkeit ist die immer mehr schrumpfende strategische Macht des Imperialismus, besonders der USA.“ (Militant, 16. 1. 1976)

Vor allem sind die betreffenden Mächte besorgt, die Stabilität in der Region zu bewahren. In den vergangenen fünf Jahren hat der Imperialismus mehrere Meilensteine auf dem Weg seines geschichtlichen Niedergangs und seiner Schwächung passiert, vor allem die Ölkrise 1973, die Niederlage in Südostasien 1974 und die weltweite Rezession im Jahr danach. Die Möglichkeiten einer direkten militärischen Intervention in der ganzen kolonialen und exkolonialen Welt sind viel begrenzter als in den fünfziger und sechziger Jahren - und in vielen Fällen gar nicht vorhanden. Der Krieg im Nahen Osten im Oktober 1973 zeigte unzweideutig die wachsende Abhängigkeit des Imperialismus vom arabischen Öl. Die USA, die 1973 bei zehn Prozent ihres Öls vom Nahen Osten und Nordafrika abhängen, werden 1980 mit 40 Prozent ihrer Bedürfnisse von der Region abhängen; schon liefert Saudi-Arabien allein ein Zehntel ihres Öls.

Wie die Geschichte bei vielen vergangenen Gelegenheiten gezeigt hat, sind Kriege die Hebammen von Revolutionen und die Unterbrechung der Öllieferungen 1973, denen die sozialen Krisen im Libanon und in Ägypten folgten, sind nichts im Vergleich zu dem, was in der Zukunft passieren wird, wenn es einen weiteren umfassenden Krieg im Nahen Osten geben wird. Der Imperialismus hat mächtige Militärmaschinen zur Verfügung des Schahs des Irans und des Saudi-Arabischen Königs aufgebaut, den beiden „Polizisten“ der Region. Ohne Zweifel hoffen die USA auch, Ägypten, den größten und mächtigsten der arabischen Staaten in die iranisch-saudische „Achse“ gegen die

soziale Revolution zu ziehen. Die revolutionären Ereignisse in Syrien 1965-66 und kürzlicher in Äthiopien führten zum Sturz von Kapitalismus und Großgrundbesitz in jenen Ländern, wenn auch auf der Grundlage bürokratisch-bonapartistischer Militärregierungen, und diese Regierungen waren schwere Schläge für den Imperialismus. Die soziale Revolution hat schon begonnen, sich im Iran selbst zu entfalten, trotz dem Waffenarsenal, das das Schahregime in den Händen hat; aber Carter wird keine Sehnsucht haben, die Lage zu verschlechtern, indem er der Gefahr eines weiteren arabisch-israelischen Krieges den Rücken zuwendet.

In diesem breiten Rahmen war die amerikanische Regierung gezwungen, ihre diplomatische Stellung zu den Nahostfragen zu ändern. Israel hätte ohne die ungeheure finanzielle Unterstützung des Imperialismus nicht entstehen und sich so entwickeln können, wie es das hat. 1977 wurde der israelische Finanzminister mit den Worten zitiert:

„Seit seiner Schaffung profitierte Israel von einem Nettoimport von Kapital, der sich auf 35,1 Milliarden Dollar belief. Etwa 43 Prozent dieser Summe kam von jüdischen Quellen in Form von Spenden, Krediten, Kapitalinvestitionen und Kapitaltransfers durch Zuwanderer. Der Rest bestand aus Entschädigungen, Reparationen und Hilfe in Form von Zuwendungen von der deutschen Regierung im Umfang von 4,7 Milliarden Dollar und Zuschüssen aus den USA im Umfang von 8,2 Milliarden Dollar, die auf dem internationalen Geldmarkt aufgebracht wurden.“

Nach dem Krieg vom Oktober 1973 erreichte die US-Hilfe das Niveau von 2 Milliarden Dollar im Jahr, von denen etwa die Hälfte aus Militärlieferungen bestand. Im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße gibt es keine Parallele irgendwo in der Welt, was die militärische und allgemeine Hilfe betrifft, die für Israel verschwendet wird. Selbst Begin wurde kürzlich mit den Worten zitiert: „Heute sind wir selbst für unser Frühstück von Hilfe aus Übersee abhängig“. Der moderne Staat Israel verdankt sein Bestehen dem Imperialismus. Aber die riesigen Zuschüsse und Kredite wurden nicht aus rein menschenfreundlichen Motiven gegeben. Milton Friedman sagte in einer Rede in Israel, dass amerikanische Hilfe ihren Wert „darin hatte, dass Amerika eine Festung im Nahen Osten bekam.“ Die militärische und diplomatische Stärke Israels und selbst die bloße Existenz des Staats wurde ein Bollwerk gegen die arabische Revolution. Aber was immer ihre Interessen in der Vergangenheit gewesen sind, **die USA sind heute nicht mehr bereit, unter Ausschluss aller anderen Interessen die finanzielle und militärische Stütze Israels zu sein und sind in der besten Lage Druck auszuüben und sie versuchen, Zugeständnisse und ein Friedensabkommen zu erzwingen, das für die arabischen Regime akzeptabel wäre.** Der jüngste Verkauf von Kampfjets an Israel wurde zum ersten Mal unter der Bedin-

gung des Verkaufs eines ähnlichen Flugzeugs an Saudi-Arabien und Ägypten gemacht und das war mehr als alles andere als öffentliche Geste des neuen Aussehens der Politik des Weißen Hauses gedacht. Wie in den Ereignissen im Krieg 1973 klar sichtbar war, sind die USA nicht bereit, eine militärische Niederlage des Staats Israel zuzulassen - dies wäre die schlimmste mögliche diplomatische und politische Katastrophe -, aber sie sind auch nicht bereit, die fortgesetzte Demütigung der arabischen Regierungen auf dem militärischen und diplomatischen Gebiet zuzulassen.

Ägypten

Nicht die geringste unter Carters Sorgen im Nahen Osten ist die wirtschaftliche und politische Instabilität Ägyptens. Die brodelnde Unzufriedenheit, die besteht, kam im Januar 1977 mit den größten Antiregierungstreiks und -krawallen seit dem Sturz von König Faruk 1952 an die Oberfläche. Alle größeren Städten Ägyptens waren durch die Bewegung gelähmt, die durch die Streichung von Regierungssubventionen für Grundnahrungsmittel ausgelöst wurde. Industrie und Kommunikation wurden in großem Umfang unterbrochen und in den Vororten wurden ein paar Eisenbahnlinien ausgerissen. Kommentatoren in Ägypten stellten damals die Ähnlichkeit der Bewegung im Januar 1977 mit der im Januar 1952 fest; tatsächlich waren es in beiden Fällen oft die selben Kasinos, die niedergebrannt wurden, und die selben Polizeikasernen, die angegriffen wurden. Sadat war so entsetzt über das Ausmaß der Opposition, dass er die Nahrungsmittelsubventionen innerhalb von Stunden wieder einführte und den Finanzminister als Sündenbock feuerte. Selbst dann dauerte es noch Tage, bis die Armee (und nicht die politisch unzuverlässige Polizei) die Ordnung wieder herstellen konnte.

Aber die Probleme der ägyptischen Wirtschaft sind schwer in den Griff zu kriegen. Das Regime von Nasser in den fünfziger und sechziger Jahren benutzte die Massenunterstützung der Arbeiterklasse und Bauernschaft, um die schlimmsten Exzesse des ägyptischen Kapitalismus und Großgrundbesitzes zu begrenzen. Während dieser Periode fanden größere Verstaatlichungen statt. Aber Nasser schwächte den Kapitalismus, ohne ihn zu zerstören, und jetzt hat unter Anwar Sadat das Regime Politiken übernommen, die den kapitalistischen Interessen günstig sind und unter amerikanischer Vormundschaft der internationalen Politik folgen. Die sogenannte Politik der „offenen Tür“ unter Sadat sollte Ägypten für Auslandsinvestitionen öffnen und unter Sadat ein „Wirtschaftswunder“ nach dem Vorbild von Brasilien und Iran schaffen. Tatsächlich hat die Politik der „offenen Tür“ Reichtum und Verschwendung in einem Ausmaß geschaffen, wie es das nicht mal in der Faruk-Ära gab - aber in wenigen Händen konzentriert. Der meiste

Zustrom von Auslandskapital ging in den Hotelbau und Grundstücksinvestitionen und sollte schnell Gewinn bringen.

Für westliche Geschäftsleute bleibt Ägypten langfristig ein riskantes Gebiet. Das Außenhandelsdefizit hat sich Jahr für Jahr der Politik der „offenen Tür“ erhöht und hat jetzt die Summe von 2.350 Millionen Dollar (Schätzung für 1978). Die gesamte internationale Schuld ist etwa 14 oder 15 Milliarden Dollar, einschließlich Schulden für Waffenkäufe von 7 Milliarden Dollar. Die Kredite, die Ägypten international erhält, sind gerade mal genug, um die Rückzahlung für die alten Kredite abzudecken. Die riesige Wirtschaftskrise wird den ägyptischen ArbeiterInnen und BäuerInnen aufgebürdet. Während ein Wohlstand neuen Stils bei den Oberschichten der Gesellschaft Einzug hält, wird die Armut und Unsicherheit der Massen nur schlimmer und Sadat muss sich sehr bewusst sein, dass Vulkane die Angewohnheit haben, auszubrechen und manchmal regelrecht zu explodieren.

Sadat hat lange einen politischen Drahtseilakt gemacht und weiß, dass er es nicht für immer machen kann. Die Januarkrawalle waren eine Warnung. Die Kosten für die Beibehaltung einer großen stehenden Armee waren die größte Einzelbelastung für die ägyptische Wirtschaft und Sadat hat klar gerechnet, dass die sozialen Folgen eines neuen Kampfes zu groß wären. Ein neuer Krieg würde nicht nur in einer sicheren militärischen Niederlage enden (anders als Israel hat sich Ägypten von den militärischen Verlusten von 1973 nicht erholt), sondern auch die Existenz des Regimes selbst wäre bedroht. Wie das Debakel von 1948-49 zur Revolution von 1952 führte, so gefährdet ein neuer Nahostkrieg Sadats Herrschaft und die Herrschaft des ägyptischen Kapitalismus. Selbst ein „Gentlemanputsch“ durch die Spitzen der Streitkräfte könnte im Gefolge eine Bewegung der ArbeiterInnen, Soldaten und BäuerInnen auslösen, die wie in Äthiopien soziale Veränderungen erzwingen könnte, die weit über das von ihren ursprünglichen Veranstaltern Vorgestellte hinausgehen könnte.

Das Regime war schon gezwungen, Zickzacks zu machen, um die wachsende politische Opposition zu ersticken und aufzulösen. Die 1976 geschaffene neue Volksversammlung sollte ein harmloses Sicherheitsventil und ein „demokratisches“ Aushängeschild für Sadat sein. Zum Unglück für ihn entwickelte sich bald wirkliche Opposition in dem liberalen politischen Klima und Abgeordnete wagten sogar, die Regierung zu kritisieren. Eine linke Oppositionszeitung wurde veröffentlicht und bekam schnell Hunderttausende LeserInnen. Die linke Nationale Fortschrittliche Partei behauptete, 160.000 Mitglieder zu haben. Auf der Rechten kamen die alten Paschas der Zwischenkriegsjahre zusammen, um die alte Wafd-Partei wiederzuschaffen, was die Opposition gegen die Regierung auf Seiten der

offen kapitalistischen Schichten widerspiegelte, die mehr Profite, mehr Unternehmensanreize, Kürzungen bei Regierungsausgaben etc. forderten.

Das Wachstum der Opposition wurde für die Sadat-Regierung unerträglich und nach einem durchgepeitschten Referendum wurden neue Maßnahmen zur Beschränkung der politischen und Pressefreiheit eingeführt, die Monate vorher zugestanden worden waren. Die ägyptische Regierung kann sich nicht zurücklehnen und zuschauen wie die Opposition vor ihren Augen wächst, hat aber gleichzeitig nicht die gesellschaftlichen Reserven und die Stärke, um die Opposition völlig zu zerschlagen - und so wandert Sadat wie ein benommener Mensch von einem Notbehelf zum nächsten, sowohl in der Innen- als auch Außenpolitik, und sucht nach einem Wundermittel, um sich und sein System zu retten.

Sadats Dilemma

Sadats eigene gefährdete Stellung und keine persönlichen Eigenschaften haben ihn getrieben, ein Abkommen mit Israel zu suchen. Er hat wenigstens eine Ahnung vom geänderten internationalen Kräfteverhältnis und er muss hoffen, Amerikas Dilemma auszunutzen, um Zugeständnisse von Israel herauszupressen. Das Problem von Sadat ist, dass je mehr er verspricht und je weniger er tatsächlich erreicht, desto verzweifelter seine Lage wird:

„Sadats Besuch in Jerusalem hat keine neuen Faktoren in die Lage eingeführt, aber es kann keinen Zweifel geben, dass er die sozialen Entwicklungen in Ägypten und in Israel und möglicherweise anderswo beschleunigt hat.“ (Militant, 7. 12. 1977)

Die anderen einundzwanzig arabischen Staaten haben alle zumindest in Worten jedes getrennte ägyptisch-israelische Friedensabkommen abgelehnt und die ölreichen Staaten haben Wirtschaftssanktionen gegen Ägypten angedroht. Aber welche Alternativen gibt es für Sadat? Wenn er sich jetzt aus den Friedensverhandlungen zurückziehen würde, würde es bedeuten, ein völliges Scheitern seiner Friedensinitiative und der ganzen Politik der US-Vormundschaft zuzugeben. Es würde fast sicher einen neuen Krieg bedeuten - und einen, den Ägypten sehr verlieren würde. Obwohl ihm der Hass der in Opposition zu ihm stehenden arabischen Staaten droht, kann Sadat keinen Weg einschlagen, der zu sicherer militärischer Niederlage und fast gewiss zu seinem eigenen Sturz führen wird, von der Bedrohung für den ägyptischen Kapitalismus selbst ganz zu schweigen. Sadat hat schon gesehen, wie amerikanischer Druck Israel zwang, den Sinai zurückzugeben und er feilscht jetzt um ägyptische Hoheit über den Gazastreifen - wobei er bedeutsamer Weise die Westbank künftigen Verhandlungen überlässt. Sadat muss darauf rechnen, dass die Rückgabe dieser Gebiete an Ägypten neben amerikanischer Hilfe und dem Triumph des

Friedensabkommens selbst den dringend benötigten Schub für die absackende Wirtschaft und die Stabilität des seines Regimes geben wird. Für Sadats eigene Interessen ist das wahrscheinlichste Ergebnis die Unterzeichnung eines Separatfriedensabkommens, das vielleicht zu ausgedehnten Handels- und diplomatischen Bindungen an Israel führt. Das Zeichen des Verrats an den palästinensischen ArbeiterInnen und BäuerInnen zu tragen, bedeutet nichts für Sadat, wenn er sieht, was er durch einen weiteren Krieg verlieren würde, wenn er die explosiven Ereignisse in Teheran sieht ... und an Kairo denkt. Die selben Überlegungen werden die Opposition der ölreichen Staaten abmildern. König Khaled und die anderen reaktionären Führer der Golfstaaten haben genauso viel oder mehr zu verlieren als Sadat, wenn ein neuer Nahostkrieg stattfinden würde, dem unausweichlich frische soziale Unruhe folgen würde. Der Verlust der „heiligen Stadt“ Jerusalem ist in der Tat wenig im Vergleich zum möglichen Verlust eines Königreichs. Ohne ägyptische Unterstützung gibt es wenig Wahrscheinlichkeit eines neuen arabischen Krieges gegen Israel, aber ein Sonderfriede wird kein ständiger Friede sein. Die inneren Probleme des ägyptischen Regimes werden nicht über Nacht verschwinden und in der Tat werden die ägyptischen ArbeiterInnen und BäuerInnen „ihren Anteil“ im Friedensabkommen durch verbesserten Lebensstandard fordern. Gleichzeitig wird jede neue Erhebung und Explosion in der arabischen Welt, besonders in Palästina, drohen, auf Ägypten überzuschwapen. Ein Sonderfriedensabkommen wird die sozialen Widersprüche in den Nahoststaaten nicht wegzaubern und so wird die Kriegsdrohung nicht völlig und dauerhaft beseitigt sein

Israels wirtschaftliches Schlamassel

Die sich entwickelnden Klassenwidersprüche in Israel sind nicht weniger bedeutsam als die in Ägypten. Die Wahl von Begin und der Likud-Koalition 1977 waren eine Widerspiegelung einer neuen Verschiebung in der israelischen Politik. Die Wahl wurde in erster Linie von innenpolitischen Fragen beherrscht, besonders von Inflation und Korruption der Arbeiterpartei. Die massive Stimmenverschiebung von der Arbeiterpartei zur Demokratischen Bewegung für Veränderung (DMC, einer damals neuen Partei, die sich seitdem gespalten hat) hat Likud den Wahlsieg gebracht, dessen Stimmenzahl nur wenig anstieg. Die DMC und das Arbeiterpartei-Bündnis standen für territoriale Zugeständnisse an die arabischen Staaten und wenn man diese Frage allein nimmt, waren deutlich über die Hälfte der Stimmen für Zugeständnisse. Begin und seine Partei stellen den extremsten Flügel des Zionismus dar. Begin selbst war in den Jahren vor der Gründung von Israel ein Terroristenführer. Aber trotzdem war es Begin, der als ers-

ter Ministerpräsident von Zugeständnissen und der Aufgabe von Siedlungen geredet hat. Aber Beginns „Zugeständnisse“ und „staatsmännischer Charakter“ haben nicht mehr mit seinen persönlichen Eigenschaften zu tun als bei Sadat: wie sein ägyptisches Gegenstück kann er den eisigen Wind der wirtschaftlichen und sozialen Probleme fühlen und alle Anzeichen deuten auf einen Sturm. Der ungeheure Druck des israelischen Kapitalismus und US-Imperialismus bestimmen Beginns Politik für ihn. Während der siebziger Jahre ist es mit der israelischen Wirtschaft immer schlimmer geworden. Die Inflation war jetzt fünf Jahre in Folge über 30 Prozent und wird dieses Jahr höher sein. Auslandsschulden wurden auf die massive Zahl von 11 Milliarden Dollar aufgehäuft und trotzdem krieht die Wirtschaft weiter und versinkt immer mehr im Morast. Das gesamte Wachstum für 1976 und 1977 war magere 2,6 Prozent. Die Investitionen gingen 1976 um 14 Prozent zurück und 1977 um weitere 5 Prozent. Das jährliche Zahlungsbilanzdefizit ist bei etwa 3 Milliarden Dollar.

Aber die Politik der Likud-Koalition, die offen die Interessen des israelischen Kapitalismus vertritt, wird auf den Schultern der Arbeiterklasse um so schwerer wiegen. Die Maßnahmen der Regierung führten zu den dramatischsten Angriffen auf den Lebensstandard. Im November nach den Wahlen wurde das israelische Pfund um 40 Prozent abgewertet und es gab Kürzungen bei Subventionen für viele wesentliche Güter, wie für Nahrungsmittel. Staatsausgaben wurden einschränkt und es gab eine Zunahme der Arbeitslosigkeit auf über 50.000, wo es traditionell Arbeitskräftemangel gegeben hatte. Die ArbeiterInnen brauchten nicht lange, um zu reagieren. Trotz des bürokratischen Charakters des Gewerkschaftsdachverbandes Histadruth sind viele Teile der ArbeiterInnen an der Lohnfront in den Kampf gezogen. Als die Abwertung angekündigt wurde, organisierte die Histadruth unter dem Druck ihrer Mitglieder sogar eine Protestdemonstration, etwas was in der Vergangenheit unerhört war. Nachdem die Histadruth-Führer mit der Regierung eine Vereinbarung unterschrieben, die den Lohnanstieg „im nationalen Interesse“ auf 15 Prozent beschränkte, wurde für ein paar Monate Arbeitsfriede hergestellt, aber jetzt ist selbst diese Vereinbarung futsch. Die ArbeiterInnen neigten von Anfang an nicht zu einer Einkommenspolitik, die riesige Löcher in ihre Löhne riss, aber letzten Juni mussten sie sich über die Unverschämtheit der Regierung wundern, die den Ministern eine Gehaltserhöhung von 30 Prozent gab und Begin selbst eine von 126 Prozent! gegenwärtig behauptet die Regierung, die Inflation liege bei 35 Prozent, das Schatzamt nennt 37 Prozent, die Histadruth bestreitet beides und behauptet die Rate liege bei 40 Prozent. Vielleicht sind alle Schätzungen zu niedrig. Die „Economic

Intelligence Unit“ weist darauf hin, dass wenn man das durchschnittliche Niveau der Konsumentenpreise von 1976 mit 100 gleichsetzt, dann das Niveau im Juli 1978 bei 201,4 war und im Dezember bei 245 sein wird, eine Durchschnittsrate von etwa 50 Prozent im Jahr! Aber die israelischen ArbeiterInnen werden nicht um ein oder zwei Prozentpunkte streiten, wenn ihre Lebensstandards angegriffen werden. Die Tabelle für wegen Streiks verlorene Arbeitstage zeigt in den letzten paar Jahren eine unmissverständliche Aufwärtskurve und es ist nur eine Frage der Zeit, wenn das Rekordniveau der Streiks übertroffen wird.

Jahr	verlorene Arbeitstage	Streikende und Ausgesperrte	Streiks + Aussparungen	Prozent wegen Löhnen
1973	375.000	122.348		96
1974	51.000	27.141		71
1975	164.000	114.091	117	60
1976	308.214	114.970	123	76

israelische Streikzahlen aus Israeli Statistical Abstracts 1977

In den letzten paar Jahren war fast jeder Bereich der israelischen ArbeiterInnen an Streiks beteiligt. Die ArbeiterInnen fordern jetzt Erhöhungen um 100 Prozent des Anstiegs der Lebenshaltungskosten (statt der üblichen Erhöhung um 70 Prozent) und haben gefordert, dass die Lohnerhöhungen um drei Monate von April auf Januar 1979 vorgezogen werden. Es wurde berichtet, dass der Israelische Ärzteverband die Einrichtung einer eigenen Streikkasse beschloss!

„Die wirtschaftlichen stattfindenden Veränderungen haben die Gewerkschaften zu abgestimmten Aktionen veranlasst, die oft ohne Unterstützung durch die Histadruth Streiks organisierten. Die Histadruth wurde im Verlauf der Jahre faul und wurde ein bürokratischer Wasserkopf. Jetzt wird sie gezwungen, sich zu bewegen und ihre Führer haben begonnen zu erkennen, dass sie ihre Stellung verlieren könnten, wenn sie keine richtige Führung einnehmen.“ („The Middle East, Februar 1978)

Konflikte in Israel

Der gewerkschaftliche Kampf ist auch nicht der einzige Ausdruck des wachsenden Konflikts in Israel. Die israelische arabische Bevölkerung lebt als BürgerInnen zweiter Klasse. Die Gesetze, die Handel, Landeigentum, Bildung und so weiter bestimmen, sind durch und durch mit Vorschriften und Regeln gespickt, die JüdInnen gegenüber NichtjüdInnen begünstigen. Egal welche sozialen und Wohlfahrtsvergleichsmaßstäbe verwendet werden, die arabische Bevölkerung ist auf einem kläglichen zweiten Platz hinter der jüdischen Bevölkerung. Es ist kein Wunder, dass die AraberInnen ihre Stimmen und Wählerstimmen immer mehr für ein arabisches Nationalgefühl eingesetzt haben, da es keine andere wirkliche Opposition gab. Rakah, die Israelische Kommunistische Partei (die sich fast ganz auf die AraberInnen stützt), spiegelt innerhalb

Israels die selbe Politik wider, die außerhalb von der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) vertreten wird. Rakah hatte 1970 nur 11 Prozent der israelisch-arabischen Stimmen, ist jetzt aber auf über 50 Prozent angestiegen und die Wahl von Rakah-Unterstützern zu Bürgermeister und Gemeinderäten in arabischen Städten ist ein kleines Symptom für eine viel heftigere Opposition, die sich in der Zukunft entwickeln wird, besonders in Verbindung mit der Opposition ihrer arabischen Vettern jenseits der „Grenze“ in den nach dem Krieg 1967 besetzten Gebieten.

In Gaza und der Westbank regiert die israelische Regierung weiter durch das Militär, so dass die AraberInnen im täglichen Leben oft auf die Brutalität der Besatzungsarmee stoßen. Seit 1967 wurden jüdische Siedlungen im ganzen Gazastreifen und der Westbank errichtet, die von religiösen Eiferern in der

Regierungsbürokratie und Armee unterstützt werden. Immer wieder haben die arabischen DorfbewohnerInnen gesehen, dass während ihre Ernte wegen Mangel an Dünger und Kapital für Bewässerung eingeht, während ihre Söhne und Töchter anderswo Arbeit suchen müssen, ihr Land für „militärische Zwecke“ eingezäunt wird, nur um dann später auf diese Weise von bewaffneten Siedlern übernommen zu werden. In vielen Fällen haben arabische DorfbewohnerInnen sehr gutes Land und Obstgärten verloren. Es nimmt wenig Wunder, dass die aufgehäuften sozialen Spannungen von Zeit zu Zeit explodieren, wie es 1975 und 1976 geschah. Wenn man Israel und die besetzten Gebiete zusammen nimmt, macht die arabische Bevölkerung unter israelischer Regierung schon 49 Prozent der Gesamtbevölkerung aus und mit jedem Jahr übersteigt die arabische Bevölkerung die jüdische Bevölkerung. Wie anders kann sich die israelische Gesellschaft bei diesen Trends entwickeln als mit sozialen und politischen Erdbeben.

Auch unter den JüdInnen waren die Klassenspaltungen nie größer. Die sogenannten „orientalischen“ JüdInnen (die Sephardim) aus Afrika, Asien, Palästina etc. sind auf der sozialen Leiter unter den europäischen JüdInnen aus Europa und Nordamerika. Auf dem Feld der Wohnungen, Bildung, Beschäftigungsniveaus etc. stehen die Sephardim verhältnismäßig schlechter da. Sie stellen zwar 70 Prozent der israelischen jüdischen Bevölkerung dar, aber weniger als 10 Prozent der Universitätsabsolventen sind sephardischer Herkunft. Die politischen Parteien sind auch durch europäische JüdInnen beherrscht, so dass der einzige Abgeordnete, der beanspruchen kann, die Sephardim zu vertreten, ein Vertreter der Überreste der israelischen „Black Panther“-Gruppe ist, die nach dem Vorbild

der gleichnamigen amerikanischen Schwarzenorganisation von orientalischen JüdInnen geschaffen wurde, aber seitdem fast ganz verschwunden ist. Die Maßnahmen der Likud-Regierung werden die unterprivilegierten orientalischen JüdInnen am härtesten treffen, von denen viele ironischerweise Likud 1977 unterstützten und zweifellos aus den Erfahrungen der letzten zwei Jahr neue Schlussfolgerungen ziehen werden.

Wenn man die verschiedenen Fäden verknüpft, ist es klar, dass es in der israelischen Gesellschaft eine ungeheure und wachsende Aufhäufung von Klassengegensätzen gibt. Die AraberInnen fühlen sich als Fremdlinge im eigenen Land, egal ob in den besetzten Gebieten oder in Israel selbst, mit beschränkten Rechten und schrumpfenden Lebensbedingungen. Und was ist mit den jüdischen ArbeiterInnen? Worauf können sie in den nächsten paar Jahren hoffen? Bei den gegenwärtigen Trends gibt es nur eine Antwort: Nach fünf größeren Kriegen, nach Hunderten von kleinen Scharmützeln, nach Monaten und Monaten von militärischem Zwangsdienst und nach großen wirtschaftlichen Opfern können die israelischen ArbeiterInnen ihren Kindern nur ... Schlimmeres vermachen. Noch mehr Opfer, blutigere und verzweifeltere Kriege und immer noch keine Zeichen für wirklichen Frieden und Sicherheit. Diese Sackgasse der israelischen Gesellschaft hat die verknöcherte politische Struktur des Zionismus durchzurütteln begonnen. Im „verheißenen Land“ der Zionisten werden Milch und Honig sauer. Jetzt ist Israel so unattraktiv geworden, dass mehr JüdInnen aus Israel auswandern als nach Israel einwandern und ohne die Devisenbeschränkungen und die Kosten für das Weggehen wäre der Exodus wohl größer.

Die israelischen Kapitalisten

Das Untergraben der traditionellen Ideen und die Suche nach neuer Politik darf in diesem Stadium nicht übertrieben werden, sie muss in die richtige Perspektive gestellt werden. Trotzdem sind die Anfänge des Zusammenbruchs offenkundig. Die „Frieden-Jetzt“-Bewegung, die als Bittschrift von etwa 300 Armeeoffizieren begann, wuchs in wenigen Wochen zu einer Kraft von Hunderttausenden, die Massenkundgebungen in Tel Aviv abhalten kann. Trotz aller politischen Beschränkungen der Bewegung war sie ein klares Symptom der „Kriegsmüdigkeit“, die jetzt große Teile der Gesellschaft erfasst hat. Durch die Gewerkschaften und besonders die Jugend werden neue FührerInnen in der Arbeiterbewegung nach vorne kommen; FührerInnen, die sich ihre Sporen in Kämpfen zur Verteidigung des Lebensstandards verdienen werden und aus diesen Klassenschlachten unvermeidlich politische Schlussfolgerungen ziehen werden.

Es wäre ein erster Fehler, sich vorzustellen, dass die Masse der israelischen

jüdischen Bevölkerung religiöse Eiferer wären. Die ganze Regierungsbürokratie einschließlich von Armee, Medien und dem Gewerkschaftsapparat sind mehr oder weniger mit Zionismus durchtränkt und Bewegungen wie Gusch Emmunim, die alte biblische Prophezeiungen zur Rechtfertigung der Politik des zwanzigsten Jahrhunderts nutzen, haben einen unverhältnismäßigen Einfluss auf der politischen Bühne. Aber es gibt auch eine beträchtliche antiorthodoxe und säkulare Bewegung unter den JüdInnen. Die israelische Presse hat in vielen Fällen über Zusammenstöße zwischen Säkularen und religiösen Eiferern wegen der Befolgung des jüdischen Sabbat berichtet. Letzten September zum Beispiel wurde einer dieser Kämpfe (der sechste an einem Samstag in Folge) ein regelrechter Kra-wall, an dem über 500 Leute beteiligt waren, der zu vielen Schlag- und Stichverletzungen führte. Selbst die Rechtfertigung der Siedlungen nach 1967 verblasst für die meisten israelischen ArbeiterInnen. In den Siedlungen wohnen sowieso weniger als 10.000 Israelis bei einer Gesamtbevölkerung von über drei Millionen und wenn die Mehrheit gefragt würde, zwischen „Frieden“ und „Siedlungen“ zu wählen, würde die große Mehrheit der Israelis die Aufgabe der Siedlungen wählen. Ein junger Abgeordneter der Arbeiterpartei (der als der „kommende Mann“ der Arbeiterpartei beschrieben wird) spiegelte die wachsende Stimmung in seiner Rede in der Knesset wieder, in der er Herrn Begin drängte aufzuhören

„in unsere Adern das betäubende und vergiftende Gift der nationalen Mystik zu injizieren, das veraltet und selbstmörderisch ist.“

Weiter forderte er vom Ministerpräsident, zu

„verstehen, dass die möglichst lange Verschiebung der unausweichlichen Notwendigkeit, das Selbstbestimmungsrecht der PalästinenserInnen anzuerkennen ihm nur neue politische Enttäuschungen bieten wird.“

Dies war während der Knesset-Debatte nach der Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens.

Trotz Begins eigenem Hintergrund drängten die Realitäten seiner Stellung als Vertreter des israelischen Kapitalismus und der Druck des Imperialismus ihn zögernd, man kann sagen „strampelnd und schreiend“ in die Richtung von Zugeständnissen. Es gibt eine Gruppe von israelischen Kapitalisten, die jetzt ziemlich ausdrücklich Zugeständnisse und ein Abkommen mit den AraberInnen fordern. Diese Kapitalisten haben nachgerechnet und sind zu der Schlussfolgerung gekommen, dass sie mit Handel und Handelsvereinbarungen mit der arabischen Welt große Gewinne machen und Unruhe zu Hause vermeiden können:

„Die neuen Geschäftsleute sehen das Israel der Zukunft als ein hochindustrialisiertes Land und einen Exporteur fortgeschrittener Technologie. Sie sorgen sich besonders um den Frieden, da sie sich des großen Potenzials der arabischen Märkte bewusst sind, die um sie herum sind. Sie würden bereitwil-

lig Gebiete für normale Wirtschaftsbeziehungen mit benachbarten Staaten aufgeben.“ (The Middle East, Februar 1978)

Aber gleichzeitig fürchtet der israelische Kapitalismus die Folgen von Zugeständnissen zu sehr. Den Sinai zurückzugeben wäre eines, aber die Tür für arabische Selbstregierung von Gaza und der Westbank zu öffnen würde bedeuten, einen revolutionären Zünder anzuzünden. Ein unabhängiger palästinensischer Staat in diesen Gebieten wäre unfähig, die Bedürfnisse seiner Bevölkerung zu befriedigen. Er wäre von Anfang an im Zustand revolutionären Flusses und die Instabilität, die er schaffen würde, würde den israelischen Kapitalismus selbst bedrohen. Das erklärt die vielen und verschiedenen Bedingungen, die dem Camp-David-Abkommen in der Frage der „Souveränität“ der Westbank beigefügt wurden und die vielen „Sicherheitserwägungen“ aus israelischer Sicht. Trotz ihrer öffentlichen Reden ist es auch wahrscheinlich, dass Israels unmittelbare arabische Nachbarn ein unabhängiges Palästina genauso sehr wie Israel fürchten: König Hussein von Jordanien würde wahrscheinlich den gegenwärtigen Zustand (das heißt israelische Militärherrschaft) palästinensischer Unabhängigkeit vorziehen. Obwohl die Forderung nach einem unabhängigen palästinensischen Staat in der Westbank und Gaza eine gewisse Verbreitung gewonnen hat, auch in der britischen Arbeiterbewegung, würde der israelische Kapitalismus und die benachbarten arabischen Staaten so einen Staat bitter ablehnen und er kann auf kapitalistischer Grundlage nicht verwirklicht werden. Trotzdem war die israelische herrschende Klasse trotz der tiefsitzenden Furcht vor jeder Bewegung hin zu einem unabhängigen Palästinenserstaat durch den internationalen und innenpolitischen Druck gezwungen, Richtung Friedensabkommen mit Ägypten zu gehen, obwohl sie Zugeständnisse an „palästinensische Autonomie“ so viel wie möglich vermieden haben.

Palästinensische Befreiungsorganisation

Innerhalb Israels werden die Bedingungen immer günstiger dafür, die Masse der jüdischen ArbeiterInnen dem Zionismus abspenstig zu machen. In jedem Fall hat für die große Mehrheit von ihnen „Zionismus“ keine Bedeutung im religiösen Sinne, sie sehen nur eine Notwendigkeit für die Verteidigung und Sicherheit des israelischen Staats. Selbst wenn es um ihre eigene Sicherheit gerade etwas schlecht bestellt ist, werden die jüdischen ArbeiterInnen immer tendenziell zum Zionismus zurückkehren, wenn ihnen keine Alternative angeboten wird und diese Alternative muss die Perspektive und das Programm des Sozialismus sein. Nur Klassen- und sozialistische Lösungen können hoffen, die Bestrebungen der AraberInnen und JüdInnen zu erfüllen, ohne einen von ihnen zu bedrohen. Die

heranreifende objektive Lage wirft die Frage des subjektiven Faktors auf - die Notwendigkeit einer sozialistischen Bewegung, die fähig ist, Jüdinnen und AraberInnen gleichermaßen Führung zu bieten, eine Bewegung auf der Grundlage des konsequentesten Internationalismus. Die Bewegungen, die vom Nationalismus in der einen oder anderen Form befleckt sind, werden nie in der Lage sein, das Vertrauen der beiden Teile der ArbeiterInnen zu gewinnen. Der Zionismus zum Beispiel wird ziemlich offensichtlich den arabischen ArbeiterInnen und BäuerInnen nichts bieten. Der Zionismus war über die Jahrzehnte hinweg verantwortlich für die Errichtung eines Staats auf der Grundlage ihrer eigenen Vertreibung zu Gunsten der EinwanderInnen; was mehr ist, der Staat, der folgte, hat seine Grenzen ausgedehnt, weitere Siedlungen verbreitet und seine Militärherrschaft der ganzen Region aufgedrückt. Heute leben Hunderttausende PalästinenserInnen von der Wohlfahrt der UNO und der arabischen Staaten in den gleichen „Übergangs“lagern, die 1948-49 errichtet wurden und hoffen nach einer Generation auf eine Rückkehr nach Palästina, ins jetzige Israel. Die Bitternis und die wütende Frustration der palästinensischen Jugend ist leicht zu verstehen, wenn die offizielle Politik der israelischen Kapitalistenklasse zwischen der Leugnung auch nur der Existenz der PalästinenserInnen und der Durchführung der barbarischsten und blutigsten Unterdrückungsaktionen gegen die Lager schwankt.

Aber gleichermaßen haben die verschiedenen Formen des arabischen Nationalismus keine Anziehungskraft auf die jüdischen ArbeiterInnen und die Palästinensische Befreiungsorganisation wird es trotz weitverbreiteter Unterstützung unter den AraberInnen nie schaffen, das Ohr der jüdischen ArbeiterInnen zu erlangen. Der Charakter der arabischen Regime ist abstoßend für die ArbeiterInnen, nicht nur in Israel, sondern auf der ganzen Welt. In Ägypten werden ArbeiterInnen erschossen oder eingesperrt, wenn sie streiken, in Saudi-Arabien wurde ein junges Paar öffentlich hingerichtet für das Verbrechen, zusammen durchzubrennen; in den anderen arabischen Staaten sind die Rechte der ArbeiterInnen in dem einen oder anderen Grade ähnlich beschränkt. Die arabischen Regime waren in der Vergangenheit für die brutalsten antijüdischen Verlautbarungen verantwortlich und die jüdischen ArbeiterInnen werden nicht vergessen haben, dass antijüdische Pogrome in machen dieser arabischen Länder dazu führten, dass eine Welle von jüdischen Flüchtlingen nach 1948 nach Israel ging. Aber geschichtlich waren diese arabischen Regime die Hauptstützen der PLO, was die diplomatische Stellung und die Finanzierung betraf. Es ist ziemlich klar, dass **so lange die PLO diese Regime unterstützt oder auch nur eine neutrale Haltung einnimmt, sie nie eine Anzie-**

hungskraft auf die jüdischen ArbeiterInnen haben wird. Aber wenn das diplomatische Gemauschel mit reaktionären Führern tendenziell die jüdischen ArbeiterInnen abstößt, ist das nichts im Vergleich zu der Wirkung des individuellen Terrorismus, mit dem die PLO durch die ihr angeschlossenen Organisationen verbunden ist. In der Vorstellung der jüdischen ArbeiterInnen ist der Terrorismus gegen sie nur als JüdInnen gerichtet - und die reaktionären Führer der israelischen Kapitalistenklasse sind nur zu glücklich, die PLO auf diese Weise mit dem Antisemitismus der Nazis gleichzusetzen.

Der Marxismus hat den individuellen Terrorismus immer abgelehnt, der eine Verzweiflungstat und das Aufgeben des Klassenkampfes darstellt. Die Vergeblichkeit des individuellen Terrorismus zeigt sich nirgends klarer als im Nahen Osten. Israelische ArbeiterInnen werden nicht in Opposition gegen den Zionismus gebombt werden; Ereignisse wie der Mord an den israelischen SportlerInnen in München 1972, das Massaker auf dem Lod-Flughafen, die Entführung und Sprengung von Flugzeugen und so weiter dienen den Interessen der palästinensischen ArbeiterInnen keineswegs, sondern haben nur den Rückhalt des Zionismus in Israel **gestärkt** und der israelischen Regierung einen Vorwand für noch mörderische Vergeltungsangriffe gegeben.

Die PLO steht für einen unabhängigen „säkularen, demokratischen, einheitlichen Staat Palästina“. Aber trotz dieser Formel - die scheinbar keine Bedrohung für die Stellung der Jüdinnen darstellt - ist es für die meisten israelischen ArbeiterInnen nur Papier, die statt dessen die PLO nach ihren konkreten Aktionen beurteilen und sie damit völlig ablehnen. Die PLO kann weder jetzt noch in der Zukunft die Grundlage einer arabisch-jüdischen Arbeiterbewegung sein.

In der modernen Ära müssen die Kämpfe der Kolonialvölker für ihre nationalen Rechte und nationale Befreiung unausweichlich ein Kampf für **soziale Emanzipation** werden. Der Kampf gegen wirtschaftliche und politische Kontrolle durch den Imperialismus ist nur als Kampf für den Sturz des einheimischen Großgrundbesitzes und Kapitalismus erfolgreich. In Bezug auf Palästina ist das doppelt wahr wegen dem Vorhandensein einer jüdischen Bevölkerung von jetzt drei Millionen. Jede palästinensische Befreiungsbewegung, die sich auf die Förderung durch Leute wie Ghaddafi, König Khaled und so weiter stützt, garantiert dadurch die Sabotage und das Entgleisen der Bewegung. Nationale Emanzipation wird als soziale Emanzipation gewonnen werden und das bedeutet einen unversöhnlichen Kampf für die sozialistische Revolution in Ägypten, Libyen, Irak, Saudi-Arabien, Jordanien, Libanon etc. und die politische Revolution in Syrien. Man muss verstehen, dass **die reaktionären arabischen Regime kein geringeres Hindernis für**

die palästinensische Emanzipation sind als der Zionismus selbst.

Sozialistische Führung

Eine sozialistische Politik und Programm sind der Eckpunkt jeder Lösung der Nahostkrise, gerade weil nur auf einer sozialistischen Grundlage die Interessen der arabischen und jüdischen ArbeiterInnen versöhnt werden können. 1948 lehnten MarxistInnen die Schaffung eines getrennten israelischen Staates ab, weil es von Anfang an klar war, dass dieser künstliche Staat eine Quelle von Konflikt und Spaltung unter den ArbeiterInnen der verschiedenen Nationalitäten wäre. Jetzt, über dreißig Jahre später, kann nicht genau die gleiche Position wiederholt werden. Die Mehrheit der israelischen JüdInnen heute ist entweder in Israel oder in Palästina vor 1948 geboren und unter keinen Umständen könnten SozialistInnen für ihre „Rückschickung“, das heißt Vertreibung sein. Egal was 1948 der Fall war, die drei Millionen Israelis heute stellen eine beträchtliche und eigenständige Nation im Nahen Osten dar. Das ist sicher das Gefühl der Mehrheit der Israelis. Unter gewissen Bedingungen, namentlich, wenn die Rechte von Minderheitengruppen und die Rückkehr der PalästinenserInnen garantiert sind, **muss das Recht eines israelischen Staates, innerhalb vereinbarter Grenzen zu existieren, heute akzeptiert werden.** In der Tat ist dies heute praktisch die Haltung der PLO. Aber die Unterstützung des „Rückkehrrechts“ der palästinensischen AraberInnen, die 1948 vertrieben wurden, wirft unvermeidlich die Frage der sozialen Umgestaltung der Gesellschaft auf. Der Kapitalismus kann nicht genug Wohnungen, Arbeitsplätze, Lebensstandard für die Israelis schaffen, ganz zu schweigen von einer Bevölkerung, die um weitere zwei Millionen AraberInnen angeschwollen ist. Ohne eine sozialistische Umgestaltung von Israel, ohne das demokratische Eigentum und die Planung der Ressourcen, könnten die Bedürfnisse der AraberInnen nur auf Kosten der JüdInnen befriedigt werden und umgekehrt. Die Perspektive der sozialen Revolution ist natürlich nicht auf Israel beschränkt. Der Sturz der reaktionären arabischen Regime würde alle Arten von neuen Möglichkeiten aufwerfen, einschließlich der eines palästinensischen Staates, unter Berücksichtigung der gemeinsamen Sprache, Kultur etc. der AraberInnen in der Region insgesamt. Die Verzagten in der Arbeiterbewegung, die sich nicht vorstellen können, dass jüdische und arabische ArbeiterInnen jemals Gemeinsamkeiten sehen können, schauen immer nach leichten Antworten. Sie gleiten unausweichlich entweder Richtung Zionismus oder arabischem Nationalismus ab und bieten in der Tat den ArbeiterInnen im Nahen Osten keinen Ausweg. In der Tat kann es noch weitere arabisch-israelische Kriege geben und die Stellung des Marxismus kann sehr

schwach sein. Aber trotzdem werden in den kommenden Jahren auch mächtige Klassenschlachten ausbrechen. Die sozialen Erhebungen, die in Ägypten und im Libanon sichtbar sind, sind in der arabischen Welt nicht isoliert; der Klassenkampf in Israel wird anwachsen und in den nächsten Jahren werden die industrialisierten Kernländer des Kapitalismus, das heißt Europa, Japan und Amerika auch am Abhang des Klassenkampfes stehen. Eine marxistische Strömung im Nahen Osten würde sich auf den konsequentesten Internationalismus stützen; sie hätte ihre Grundlagen in den Arbeiterkämpfen in den Fabriken und Häfen; sie würde gleichermaßen gegen Unterdrückungsgesetze in Israel wie in Jordanien kämpfen. Solch eine Strömung würde Fleisch werden, wenn die israelischen ArbeiterInnen zu Hunderttausenden für die Umgestaltung ihres eigenen Histadruth in

eine kämpferische Arbeiterorganisation kämpfen würden, wenn die ägyptischen ArbeiterInnen immer wieder zur Verteidigung ihres Lebensstandards vorwärtsdrängen würden. Die Klassenschlachten, die in den kommenden Jahren stattfinden werden, werden wie ein Erdbeben in den Köpfen der ArbeiterInnen sein, oder genauer: eine Reihe von Erdbeben. **Das Programm des Internationalismus, der demokratisch-sozialistischen Föderation des Nahen Ostens** hat im Moment vielleicht kein weites Echo, aber es gibt keinen anderen Ausweg für die ArbeiterInnen und BäuerInnen der Region. **Über die Jahre wurden Hunderte Milliarden Dollar im Nahen Osten allein für Waffen vergeudet. Nur seit dem Krieg vom Oktober 1973 wurden Waffen im Wert von 43 Milliarden Dollar gekauft. Diese Tatsachen allein bezeugen den**

ungeheuren Fortschritt, der möglich wäre, wenn die Energien und Ressourcen der Region in einer geplanten Produktionsweise eingesetzt würden; Krankheit, Analphabetismus, Armut könnten zu Dingen der Vergangenheit werden. Es könnte buchstäblich möglich werden, die „Wüste erblühen zu lassen“. Aber diese Dinge können nur mit der Perspektive des Sozialismus erreicht werden. Die objektiven Bedingungen sind eines, aber die wichtigste Zutat von allen ist die sozialistische Führung. Die Schaffung und der Aufbau einer marxistischen Tendenz in den Hauptländern des Nahen Ostens würde binnen Jahren das ganze Bild ändern, und dies ist die Aufgabe der Bewegung international und ebenso im Nahen Osten.

Peter Jackson: Krieg im Libanon - Begin versucht, die PLO zu zerstören

In einem massiven Angriff mit Luft-, See- und Landstreitkräften versucht die israelische Regierung, die Palästinensische Befreiungsorganisation im Libanon zu zerstören.

Im Namen eines „Kampf gegen den Terrorismus“ hat der israelische Ministerpräsident Begin ein mörderisches Programm von offiziellem Regierungsterrorismus gegen die palästinensische und libanesischen Bevölkerung in der Region begonnen, zivile Zentren und Flüchtlingslager bombardiert. Berichte zeigen an, dass schon in den Stunden vor dem Beginn der Invasion Hunderte ziviler Opfer, einschließlich vieler Frauen und Kinder, unter der Bombardierung litten.

Begin erklärte, dass die Invasion darauf abziele, die nordisraelischen Städte und Dörfer außer Reichweite durch PLO-Geschosse und Artilleriefeuer zu bringen, indem die PLO-Milizen 40 Kilometer von der israelischen Grenze weggetrieben würden. Aber es ist unwahrscheinlich, dass der Konflikt so einfach bleiben wird. Die israelische Regierung wird wegen der innenpolitischen und internationalen Auswirkungen nicht selbst in der Lage sein, dieses große Stück des Südlibanon dauerhaft zu besetzen, aber sie werden es genauso hart finden, eine vergrößerte „christliche“ Enklave zu stützen, wenn sich die libanesischen Linke und die PLO einfach zurückziehen und ihre Truppen im Norden umgruppieren würden, wie sie es nach dem israelischen Einfall 1978 machten.

Das Ausmaß der israelischen Militäroperation, die 30.000 SoldatInnen und Hunderte Panzer und gepanzerte Fahrzeuge und auch riesige Reservetruppen umfasste, zeigt, dass die israelische herrschende Klasse kalkuliert hat, dass sie nicht nur die PLO weiter nach Norden

drängen, sondern deren militärische Präsenz im Libanon völlig zerstören muss. Aber dieser Plan oder ein Versuch, die PLO ganz aus dem Libanon zu vertreiben, wird die Möglichkeit eines größeren Krieges gegen Syrien ungeheuer vergrößern.

Die syrische Regierung will keinen Krieg. Anders als 1967 und 1973 gäbe es keine Beteiligung Ägyptens, der stärksten arabischen Macht, so dass Syrien fast sicher vor einer militärischen Niederlage stünde. Zusätzlich hat der syrische Präsident Assad zu viele drängende innenpolitische Probleme, als dass er seine eigene Stellung durch einen Krieg, den er nicht gewinnen kann, weiter bedrohen wollte.

Aber selbst trotz dieser Faktoren kann Syrien in den Konflikt verwickelt werden. Syrische Truppen gingen 1976 praktisch in den Libanon, um die Lage zu stabilisieren. Das syrische Regime fürchtete damals einfach, dass der Bürgerkrieg, der zwischen den PalästinenserInnen und der libanesischen Linken auf der einen Seite und den rechten maronitisch-christlichen Milizen auf der anderen Seite tobte, in seinem Gefolge unkalkulierbare internationale und innenpolitische Auswirkungen hätte.

Seit 1976 gab es eine faktische Teilung des Libanon, mit den christlichen Enklaven im Norden und Westen des Landes und ganz im Süden entlang der israelischen Grenze (Haddads „freier Libanon“), der Rest wird von der PLO und verbündeten Milizen (im Süden) und der syrischen „Friedenstruppe“ von 30.000 Mann kontrolliert. Bis jetzt waren in diesem Konflikt syrische und israelische Artillerie-Schusswechsel begrenzt, aber ein israelischer Versuch, das Kräfteverhältnis grundlegend zu ändern oder die Karte des Libanon neu zu zeichnen, wirft die Mög-

[Militant, 11. Juni 1982]
lichkeit eines größeren Zusammenstoßes mit den syrischen Streitkräften auf.

Die israelische Absicht scheint in der Tat eine Neuaufteilung des Libanon in zwei Einflussphären zu sein, eine israelisch-christliche und eine syrische, wobei die PLO in keiner von beiden freie Hand hätte. Aber Syrien wird einen neuen christlichen „Ministaat“ im Libanon, der mit Israel verbunden ist, ablehnen.

Diese Drohung - eines verallgemeinerten Krieges - maxht jetzt dem amerikanischen und europäischen Imperialismus Sorgen. Sie rechnen, dass eine begrenzte „Polizei“aktion durch Israel nicht zu viel Schaden anrichten würde, obwohl selbst das mit vielen Risiken verbunden wäre, aber ein größerer Nahostkrieg öffnet eine Pandorabüchse von Problemen.

Die iranischen Siege im Golfkrieg haben schon enormen Druck auf die ölreichen Staaten am Persischen Golf ausgeübt, die durch die Furcht vor der sozialen Revolution gelähmt sind. Ein neuer größerer Krieg im Nahen Osten würde eine instabile Lage noch instabiler machen und die strategischen Ölinteressen des Westens in der Region bedrohen.

Langfristig wird es auch klar werden, dass sich Begin ernsthaft verrechnet hat. Er macht einen riesigen Fehler wenn er glaubt dass die palästinensische Frage beseitigt werden könne, indem er die PLO-Milizen mit der überwältigenden israelischen Militärüberlegenheit zerschlägt.

Zehn-, vielleicht Hunderttausende PalästinenserInnen und Libanesinnen werden als Ergebnis dieses Konflikts Flüchtlinge werden. Viele unter den palästinensischen Flüchtlingen werden zum dritten Mal seit 1948 durch eine israelische Militäraktion heimatlos werden.

Die mörderische Bombardierung der palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon wird die Stärke und Entschlossenheit der 2½ bis 3 Millionen PalästinenserInnen im Nahen Osten nur vergrößern, für ihre eigene soziale und nationale Emanzipation zu kämpfen.

Der Kampf im Libanon wird die Entschlossenheit der AraberInnen in Westbank und Gaza, der israelischen Besatzung Widerstand zu leisten, nicht schwächen sondern stärken.

Israel selbst steht in den kommenden Monaten und Jahren vor einer tiefgehenden politischen und sozialen Krise. Es gibt schon tiefgehende und wachsende Spaltungen zwischen dem rechten zionistischen Establishment, das besonders in den Streitkräften und der Likud-Regierung vertreten ist, und vielen Teilen der israelischen Arbeiterklasse.

Israelische ArbeiterInnen haben kein Interesse an einem Staat, der dazu verurteilt ist, ein ständig bewaffnetes Militärlager zu sein. Langfristig wird dies die Spaltungen in Israel selbst verstärken. Es wird für die Massen der Israelis offenkundig werden, dass die PalästinenserInnen nicht wegge-

bombt werden können. Es gibt keinen Frieden im Nahen Osten und keinen Frieden für Israel, solange den PalästinenserInnen ihre eigene nationale und soziale Emanzipation verweigert wird.

SozialistInnen müssen diese jüngste israelische Invasion im Libanon vorbehaltlos verurteilen und müssen die vollste Unterstützung für das Selbstbestimmungsrecht der PalästinenserInnen ausdrücken. Aber im Nahen Osten ist die Frage der nationalen Emanzipation mehr als irgendwo sonst mit der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft verbunden.

Wenn der Nahe Osten nur im Rahmen der konkurrierenden Nationalitäten betrachtet wird, stellt er ein Bild von absolut unversöhnlichen Widersprüchen dar. Ungemilderter Zionismus, arabischer Nationalismus, maronitischer Nationalismus etc. führen alle gleichermaßen zu Sackgassen und neuen Kriegen.

Genauso wenig Vertrauen kann man in eine Lösung durch die Vereinten Nationen setzen.

Die Truppen der Vereinten Nationen im Libanon und die Forderungen des Sicher-

heitsrats nach einem Abzug wurden von der israelischen Regierung ignoriert. Unmittelbar nach der Falklandfrage hat die Libanonkrise erneut klar die völlige Ohnmacht der Vereinten Nationen gezeigt.

Die Arbeiterbewegung muss die Fragen von einem Klassenstandpunkt aus betrachten. Die nationalen Konflikte und Widersprüche können nur auf der Grundlage der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft im Nahen Osten gelöst werden und diese Aufgabe kann nur von der Arbeiterbewegung selbst vollbracht werden.

Weder die Vereinten Nationen noch die israelische herrschende Klasse noch eines der morschen arabischen Regime im Nahen Osten wird einen Weg vorwärts für die ArbeiterInnen und BäuerInnen der Region weisen. Dies ist eine Aufgabe, die letztlich der Arbeiterbewegung zufallen wird, wenn sie für die gemeinsamen Interessen aller ArbeiterInnen und BäuerInnen der Region kämpft: im Interesse der JüdInnen, AraberInnen, MoslemInnen und ChristInnen gleichermaßen.

John Pickard: Israelischer Angriff auf den Libanon

[Militant, 6. August 1982]

Der israelische Einmarsch im Libanon, der schon schätzungsweise 16.000 Menschenleben gekostet hat, überwiegend ZivilistInnen, vergrößert die Liste der Toten und Verwundeten mit jedem Tag um Dutzende.

Westbeirut wurde zu verschiedenen Zeiten die Elektrizität, Nahrung und medizinische Versorgung durch die umgebenden israelischen Truppen vorenthalten. Palästinensische und libanesische zivile Gebiete wurden einer entsetzlichen Reihe von Artillerie-, See- und Luftbombardements ausgesetzt, bei denen manchmal laut Korrespondenten "die Geschosse zu schnell einschlugen, um sie zu zählen".

Die ausgefeilteste Technologie des modernen Krieges — lasergeleitete Bomben, Phosphorbomben, Streubomben und so weiter — wurden zur Zerstörung einer einstmalig blühenden Stadt mit Urlaubshotels und überfüllten Stränden verwendet. Es gab eine weltweite Welle von Abscheu gegen die israelischen Angriffe gegen die Zivilbevölkerung des Libanon und besonders die Belagerung Westbeiruts.

Die israelische Streitkräfte haben gezeigt, dass es möglich ist, eine Stadt mit mächtigen konventionellen Waffen genau so sicher zu zerstören wie es mit Atomwaffen möglich wäre. Ganze Wohnblocks wurden zu Schutt, wobei die Dutzenden ZivilistInnen, die drinnen voll Angst um ihr Leben Schutz suchten, oft keine Chance hatten.

Über eine halbe Million BewohnerInnen sitzen immer noch in der Stadt in der Falle; vor einer Woche wurde geschätzt, dass über 50.000 von ihnen verzweifelt Nahrung, Wasser und Obdach brauchen.

Je länger die Belagerung andauert, desto größer wird das Leiden der in der Stadt in der Falle sitzenden Leute.

Die beispiellose Grausamkeit der israelischen Bombardierung hat nicht nur eine Reaktion auf der ganzen Welt hervorgerufen. Das amerikanische Fernsehen zum Beispiel zeigt umfangreiches Filmmaterial über den Krieg, wobei Passagen schwarz sind, um die Streichungen der nervösen israelischen Zensoren zu zeigen. Sie hat aber auch einen Proteststurm in Israel selbst erzeugt.

Am Anfang gab es eine überwiegende Unterstützung für die Regierung in Israel, so weit es um die Entfernung der PLO-Geschütze und Artillerie aus der Reichweite der nordisraelischen Dörfer ging. Selbst als es klar wurde, dass Begin die Absicht hatte, bis nach Beirut zu marschieren und die militärische Kampfkraft der PLO-Milizen zu zerstören, gab es Unterstützung in Israel. Wenige israelische ArbeiterInnen haben große Sympathie für die PLO.

Aber die Zerstörung von Tyros und Sidon und die Belagerung von Beirut haben so schreckliche Zahlen von zivilen Opfern und Flüchtlingen gebracht, dass sich Teile der israelischen Arbeiterklasse in Opposition gegen den Krieg begeben. Die beispiellose Opposition, sogar während der Krieg noch weitergeht, hat sogar ArmeereservistInnen umfasst, auch welche, die gerade im Dienst sind.

Der brillianteste junge Kommandeur der israelischen Armee — er war Kommandeur der gepanzerten Brigade, die Tyros einnahm und mit 27 Jahren der jüngste Oberst, den die israelische Armee je hatte

— ist kürzlich wegen seiner Ablehnung der Kriegsziele und der Kriegführung zurückgetreten. Seine Handlung ist typisch für viele Proteste, die unter SoldatInnen und ZivilistInnen gleichermaßen ausbrechen.

Viele israelische ArbeiterInnen können die durchsichtigen Versuche der Begin-Regierung durchschauen, die zivilen Opfer im Libanon herunterzuspielen und es gab ebenfalls Beschuldigungen, dass die Regierung bewusst das Ausmaß der israelischen Verluste vertusche. Es wird auch deutlich, dass die israelischen ArbeiterInnen zu Hause die Last des Krieges auf lange Zeit hinaus werden tragen müssen, durch eine Verlängerung des Kriegsdienstes und jetzt wirtschaftliche Maßnahmen.

Wofür die LibanesInnen und PalästinenserInnen mit ihrem Leben zahlen, dafür werden die israelischen ArbeiterInnen mit Dollars zahlen müssen. Panzergeschosse kosten 600 Dollar pro Stück, Artilleriegeschosse 900 Dollar pro Stück.

Die finanziellen Gesamtkosten des Krieges wurden mit etwa 1.600 Millionen Dollar angegeben, für eine Wirtschaft, die schon unter einer Inflationsrate von 130 Prozent und einem Zahlungsbilanzdefizit von 4.000 Millionen Dollar leidet.

Um die Rechnung zu bezahlen, hat die Regierung schon angekündigt, dass 200 Millionen bei den öffentlichen Ausgaben gekürzt werden. Die Mehrwertsteuer wurde von 12 Prozent auf 15 Prozent erhöht, wohl auf Dauer, und es wird "Zwangsanleihen für den Krieg" in Höhe von 6 Prozent des Nettoentgelts geben, das den israelischen Beschäftigten vom

Lohn abgezogen wird. Die israelischen ArbeiterInnen werden nicht bereit sein, endlose Opfer zu bringen für eine Sache, die ihnen zunehmend fragwürdig erscheint.

Obendrein wird es Begin trotz aller Feuerkraft und verbreiteten Zerstörung nicht schaffen, die Frage der nationalen Rechte der PalästinenserInnen auszutreiben.

Begin und sein Verteidigungsminister Scharon rechneten, dass sie die militärische Basis der PLO im Libanon zerstören könnten. Um ihre Erfolge zu festigen, beabsichtigten sie auch, eine libanesische Regierung ihrer eigenen Schöpfung zurückzulassen — indem sie notfalls die Syrer aus dem Nordosten des Libanon vertreiben oder die Karte des Libanons neu zeichnen, um faktisch zwei Staaten zu erzeugen, von denen einer syrisch kontrolliert und der andere israelisch-maronitisch kontrolliert ist.

Das längerfristige Ziel der israelischen herrschenden Klasse war die Beseitigung des PLO-Einflusses in Westbank und Gaza, um die PalästinenserInnen in diesen besetzten Gebieten zwingen zu können, eine verwässerte Form von "Autonomie" zu akzeptieren, die ihnen wenig gibt, aber der israelischen herrschenden Klasse alle notwendigen wirtschaftlichen, militärischen und politischen Rechte gibt. Aber von Begins anfänglichen Kriegszielen wird wahrscheinlich nur das erste erreicht werden: die Zerstörung der PLO-Milizen. Ein Krieg zur Besiegung der PLO ist in Israel vielleicht populär gewesen, aber es wird weniger Unterstützung für einen Krieg zur Vertreibung der Syrer und Neuzeichnung der politischen Landkarte des Libanon geben.

Als Ergebnis seiner Unfähigkeit zur Schaffung einer libanesischen Regierung seiner Wahl, ist Begin jetzt gezwungen, die Möglichkeit einer relativ langen militärischen Besetzung zu erwägen und es wurde berichtet, dass sich die israelischen Streitkräfte auf den Winter im Libanon vorbereiten. Wenn das der Fall ist, wird die Opposition in Israel ungeheuer zunehmen.

Aber die Niederlage der PLO-Milizen wird die Kämpfe der PalästinenserInnen für ihre eigene nationale Emanzipation, besonders in den besetzten Gebieten, nicht dämpfen. Im Gegenteil wird sich wahrscheinlich die Bewegung der Massenopposition, die wir vor vier Monaten in der Westbank gesehen haben, in der Zukunft vergrößern.

Diese Massenmobilisierungen der Westbank-Menschen in Verbindung mit Opposition unter den AraberInnen und Teilen der jüdischen Arbeiterkassen in Israel sind eine viel ernstere Bedrohung für den israelischen Kapitalismus als die Aktivitäten der Milizen im Libanon, die immer eine bewaffnete und aktive Minderheit der palästinensischen Massen darstellten. Die Entfernung der Milizen aus dem Libanon wird den Kampf der PalästinenserInnen in Westbank und Gaza nur hervorheben.

Der Krieg wird in seinem Gefolge auch eine Neueinschätzung der Rolle der arabischen Regierungen durch die PalästinenserInnen bringen. Die PLO-Führung folgte in der Vergangenheit immer einer Politik, die sorgfältig die Klassenfragen im Nahen Osten vermied, als ob die arabischen Staaten Israel und selbst die PalästinenserInnen selbst irgendwie "klassenlose" Gebilde wären.

Tragischerweise wurden die reaktionärsten arabischen Führer als "Freunde" der PalästinenserInnen betrachtet, während diese Scheichs, Könige und Militärdiktatoren sich in Wirklichkeit nicht mehr um das Wohlbefinden der palästinensischen ArbeiterInnen und Bäuerinnen sorgten als sie sich um ihre eigenen Bevölkerungen sorgten. Aber die PLO-Führer lehnten jede ernsthafte Beteiligung am Klassenkampf in diesen arabischen Staaten ab — selbst im Golf und im Libanon — und zogen statt dessen den diplomatischen Umgang mit den Herrschenden als "Gäste" in ihrem Land vor.

Abgesehen von der Politik des individuellen Terrorismus, spielten das Geschick der PLO mit den reaktionären arabischen Regimes, ihre Förderung und finanzielle Unterstützung durch reaktionäre arabische Führer alle eine große Rolle bei der Schaffung einer unüberbrückbaren Kluft zwischen der PLO und den israelischen ArbeiterInnen — eine Kluft, die die nicht weniger reaktionären Begin und Scharon geschickt ausbeuten. Die Untätigkeit aller arabischen Regime angesichts des israelischen Einmarsches wird von vielen PalästinenserInnen mit Bitternis bemerkt werden. Soweit die arabischen Regime überhaupt bereit sein sollten, diplomatischen oder (im Falle der ölreichen Staaten) wirtschaftlichen Druck auf die imperialistischen Länder auszuüben, wäre es aus Angst vor der sozialen Revolution, nicht aus Liebe zu den palästinensischen Massen.

Die Herrscher der Golfstaaten stehen gegenwärtig auf Messers Schneide, da der iranisch-irakische Krieg revolutionäre Schockwellen in ihren eigenen Staaten zu schaffen droht. Hunderttausende PalästinenserInnen leben und arbeiten am Golf und oft im strategisch entscheidenden Ölssektor und ihre Zahl ist in manchen der kleineren Ölstaaten größer als die der "einheimischen" Bevölkerung.

Es gibt immer die Möglichkeit, dass die PalästinenserInnen im Golf das Pulverfass der sozialen Revolution werden könnten, obwohl die PLO-Führer versucht haben, den Prozess zu bremsen. Die französische Außenministerin Cheysson hat kürzlich die Interessen aller europäischen kapitalistischen Länder ausgedrückt, indem sie kommentierte, dass

"ein iranischer Sieg (im Golf) unberechenbare Auswirkungen in der arabischen Welt insgesamt hätte."

Die Sorgen sind jenseits des Jordan in Husseins Königreich nicht geringer, wo die Mehrheit der Bevölkerung PalästinenserInnen sind, die durch Familie und Tradition eng mit denen auf der Westbank verbunden sind. Nach einer Europareise von Hussein sagte der westdeutsche Außenminister Genscher:

"Ich habe König Hussein von Jordanien nie so verzweifelt gesehen."

In der Tat verzweifelt: nicht über die PLO-Niederlage, sondern wegen einer Revolution in ihrem Gefolge. Kronprinz Hassan von Jordanien, der Bruder des Königs, schied kürzlich in der Times:

"Eine militärische Kampagne wurde zur Zerstörung der Organisation der PLO begonnen, die den Palästinensern nationalen Ausdruck gegeben hat."

Aber wenn die gegenwärtige PLO-Führung beseitigt würde, würden ihr andere folgen, die vielleicht, extremer, radikaler wären, einfach weil das Bedürfnis noch da wäre.

Die Sorgen wegen der Möglichkeit sozialer Unruhe im Golf, in Jordanien, selbst in Ägypten wirken sich auf die Politik der führenden imperialistischen Mächte aus. Es kann sein, dass es nach dem Krieg im Libanon ernsthafte Schritte der amerikanischen Regierung und der EG-Länder geben wird, die die PLO formeller anzuerkennen.

Aber SozialistInnen sollten klar verstehen: Wenn [US-Präsident] Ronald Reagan bereit ist, die PLO "anzuerkennen", ist das überhaupt kein Schritt zur Emanzipation der palästinensischen Massen. Im Gegenteil ist es ein Schritt zum Fesseln der palästinensischen Massen und zum Entgleisenlassen ihres Kampfes.

Die Suche nach Anerkennung durch die USA ist ein Anzeichen für die Sackgasse, in der sich die PLO jetzt befindet, eine Sackgasse, die die MarxistInnen schon vor über 15 Jahren vorhergesagt haben wegen der Stützung der PLO auf Terrorismus, Guerillakampf und die Unterstützung reaktionärer arabischer Regime.

Der einzige palästinensische Staat, den der Imperialismus, Israel oder die arabischen Staaten je dulden würde, wäre einer, der eine Marionette von Israel, Jordanien oder beiden wäre. Weder die sozialen noch die nationalen Widersprüche wären gelöst. Es wäre ein Westbankstaat, der sich nicht sehr von der gegenwärtigen Westbank unterscheidet, in der israelische SoldatInnen patrouillieren und mit Militärdekreten geherrscht wird.

Die wirkliche Selbstbestimmung der PalästinenserInnen aber ist kein unmöglicher Traum. Aber ihre Verwirklichung kann nur erreicht werden im Rahmen der sozialen Revolution im Nahen Osten im allgemeinen, auch in den arabischen Staaten.

Es wäre eine Tragödie, wenn nach dem Krieg Teile der PalästinenserInnen wieder zum Einsatz terroristischer Methoden im großen Stil griffen, wie es nach der Niederlage des "Schwarzen September" in Jordanien 1970 geschah. Das würde die Bewegung nur noch weiter zurückwerfen. Aus dem schrecklichen Leiden der arabischen Bevölkerung im Libanon in den

letzten vergangenen Wochen wird vielleicht zumindest die Erkenntnis unter vielen PalästinenserInnen kommen, wer ihre Freunde und Feinde wirklich sind, was zur Aufgabe der Methoden der PLO, der Entwicklung von Massenaktivität mit dem Programm und der Perspektive von sozialer Veränderung führen würde.

Israelische ArbeiterInnen werden auch erkennen, das sie in einem Staat von Begin und Zionismus keine Zukunft haben. Die israelische herrschende Klasse bietet ihnen nur einen Spartanerstaat, ein ständiges Militärlager mit endlosen wirtschaftlichen Opfern, Militärdienst und völkermörderischen Kriegen, die als "Polizei"operationen verkleidet werden.

Wenn es absolute Garantien für ihren eigenen Frieden und Sicherheit gäbe (et-

was, was sie angesichts von deren Geschichte von der PLO-Führung nicht kriegen könnten, auch nicht von den verschiedenen arabischen Führern), dann würde wahrscheinlich die überwiegende Mehrheit der israelischen ArbeiterInnen glücklich sein, eine Vereinbarung zu erreichen, ein Abkommen mit der palästinensischen Bevölkerung, mit anderen Worten den Zionismus aufgeben. Aber nur eine sozialistische Bewegung könnte diese Garantien bieten.

Für die palästinensischen Massen hängt ihr Emanzipationskampf genauso vom Sturz von König Hussein wie vom Fall von Begin ab. Gleichfalls hängt die Zukunft für die israelischen ArbeiterInnen, ihre künftige Sicherheit ebenso von der Niederlage des Zionismus und Begins wie

von der Niederlage der arabischen Könige und Scheichs ab.

Die Zukunft der israelischen Arbeiterklasse und der palästinensischen ArbeiterInnen sind untrennbar miteinander verbunden, wirtschaftlich, sozial, politisch, geographisch. Die Selbstbestimmung von sowohl Israelis als auch PalästinenserInnen innerhalb ihrer eigenen getrennten Staaten ist eine Möglichkeit, aber nur auf der Grundlage einer sozialistischen Föderation der Nahoststaaten. MarxistInnen müssen versuchen, eine Basis unter israelischen und palästinensischen ArbeiterInnen für das Programm des gemeinsamen Klassenkampfes und für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft aufzubauen.

John Pickard: Libanon: Israel setzt einen phalangistischen Präsidenten ein (September 1982)

Die israelische Intervention im Libanon sieht zunehmend wie ein politischer Sumpf aus dem sie sich nur mit großer Schwierigkeit herausziehen können.

Die israelische Kriegsmaschine garantierte die "Wahl" von Baschir Dschemayel, dem Führer der Phalangistenmiliz zum libanesischen Präsident, in der Hoffnung, dass er die starke libanesische Regierung liefern kann, auf die sich Begin bei der Unterdrückung jedes Wiederaufkommens der PalästinenserInnen stützen kann. Aber Dschemayel wird unfähig sein, irgend eine Basis für einen wiedervereinigten Libanon zu bieten und seine Wahl fügt nur einen weiteren destabilisierenden Faktor in eine schon instabile Lage ein.

Die betrügerische Verfassung, nach der er gewählt wurde (von etwa 60 Abgeordneten, die schon 1972 gewählt wurden) hat keine solide Unterstützungsbasis. Nach der vergangenen Praxis war der libanesische Präsident immer ein maronitischer Christ, der Ministerpräsident ein sunnitischer Moslem und der Parlamentssprecher ein schiitischer Moslem und so weiter.

Die herrschende Klasse nutzte dieses Wahlsystem als Barriere gegen die Vereinigung der ArbeiterInnen, während die Reichen aller Bekenntnisse — aber besonders die maronitischen Kapitalisten mit dem Löwenanteil der Staatsmacht — die fettesten Brocken bekamen. Aber der frühere Schein der Stabilität explodierte im Bürgerkrieg 1975-76, als die libanesische Linke und die palästinensischen Milizen einen blutigen Kampf gegen die rechten Milizen führten, einschließlich der Streitkräfte des "Kriegsherrn" Dschemayel.

Die PalästinenserInnen und LibanesInnen werden sich an die Gräueltaten erinnern, die mit den Phalangistenmilizen verbunden sind und nicht bereit sein, eine von den Phalangisten aufgezwungene Regie-

rung zu akzeptieren, die droht, dort weiterzumachen, wo sie 1976 aufgehört hat. Seitdem waren die Phalangisten ähnlich rücksichtslos bei der Errichtung ihrer Vorherrschaft über andere maronitische Milizen, einschließlich von gangsterartigen Massakern an rivalisierenden Führern und ihren Familien.

Phalangisten mit der Nazi-Partei als Modell

Die unausweichliche Ablehnung Dschemayels durch die MoslemInnen und linken Gruppierungen beruht auf bitterer Erfahrung. Und als ob ihnen unter die Nase gerieben werden sollte, dass sie sich nicht geändert haben, wurde berichtet (Economist, 21. 8. 1982), dass Phalangisten vor drei Wochen 140 Behausungen in einem (überwiegend christlichen) palästinensischen Flüchtlingslager in einem Gebiet unter der Kontrolle von israelischem Militär niederbrannten.

Begins Unterstützung für Dschemayel — den er seien "teuren Freund" nennt — ist voller Ironie. Während Begin sich immer wieder auf den Holocaust an den JüdInnen bezieht, um seinen eigenen Holocaust an den PalästinenserInnen zu rechtfertigen, wurde Dschemayels eigene Partei 1936 gegründet und nach dem Modell der Nazi-Partei gestaltet.

Es liegt auch Ironie in der gegenwärtigen syrischen Opposition gegen Dschemayel, denn als die syrische Armee 1976 im libanesischen Bürgerkrieg intervenierte, war es nicht zur Unterstützung der Linken und PalästinenserInnen, sondern zum Aufzwingen eines Waffenstillstands — einem Pax Syria —; und das umfasste in einem Stadium blutige Kämpfe an der Seite der Phalangisten, die sie gegen die PalästinenserInnen und die libanesische Linke bewaffneten.

Selbst wenn es einen schnellen Abzug der israelischen und syrischen Truppen aus dem Libanon gebe, wäre es für Dschemayel unmöglich, eine wirkliche Basis

[Militant, 3. September 1982]
von sozialer und politischer Stabilität zu schaffen. In der Tat wurde seine Wahl schon von den meisten Moslemführern angegriffen und Karami, ein früherer Ministerpräsident, hat den Nordlibanon, der immer noch von Syrien kontrolliert wird, zum "befreiten" Gebiet erklärt.

Eine neue Runde von Kämpfen im Bekaa-Tal

Wegen der chronischen Instabilität des Libanon ist es unwahrscheinlich, dass es einen schnellen Abzug der israelischen und syrischen Truppen geben wird. In der Tat ist es nicht ausgeschlossen, dass es eine neue Runde von Kämpfen über die Kontrolle des strategischen Bekaa-Tals geben wird, das gegenwärtig unter Kontrolle der syrischen Armee ist.

Die Syrer würden zögern, sich auf einen Krieg mit Israel einzulassen, den sich sicher verlieren würden. Aber auf der anderen Seite wären sie nicht bereit, die Kontrolle über den Ost- und Nordlibanon aufzugeben.

Die israelische herrschende Klasse hat sich selbst in eine Sackgasse begeben. Während dem Krieg gab es trotz Unterstützung für einen Krieg gegen die PLO in der israelischen Bevölkerung eine beispiellose Welle von Opposition gegen die Politik von Begin und Verteidigungsminister Sharon und besonders ihre Politik der brutalen Bombardierung und Beschießung von Beirut.

Es gab auch zunehmend Forderungen nach einem Abzug und einer Demobilisierung und es gäbe ungeheure Opposition, wenn Begin entscheiden würde, lange im Libanon zu bleiben. Die israelische Zeitung Ha'aretz warnt schon, dass

"auf dem extremen rechten Flügel der Regierung seit einiger Zeit Stimmen zu hören waren, das man für eine "lange Zeit" im Libanon und "ein paar Jahre" im Südlibanon bleiben müsse (wobei manche andeuten, dass man manche Gebiete nie verlassen werde). Diese Hinweise sollten nicht leicht genommen werden; die massive Kolonisie-

... rung der Westbank begann mit Geschwätz, das seinerzeit als Unsinn erschien."

Sogar die weitsichtigeren Vertreter des israelischen Kapitalismus können sehen, dass ständige Kontrolle des Südlibanon eine viel blutigere und kostspieligere Operation als sogar die Kontrolle der Westbank bedeuten würde, und es würde bedeuten, dass Israel insgesamt eine Bevölkerung besetzt und mit Gewalt unterwirft, die so groß wie ihre eigene ist.

Aber die zweite Option — Vertreibung der Syrer aus dem Libanon — ist auch voll ungeheurer Gefahren. Die Israelis hätten die *militärische* Fähigkeit, es zu machen, nachdem sie überwältigende Luftüberlegenheit erlangt und alle syrischen Antiluftgeschützbatterien im Bekaa-Tal beseitigt haben. Aber die Frage ist, ob Israel die *politische* Stärke hat, das zu erreichen.

Israelische Verluste bei so einem neuen Kriegausbruch wären viel höher als die bei dem schnellen Marsch auf Beirut und sie wären in den Augen der israelischen ArbeiterInnen nicht gerechtfertigt. Die PLO zu schlagen, ist eines, würden sie sagen, aber einen Krieg gegen ein zögerliches Syrien zu führen, um die Karte des Libanon neu zu zeichnen, ist etwas völlig anderes.

Abgesehen von der Opposition zu Hause würde sich die israelische Regierung unter vergrößertem Druck durch den Impe-

rialismus finden. Die USA und die Golfstaaten, keine großen Freunde des syrischen Regimes, hätten trotzdem Angst vor den revolutionären Folgen für die ganze arabische Welt, wenn die Israelis, nachdem sie Beirut plattgemacht haben, dann auf Damaskus marschierten.

Es würde scheinen, dass das politische Kräfteverhältnis im Augenblick bedeutet, dass Syrien im Libanon bleiben wird.

Vermutlich wäre das wahrscheinlichste Ergebnis, die Option, die für Syrien und Israel am besten ist, ein Geheimabkommen, das die Syrer im Norden und Osten des Libanon lässt — auf der Grundlage, dass sie die Tätigkeiten der palästinensischen Milizen beschränkt, die dorthin evakuiert wurden — während Dschemayel und Israel den Südlibanon kontrollieren.

Selbst das macht die unwahrscheinliche Annahme, dass Dschemayel in der Lage sein wird, seine Autorität im Südlibanon ausreichend zu errichten, so dass Israel abziehen kann. Aber Dschemayels Kontrolle über seine "Einflussosphäre" wird immer prekär sein, wenn er überhaupt Kontrolle errichtet, besonders in den Gebieten, in denen die Moslems und linken Milizen ihm immer noch mit der Waffe in der Hand trotzen.

Wenn Dschemayel eine Macht bleibt, wird er gezwungen sein, sich ständig auf isra-

elische Unterstützung und Waffen zu stützen.

In dem Wirrwarr der Krise im Libanon gibt es ein paar ganz klare und deutliche Merkmale: dass die Invasion Israel unentwerrbar in den Libanon verwickelt hat, wie es mit Syrien nach der Invasion 1976 war; und dass die Frage der nationalen Rechte der PalästinenserInnen keineswegs beiseite gewischt, sondern an die Oberfläche gekommen ist.

Der Krieg wird auch Auswirkungen in seinem Gefolge haben, die viel größer und breiter in der Reichweite sind, als es sich das engstirnige israelische Kabinett je vorstellen konnte, als es vor ein paar Monaten entschied, im Libanon einzumarschieren. Begin hat unbeabsichtigt neue revolutionäre Bewegungen losgelassen, die die Grundlage der Gesellschaftsbeziehungen in der ganzen arabischen Welt bedrohen könnten.

Der Financial-Times-Korrespondent in Jerusalem schrieb:

"Die chronische Instabilität der Region hat zugenommen. Wenn arabische Regierungen als Ergebnis der Libanonkrise gestürzt werden, wie sie es nach den israelischen Siegen von 1948, 1956 und 1967 wurden, dann werde die ihnen folgenden Regierungen nicht gemäßigt sein."

Abgesehen von den reaktionären arabischen Herrschern werden die amerikanischen und europäischen Kapitalisten Begin dafür nicht danken.

Norma Craven: Die Zersplitterung des Libanon (Juli 1985)

Die Geiselkrise im Libanon endete mit einer Niederlage für den US-Imperialismus. Trotz Forderungen nach Rache durch die amerikanische herrschende Klasse waren sie und ihr Klientenstaat Israel gezwungen, die Freilassung der Geiseln auszuhandeln. Norma Craven betrachtet die Wurzeln der gegenwärtigen Krise seit den Tagen des französischen Imperialismus.

Mit der Niederlage der Türkei am Ende des Ersten Weltkriegs teilten die imperialistischen Mächte den Nahen Osten auf. Als Teil der Kriegsbeute bekam Frankreich das Völkerbundsmandat für die Herrschaft über den Libanon und die Schaffung einer Enklave des Kapitalismus in einer entscheidenden Handelsregion.

Libanon entwickelte sich tatsächlich als Handelszentrum, besonders im Bankwesen, aber vor allem in Beirut. Die meisten Leute auf dem Land erlebten, dass sich ihre Verhältnisse durch die imperialistische Herrschaft verschlechterten.

Frankreich verließ Libanon mit einer unter den maronitischen Christen und sunnitischen Moslems geteilten Macht — die imperialistische Taktik des Teils und Herrsche. Es stellte sicher, dass die Basen des Kapitalismus intakt blieben, während die Opposition durch wechselseitigen Misstrauen zerrissen wurde.

Die ärmsten Teile der Gesellschaft, die schiitischen MoslemInnen und die DruInnen, wurden praktisch von der Macht ausgeschlossen. Die Sunniten und Schiiten haben sich seit einer der ersten Spaltungen im Islam als getrennte Gruppen entwickelt. Die Maroniten sind die hauptsächlich christliche Gruppe, die seit dem achten Jahrhundert da ist. Alle diese Gruppen wurden von herrschenden Familien geführt, deren Interesse in der Bewahrung ihres eigenen Reichtums und ihrer Stellung bestand. Unabhängigkeit bedeutet für die Mehrheit der LibanesInnen, egal ob christlich oder moslemisch, wenig.

Die wirkliche Entwicklung des libanesischen Kapitalismus begann nach der Unabhängigkeit von Frankreich 1943 und besonders nach der ägyptischen Revolution von 1951. In jenem Jahr gab es fünf Banken in Beirut. 1966 war die Zahl auf 93 angestiegen, plus Zweigstellen ausländischer Banken.

Der Libanon etablierte sich als vorherrschendes kapitalistisches Land in der Region; die Wirtschaft wuchs im Durchschnitt um sieben Prozent im Jahr in den Fünfziger und nur wenig langsamer in den Sechziger Jahren, als es einen Boom der Immobilienspekulation gab. Die Entwicklung der reicheren Gebiete von Beirut war eine ungeheuer wertvolle Investition; es gab keine Investitionen für die Beseiti-

[Militant, 12. Juli 1985]
gung von Beiruts Slums oder billige Wohnungen.

Um die Stadt wuchsen Elendsviertel, in denen die Armen aus dem ländlichen Süden wohnten, die meistens das Land verlasen mussten, um Arbeit in der Stadt zu suchen.

In den Elendsvierteln lebten die Armen in Hütten. Selbst ein bescheidener Vorschlag des Parlament 1965, 4.000 billige Wohnungen zu bauen, kam nicht durch. Für die meisten Menschen war medizinische Versorgung unerreichbar. 1971 waren alle anerkannten Krankenhäuser bis auf eines in Privateigentum. In manchen Elendsvierteln war die Sterblichkeit zweibis dreimal so hoch wie der Landesdurchschnitt.

Landproblem

Während Beiruts Bankiers und Spekulanten reicher wurden, wurden die BewohnerInnen der Elendsviertel ärmer. Viele waren schiitische MoslemInnen, die durch das Versagen, die Landfrage nach der Unabhängigkeit zu lösen und durch die Vernachlässigung der Landwirtschaft durch die Regierung, von ihrem Land vertrieben wurden. Es gab große Güter, besonders im Bekaa-Tal, und Obstplantagen an der Küste, aber über die Hälfte der libanesischen BäuerInnen hatte weniger als einen halben Hektar. Die SchiitInnen wurden auch von den Vergeltungsaktionen der israelischen Ar-

mee gegen die PalästinenserInnen nach Norden gezwungen. Diese Einfälle wurden oft gegen schiitische BäuerInnen geführt, die mit den ursprünglichen Angriffen nichts zu tun hatten. Viele kamen nach Beirut und kochten über das Versagen der Regierung, sie zu schützen.

Sobald sie in Beirut waren, hatten sie wenig Chance auf Beschäftigung. Libanons Reichtum beruhte auf dem Finanzkapital, nicht der produzierenden Industrie. Vor 1943 sahen die Franzosen den Libanon als einen Markt für ihre Waren und hatten die Industrie behindert. 1971 machte die Industrie immer noch weniger als ein Siebtel des Bruttoinlandsprodukts aus.

Die Zwangswanderung vom Land war so groß, dass 1975 fast die Hälfte der Bevölkerung des Landes in Beirut lebte, die meisten in Elendsvierteln, ohne das Vertrauen, dass die Regierung etwas für sie tue. Das politische System war im Chaos. Nichts wurde gebaut, bewegt oder geändert, wenn nicht jemand damit Profit machen konnte.

1975 war weithin anerkannt, dass die MoslemInnen in der Mehrheit und die SchiitInnen die größte Einzelgruppe waren. Aber die Macht blieb in der Hand der maronitischen Christen und der sunnitischen Moslems. Abgeordnete wurden auf der Grundlage ihrer Familie und ihres Reichtums gewählt; die meisten ChristInnen und die meisten MoslemInnen hatten keinerlei Macht.

Dazu kam die palästinensische Frage. Seit ihrer Vertreibung aus Palästina gab es eine große Flüchtlingsbevölkerung im Libanon. Seit 1969 hatten sie unter der Führung der Al-Fatah-Fraktion der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) Einfälle nach Israel durchgeführt. Sie blieben weitgehend unbehelligt, indem sie von den Flüchtlingslagern in und um Beirut herum operierten, während ein Großteil der "Vergeltung" die BäuerInnen im Südbanon traf.

1975 wurden diese Angriffe von einem Teil der Maroniten als Vorwand genommen, um die PalästinenserInnen anzugreifen. Leute wie die Chamun-Familie konnten so die Aufmerksamkeit von Forderungen nach wirtschaftlicher und politischer Reform ablenken.

Trotz Versuchen, den Konflikt als zwischen LibanesInnen und PalästinenserInnen darzustellen, war es mehr ein Versuch der herrschenden Familien, ihre Position zu behaupten. Sie nutzten die Furcht vor den PalästinenserInnen, um die Unterstützung der ärmeren ChristInnen zu behalten, deren wirkliche Interessen auf der Seite der armen MoslemInnen lagen.

Der Bürgerkrieg wurde eine Bühne, auf der die Führer der verschiedenen Sekten um den Schutz ihrer eigenen Interessen kämpften, oft gegen andere Familien ihrer eigenen Religion. Die Ohnmacht der Regierung wurde bald offensichtlich; Minister wurden einfach zu Sprechern ihrer Sekte.

1976 traten die Syrer in den Krieg ein. Syrien war auch Teil des französischen "Mandats" von 1920 gewesen und Teile von Syrien waren an den Libanon angegliedert worden. Aber in den Sechziger Jahren machte Syrien eine soziale Revolution durch. Kapitalismus und Großgrundbesitz wurden zerstört. 85 Prozent des Landes und 90 Prozent der Industrie wurden verstaatlicht.

Obwohl diese Maßnahmen wegen dem Druck der ArbeiterInnen und BäuerInnen durchgeführt wurden, wurde die Bewegung von Teilen der Streitkräfte geführt. Das Land wird von einer bürokratischen Clique nach dem Modell Osteuropas beherrscht.

Syriens Präsident Assad fing an, sich durch die Ereignisse im Libanon bedroht zu fühlen. Ein palästinensischer Sieg hätte einen radikalen Staat vor der Haustür bedeutet, der seine Stellung untergraben hätte, besonders wenn er kämpferische palästinensische WanderarbeiterInnen aus den Golfstaaten angezogen hätte. Auf der anderen Seite fürchtete er die Teilung des Libanon, der eine kleine christliche Enklave geschaffen hätte, die von den USA und Israel beherrscht wäre und eine Bedrohung für Syrien darstellen würde.

Ablenkung

Daher Assads militärisches Eingreifen, das auch eine willkommene Ablenkung von Problemen zu Hause darstellte, wo das Regime durch eine Rebellenfraktion in der Armee bedroht war. Assad konnte die Augen der ArbeiterInnen und BäuerInnen von ihren eigenen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen ablenken.

Aber die Kämpfe zwischen den Fraktionen gingen mit kurzen Unterbrechungen weiter, mit zunehmender Unterstützung der christlichen Milizen im Südbanon durch Israel. Als Israel 1978 zum ersten Mal im Libanon einmarschierte, verband es sich mit einer der christlichen Milizen. Als sie abzogen, ließen sie den Südbanon in den Händen der Südbanonesischen Armee (SLA), die sie bezahlten und versorgten.

Ende der Siebziger Jahre hatte die "Regierung" die Kontrolle verloren; sie hatte weniger Autorität als die Führer der einzelnen Sekten. Wie üblich litten die ärmsten Teile der Bevölkerung. Viel der Reichen verließen einfach das Land so lange.

Während immer noch Kapital in die Beiruter Banken und heraus strömte, zerfielen alle öffentlichen Dienste. Die Gräueltaten der sektiererischen Milizen trugen zu den Problemen der Elendsviertel und Flüchtlingslager bei.

Zur Zeit der zweiten israelischen Invasion kontrollierte die libanesische Regierung nur ein kleines Gebiet des Landes. Der Rest war zwischen den PalästinenserInnen, den christlichen Milizen und den Syrern aufgeteilt.

Die israelischen Herrschenden waren auch durch innenpolitische Überlegungen

motiviert. 1981 stand Menachem Begin's Likud-Koalition vor einer Parlamentswahl, bei der angesichts einer der höchsten Inflationsraten der Welt, explodierender Auslandsschulden und Streiks in allen Bereichen, besonders im öffentlichen Dienst, ihre Niederlage sicher schien.

Die einzige Hoffnung für Likud war, das Schreckgespenst von Angriffen durch die PalästinenserInnen aufzubauen. Likud bekam den Sieg und öffnete die Tore für den Einmarsch. Zuerst sagten sie, sie wollten eine Pufferzone schaffen, um ihre Grenze zu schützen, aber ihr Ziel war bald klar — die Vertreibung der PalästinenserInnen aus dem Libanon.

Der Einmarsch führte zum Tod von Tausenden ZivilistInnen. Beim schlimmsten Vorfall, als bewaffnete christliche Milizen unter dem Schutz Israels in die Lager Sabra und Schatila eindringen, wurden im schlimmsten Zwischenfall 2.000 PalästinenserInnen massakriert. Es wurde behauptet, dass sie herein kämen, um die Reste der Guerillas wegzuspülen. Tatsächlich begannen sie eine Tötungsorgie, die zwei Tage dauerte. Männer, Frauen und Kinder starben.

Dieses Ereignis zeigte sowohl die bitteren Spaltungen, die der Kapitalismus dem Libanon beschert hat und die Unwilligkeit der arabischen Führer zu reagieren. In den arabischen Staaten und in Israel gab es Demonstrationen des Abscheus der ArbeiterInnen und BäuerInnen, aber von den arabischen Führern kam keine Antwort. In der Tat hielt die arabische Liga ein Treffen ab und entschied, durch ihren Botschafter in Washington zu protestieren!

Kein Erfolg

Aber die Invasion war kein Erfolg für die Israelis. Selbst das grundlegende Ziel der Invasion wurde nur teilweise erreicht. Die PLO wurde zwar besiegt, aber viele kamen später in die Lager in Beirut zurück. Bedeutender war, dass die Israelis wachsender Opposition zu Hause gegenüber standen, als mehr junge SoldatInnen starben und sich die wirtschaftliche Lage verschlechterte.

Die israelische herrschende Klasse war zum Abzug gezwungen, zögerlich, aber mit keiner Alternative außer einem allgemeinen Krieg. Als sie gingen, hinterließ ihre Politik der "eisernen Faust" eine Spur von Tod und Zerstörung. Der Libanon, den sie zurückließen, war so zersplittert wie der, in den sie einmarschiert waren.

Die Regierung von Amin Dschemayel, die mit der Erlaubnis von Syrien an der Macht ist, kontrolliert einen winzigen Teil des Libanon. Der Rest ist zwischen einander bekriegenden Fraktionen aufgeteilt. Die jüngste Zunahme der Gewalt hat wieder die ärmsten Teile gespalten.

In den letzten paar Jahren sind neue Milizen aus der am meisten ausgebeuteten Gruppe entstanden, den Schiiten, die wirtschaftlich am ärmsten sind, von Israel angegriffen werden, von der Macht ausgeschlossen sind und den "Familien"

ausgeliefert sind, die die einander bekriegenden Fraktionen kontrollieren.

Die Schiiten selbst sind zwischen zwei Hauptorganisationen geteilt, der Amal, die für einen vereinten Libanon und politische Reform kämpft, und der Hisbollah (Partei Gottes), die um die fundamentalistische Geistlichkeit gebildet wurde und den Idee von Ajatollah Khomeini [im Iran] anhängt. Diese Gruppe, die die Wut und Frustration der ärmsten SchiitInnen ausdrückt, war an Selbstmordattentaten und Entführungen beteiligt.

Keine Gruppe hat eine Antwort auf die Probleme des Libanon. Amals Ideen sind undurchführbar. Welche mögliche Reform im kapitalistischen Libanon könnte die Bedürfnisse der ArbeiterInnen und BäuerInnen befriedigen? Der libanesische Ka-

pitalismus konnte selbst vor 1975 kein ordentliches Leben für die meisten Leute ermöglichen. Die Reichen wurden reicher und die Armen ärmer. Jetzt liegt das System in Trümmern und es kann keine Rückkehr nach vor 1975 geben.

Genauso wenig kann es eine Lösung auf der Grundlage von individuellem Terror oder einer "iranischen" Lösung geben. Die Führung der Hisbollah tritt für das iranische Modell ein, während der Iran vor einer Wirtschaftskatastrophe steht. Wie 1975 kämpfen die Führer aller dieser Gruppen für ihre eigenen Reiche, Reichtum und Privilegien.

Keiner dieser "religiösen" Führer hat eine Antwort auf die Probleme der ArbeiterInnen. Die Masse der ChristInnen und MoslemlInnen haben viel mehr mit einan-

der gemeinsam als mit ihren eigenen "Führern". Die einzige Antwort auf die nationale Frage, das Landproblem und die Wirtschaftskrise ist die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Selbst dann wäre das Problem zu groß, um es auf der Grundlage des Libanon allein zu lösen. Der Aufbau einer Bewegung der ArbeiterInnen und BäuerInnen mit der Perspektive und Erfahrung des Marxismus kann die sektiererischen Spaltungen überbrücken.

Solch eine Bewegung kann den Weg für die Vereinigung der arabischen Staaten unter Einbeziehung Israels in einer sozialistischen Föderation bereiten als einzigen Weg zur Lösung der tiefen und hartnäckigen Probleme der Region.

Inhalt

Statt einer Einleitung: Der Nahe Osten Stellungnahme des britischen Exekutivkomitees, Juni 1967).....	2
S. Munir: Der Nahe Osten nach dem Palästina-Krieg (Mai 1949).....	5
Ted Grant: Ein unrühmliches Abenteuer (1956).....	11
Syrien geht Richtung Sozialismus (März 1965).....	13
Roger Silverman: Klassenkämpfe in Syrien (September 1966).....	14
Naher Osten: Für eine sozialistische Föderation. Arabische und jüdische ArbeiterInnen, vereinigt euch! (Mai 1967).....	15
Julian Silverman: Weder Großmächte noch nahöstliche Kapitalisten können eine dauerhafte Lösung bringen: Arabische und jüdische ArbeiterInnen, vereinigt euch! (Juni 1967).....	16
Ted Grant: Putsch im Irak (Sommer 1968).....	18
Julian Silverman: Naher Osten: Für eine sozialistische Föderation (September 1970).....	19
Roger Silverman: Syrien: Welche Art Regime? (November 1970).....	20

Dave Galasilan: Naher Osten: Für eine sozialistische Föderation (Mai 1971).....	21
Ted Grant: Nahostkrieg: Arbeitereinheit einzige Lösung (Oktober 1973).....	22
John Pickard: Syrien verwickelt sich im Libanon — PalästinenserInnen kriegen es von allen Seiten ab (August 1976).....	24
Bob Labi: Israel fällt im Libanon ein. Arabische und jüdische ArbeiterInnen haben den Schlüssel zur Lösung in der Hand (April 1978).....	26
John Pickard: Nahostkrise (Dezember 1978).....	27
Peter Jackson: Krieg im Libanon — Begin versucht, die PLO zu zerstören (Juni 1982).....	33
John Pickard: Israelischer Angriff auf den Libanon (August 1982).....	34
John Pickard: Libanon: Israel setzt einen phalangistischen Präsidenten ein (September 1982).....	36
Norma Craven: Die Zersplitterung des Libanon (Juli 1985).....	37

Nachbemerkung: Diese Texte sind bis auf den von S. Munir (S. 5-11) von Mitgliedern der britischen Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale bzw. dessen Vorläuferorganisationen entstanden. In den dreißiger und vierziger Jahren hatten die von Leo Trotzki gegründete Vierte Internationale und ihre Mitgliedsorganisationen international eine klare, unabhängige Klassenposition, wie sie in dem Text von Munir zum Ausdruck kommt. Nach dem Zweiten Weltkrieg war ihre Führung aber nicht in der Lage, die Organisation auf die neue internationale Lage einzustellen, was zu ihrem Zerfall führte. Ihre Nachfolgeorganisationen haben die unabhängige Klassenposition aufgegeben und „sich, die einen offener als die anderen, auf die Seite „der Araber gegen die Zionisten“ geschlagen.“ (Tom Pearse, Der Nahe Osten und die Sekten, Herbst 1973) Nur eine anfangs kleine Gruppe in Britannien entwickelte die alte internationalistische Position weiter. Sie gab von 1964 bis 1997 die Zeitung „Militant“ heraus, in der die meisten der oben übersetzten Artikel erschienen sind, und gründete 1974 zusammen mit Gleichgesinnten aus anderen Ländern das Komitee für eine Arbeiterinternationale (Committee for a Workers' International, CWI), dessen deutsche Mitgliedspartei die SAV ist.

Stuttgart, Anfang Juni 2002
Wolfram Klein

weitere und aktuelle Informationen und Kontakt:

Committee for a Workers' International
(Komitee für eine Arbeiterinternationale)
PO Box 3688, London E11 1YE, GB
Tel: 0044 20 8558 5814
Fax: 0044 20 8988 8793
e-mail: cwi@worldsoc.co.uk
Website: www.worldsocialist-cwi.org

Parteien und Gruppen des CWI u.a.
Sozialistische Alternative (SAV)
Littenstr. 106/107, 10179 Berlin
Tel: 030/24723802
Fax: 030/24723804
e-mail: info@sav-online.de
Website: www.SAV-online.de

Maavak Sozialisti (Sozialistischer Kampf)
e-mail: info@maavak.org.il
Website: www.maavak.org.il

Was will die SAV?

Die Menschheit ist täglich mit Krisen, Kriegen und Katastrophen konfrontiert. Die Weltwirtschaftskrise reißt Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut. Der weltweite Machtkampf um Märkte, Rohstoffe und Einflussphären bedeutet für den Großteil der Weltbevölkerung Unterdrückung, Ausbeutung, Kriege und einen neuen Rüstungswettlauf. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Die Reichen werden reicher - weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Menschheit jährlich an Einkommen hat. Gleichzeitig soll die Masse der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeitslosen und der Jugend für die Krise des Kapitalismus die Zeche zahlen: Privatisierungen, Sozialkürzungen, Bildungsabbau, Lohnverlust. Die Misere hat System und das System heißt Kapitalismus: die Diktatur der Märkte und Konzerne. Es zählt der Profit für eine kleine Minderheit von Großaktionären und Kapitaleignern. Bürgerliche Parteien, Parlamente und Institutionen dienen deren Interessen und sind vielfältig mit ihnen verknüpft. Es ist höchste Zeit dieser Diktatur Widerstand entgegen zu setzen!

Widerstand

Die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung hat diesen Widerstand aufgenommen. Millionen haben die Parole „Eine andere Welt ist möglich“ in den letzten Jahren rund um den Globus getragen. Die SAV ist Teil dieser Bewegung und baut sie mit auf. SAV-Mitglieder sind aktiv bei attac, widerstand international! und anderen Strukturen der Bewegung.

Wir treten für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein, denn die Gewerkschaftsführung betreibt Co-Management statt konsequenter Interessenvertretung. SAV-Mitglieder sind aktive GewerkschafterInnen und beteiligen sich am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Regierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben, stattdessen werden die sozialen Sicherungssysteme (Rente, Gesundheitswesen) demontiert und Deutschland führt wieder Krieg in aller Welt.

Die PDS ist keine sozialistische Opposition. Auf Kommunal- und Länderebene beteiligt sie sich an Regierungskoalitionen, die für Sozialkürzungen, Bildungsabbau, Privatisierungen und Arbeitsplatzvernichtung verantwortlich sind. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung. Heute hat die Arbeiterklasse (die Klasse der Lohnabhängigen und Arbeitslosen) keine Massenpartei, die ihre politische Interessenvertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese anfangs kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt für die Einheit der Arbeiterklasse ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Sozialismus

Wir kämpfen hier und heute gegen jede Verschlechterung und für jede mögliche Verbesserung. Dieser tägliche Kampf muss aber verbunden werden mit dem Kampf für eine grundlegende sozialistische Veränderung der Gesellschaft.

Eine andere Gesellschaft müsste mit Profitproduktion und Marktkonkurrenz Schluss machen, wenn sie die drängenden Probleme der Menschheit lösen will. Dazu müssten Wissenschaft und Technik planmäßig und den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt entsprechend eingesetzt werden. Das ist nur möglich, wenn die Wirtschaft von der Mehrheit der Bevölkerung kontrolliert wird. Kontrollieren kann man nur, was einem auch gehört.

Deshalb tritt die SAV für die Überführung von Banken und Konzernen in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung ein. Ein demokratisch aufgestellter Wirtschaftsplan könnte die enormen Ressourcen und das große wissenschaftliche Potenzial im Interesse der gesamten Menschheit nutzen.

Sozialismus braucht Demokratie wie der menschliche Körper Sauerstoff. In der DDR und den anderen stalinistischen Staaten ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern bürokratische Diktaturen der privilegierten Parteibürokratie.

SAV und CWI

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Eine solche Partei aufzubauen ist das Ziel der SAV.

Die SAV ist anders als andere Parteien. Wir sind demokratisch aufgebaut. Kein gewählte/R VertreterIn (Vorstandsmitglied, AbgeordneteR) darf mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Es gilt das Prinzip von Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Wähl- und Abwählbarkeit.

Dem globalen Kapitalismus stellen wir den globalen Widerstand entgegen. Wir sind Teil des Komitees für eine Arbeiterinternationale, das Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern der Erde vereinigt.

Wofür wir kämpfen:

Arbeit und Soziales

- Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Arbeit, Umwelt, Bildung und Soziales - Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden
- für drastische progressive Besteuerung von Gewinnen und Vermögen
- Verteilung der Arbeit auf alle
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als erster Schritt zu weiterer Arbeitszeitverkürzung
- Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 750 Euro netto plus Warmmiete
- Gleicher Lohn in Ost und West
- Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohlregierung und der SPD/Grüne-Koalition
- Nein zu Privatisierungen - Rückverstaatlichung aller privatisierten Betriebe
- Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

Jugend

- Bildung ist keine Ware - für ein öffentliches und kostenloses Bildungswesen für alle!

- Einstellung von 25.000 LehrerInnen jährlich und Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 SchülerInnen sowie Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule
- Nein zu Studiengebühren
- Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien BaföG von 800 Euro netto
- Qualifizierte Ausbildung für jeden im gewünschten und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf. Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe aller Unternehmen
- Schaffung von öffentlichen, überbetrieblichen Ausbildungszentren

Gegen Diskriminierung

- gegen jede Form der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Behinderung oder sexueller Orientierung
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Weg mit dem Paragraf 218
- Gegen staatlichen Rassismus - Weg mit den Ausländergesetzen
- Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- Keine Abschiebungen
- Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Umweltschutz

- Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze
- für die Beschäftigten
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Abrüstung jetzt

- Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Stopp von Rüstungsexporten durch Überführung der Rüstungsindustrie in öffentliches Eigentum und Umstellung auf zivile Produktion

Gewerkschaften und Arbeiterpartei

- für kämpferische und demokratische Gewerkschaften
- Nein zu Lohnverzicht
- Gewerkschaften raus aus dem „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“
- FunktionärInnen dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn
- für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei mit sozialistischem Programm

Globalisierung

- Sofortige, bedingungslose und komplette Schuldenstreichung für die armen Länder
- Für die Auflösung von IWF, Weltbank und WTO

- Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau und Privatisierung
- Nein zum Europa der Banken und Konzerne und zu weiteren Euro-Opfern

Für eine sozialistische Demokratie

- Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum
- Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Statt überbezahlter und korrupter Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung: durchschnittlicher Facharbeiterlohn und jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller Personen in Leitungsfunktionen
- Statt Produktion für den Profit - Planung der Produktion nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur